NEUES ROTES FORUM

5/71

Kommunismus und „Spätkapitalismus"
(Bemerkungen zu Il Manifesto)

Die Kommunistische Partei Chinas in der Kulturrevolution

Angela Davis und der schwarze Befreiungskampf in den USA

Der Imperialismus in den 70er Jahren –
Einigkeit oder Rivalität?

Amilcar Cabral über Portugal

Rote-Punkte-Aktion

2. Jahrgang November 1971 Preis 1,50 DM

INHALT:

Kommunismus und "Spätkapitalismus" (Einige Bemerkungen zu II Manifesto) 3

Die Kommunistische Partei Chinas - Protagonist und Gegenstand der Kulturrevolution 12

Hans-Martin Mumm
Angela Davis und der schwarze Befreiungskampf in den USA 17

Bob Rowthorn
Der Imperialismus in den 70er Jahren - Einigkeit oder Rivalität ? 25

Amilcar Cabral über Portugal 38

Imperialisten planen Überfall auf Guinea-Bissao 42

Jochen Noth
Rote-Punkte-Aktionen 44

Resolution zum Hochschulrahmengesetz 59

impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr. Auflage 6000. Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten

Erscheint im Verlag "Neues Rotes Forum"

Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt, Werner Freund, unter Mitarbeit von Brigitte Steinmüller

Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg Hans-Thoma-Platz 38, Tel. : o6221/40812

Anschrift: Neues Rotes Forum, 69 Heidelberg, Bahnhofstraße 17, Tel. : 25167

Druck: Caro-Druck Heidelberg

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Buchläden erhältlich. Im Abonnement 1.50 DM plus Porto

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

NEUES ROTES FORUM 5/71

Dieses Heft ist in Druck gegangen, als der Streik der Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden begann, ein Streik, dessen Bedeutung sich aus der gegenwärtigen Konstellation des Klassenkampfes ergibt: Die Metallkapitalisten wollen als bewußter Stoßtrupp ihrer Klasse praktisch den Lohnstop durchsetzen und die wachsende Kampffähigkeit der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zerschlagen. Der Kampf um den Lohn ist damit ein Kampf gegen das Lohndiktat. Im Kampf gegen diesen Angriff der Kapitalistenklasse und ihres Staates auf die Position der Arbeiterklasse erkennt die Arbeiterklasse ihr einheitliches Interesse, das in grundsätzlichem Gegensatz steht zu dem des Kapitals. In dieser Lage keine Position kampflos zu räumen wird die Bedingung sein, daß die Arbeiterklasse ohne vorläufige empfindliche Niederlage aus dem Kampf hervorgeht.

Wenn wir in diesem Heft nichts weiter über die Metalltarifrunde veröffentlichen, dann erklärt sich dieser Mangel aus eher äußerlichen Gründen: Neben den anwachsenden Aufgaben in den Tarifauseinandersetzungen selber steht die Gruppe vor der Notwendigkeit, ihre augenblickliche Organisationsform zu diskutieren und zu verändern. Wir werden deshalb erst im nächsten Heft ausführlich auf die Metalltarifrunde eingehen.

Die Kommunistische Gruppe(NRF) befindet sich seit einiger Zeit in einem intensiven internen Diskussionsprozeß, der die Erfahrungen unserer bisherigen Arbeit selbstkritisch zusammenfassen soll. Es hat sich schnell gezeigt, daß die relativ lockere Organisationsform - noch bedingt durch die Entwicklung der Heidelberger studentischen Linken - weder den Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen noch unserem eigenen programmatischen Anspruch gerecht wird. Der Aufbau einer eigenständigen Hochschulorganisation wird es der Gruppe erlauben, sich ihrer Programmatik entsprechend zu organisieren. Diese Diskussion und die Vorbereitung der Generaldebatte der Gruppe werden deshalb hier nicht dokumentiert, weil sie noch keine Ergebnisse gebracht haben, die über Heidelberg und Mannheim und die spezifischen Probleme der Gruppe hinaus von Bedeutung wären.

Neben der Kritik der Manifesto-Plattform verstehen wir auch den Artikel über die KP Chinas, ein Gespräch mit kommunistischen Arbeitern einer Shanghaier Fabrik, die führend an der Kulturrevolution teilgenommen haben, in gewissem Sinne auch als Beitrag zur programmatischen Diskussion der westdeutschen Kommunisten, mit dem wir gleichzeitig auf das wichtige Buch von Maria-Antonietta Macciocchi über China aufmerksam machen wollen. Wie angekündigt werden wir die Diskussion über die Geschichte und Bedeutung der chinesischen Revolution in den nächsten Heften fortsetzen.

Der Artikel von Bob Rowthorn erscheint uns - trotz mancher Mängel - ziemlich wichtig für die notwendige Einschätzung der Entwicklung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten selbst, die in dem Maße, wie die amerikanische Führungsrolle nicht mehr gänzlich unbestritten bleibt, von entscheidender Bedeutung ist - das deutet Rowthorn an - für die weitere Entwicklung des Widerspruchs zwischen den imperialistischen Staaten und den unterdrückten Völkern, der "vorrübergehend zur Hauptlinie des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus" wurde (NRF 3/71,S.15).

Der Artikel von Jochen Noth über die Rote-Punkte-Aktionen ist ein Beitrag zur Diskussion über die Heidelberger Aktion dieses Jahres, die die Gruppe im Augenblick führt.

Das nächste Neue Rote Forum, Heft 6/71, erscheint etwa Mitte Dezember.

Sämtliche Nummern des "Roten Forum" sowie das Neue Rote Forum, Heft 1/70 sind vergriffen, ebenso die zweite Auflage der Nummer 3/71. Bei genügenden Bestellungen werden wir die Nummer nachdrucken. Einen Nachdruck für 4/71 bereiten wir vor. Die restlichen Nummern sind in begrenzter Anzahl noch erhältlich.

Bestellungen an: Dietrich Hildebrandt
69 Heidelberg Postfach 834

HINWEIS

Diesem Heft liegt eine Anforderungskarte der "Deutschen Volkszeitung" bei. Wir bitten um Beachtung.

KOMMUNISMUS UND »SPÄTKAPITALISMUS«

EINIGE ANMERKUNGEN ZUR DISKUSSION UM IL MANIFESTO +

Wir kennen die Praxis der Gruppierung um "Il Manifesto" kaum. Wir kennen auch nur die wichtigsten Artikel aus dieser Zeitschrift, d.h. fast nur diejenigen, welche auf englisch, französisch oder deutsch erschienen sind. Wir kennen auch die langandauernde Diskussion in der kommunistischen Bewegung Italiens nur ungenügend, weil wir bis jetzt keine Zeit gefunden haben, diese Diskussion an Hand der Originaltexte sorgfältig zu studieren. Wir setzen uns deshalb im Folgenden fast ausschließlich mit der Plattform der Il Manifesto-Gruppierung auseinander und überprüfen einige ihrer Aussagen auf Grundlage unserer eigenen theoretischen und praktischen Erfahrungen.

Die Thesen sind in zwei Teile gegliedert, 100 Thesen zur Entwicklung des Klassenkampfs auf globaler, internationaler Ebene, 100 Thesen auf nationaler Ebene. Schon dieser Aufbau zeigt eine intellektualistisch unernsthafte Tendenz der Thesen, die Systematik mehr vortäuschen als tatsächlich entfalten. Aber bei dieser Seite der Thesen wollen wir uns nicht aufhalten, obwohl sie zweifellos dazu beigetragen hat, daß die Plattform ihren Zweck, eine vereinheitlichende Diskussion in der italienischen Linken in Gang zu bringen, nicht erfüllt hat. Ein Sympathisant der Gruppe und Mitarbeiter an der Zeitung schreibt über diese Wirkung: "Was die Genossen des 'Manifesto', denen ich mich sehr nahe fühle, betrifft, so befinden sie sich im Augenblick in einer ziemlich heiklen Lage. Der Vorwurf, der ihnen auf dem Kongress über die Schule vom Genossen Franco Piperno (von 'Potere operaio') gemacht worden war, hat sich als absolut legitim erwiesen: 'Es ist unvertretbar, daß eine politische Gruppe, die schon einige Entscheidungen getroffen hat und noch einige Entscheidungen treffen muß, sich als allgemeiner Bezugspunkt, nur als 'Plattform' präsentiert.' Der Erfolg der Zeitschrift 'Il Manifesto' steht in keinem Verhältnis zur Qualität des Erfolges von Il Manifesto als politischer Gruppe. Die Thesen haben keinen relevanten Konsensus bewirkt." ++ Dieser Widerspruch zwischen theoretischem Anspruch und praktischem und organisatorischem Einfluß spiegelt sich in der Allgemeinheit der Plattform selbst wider. Er wird durch die objektivistischen und spontaneistischen Tendenzen in der Plattform bloß rationalisiert. Zentrale Bedeutung für diese Rationalisierung hat die sehr oberflächliche Kritik des Leninismus, der Il Manifesto in die Nähe der vulgären Antileninisten in der BRD rückt (wenn auch der Versuch des Merve "Kollektivs", in seinen Fragen Rossana Rossanda auf diese Position festzulegen, an seiner Plumpheit schnell gescheitert ist.). Wir gehen davon aus, daß, wer als Kommunist die revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung fortsetzen will, sich nicht in abstrakter Negation zu ihr bewegen kann, sondern deren wichtigste Waffe, den Marxismus-Leninismus, benutzen muß. Wenn wir deshalb im Folgenden nicht nur falsche Auffassungen von Il Manifesto kritisieren, sondern mit den Leninschen konfrontieren, dann wollen wir zeigen, daß die Manifesto-Thesen in zentralen Fragen hinter bestehende Positionen zurückfallen, statt von ihnen ausgehend vorwärtszuschreiten.

I. THEORIE DES SPÄTKAPITALISMUS VERSUS IMPERIALISMUSTHEORIE

Die Thesen gehen aus von der Reife der "spätkapitalistischen" Gesellschaften für den Kommunismus und setzen die kommunistische Perspektive als einzige Alternative den "katastrophischen Tendenzen der heutigen Gesellschaft" gegenüber. Die "neue Generallinie" besteht gerade in dieser Gegenüberstellung, im Kampf für diese Alternative. Aber seit es eine Arbeiterbewegung gibt, propagieren die Kommunisten diese Perspektive, die den historischen Inhalt der Arbeiterbewegung ausmacht. Von einer "neuen Generallinie" kann also gar keine Rede sein. Gemeint ist, "daß der Kommunismus im radikalen Sinne und damit der Sozialismus als Phase des Übergangs zum erstenmal (Hervorhebung von uns) in der Geschichte zur Reife gelangt sind und ein mögliches politisches Programm darstellen. Zum erstenmal können die Arbeiterklasse und ihre Partei einen Kampf führen, ohne die eigenen Forderungen von anderen sozialen Schichten zu übernehmen und sich als untergeordnete Kraft zu verhalten; können sie auftreten und vorausschreiten als eine autonome Macht, als Träger eines neuen globalen Produktionsverhältnisses und eines radikal anderen Modells gesellschaftlicher Organisation. In diesem tiefen Sinn kann die Revolution von neuem (Hervorhebung von uns), wie sie es für Marx war, eher ein "sozialer" als ein "politischer" Akt sein: die Eroberung der Staatsmacht wird Mittel zur Behauptung einer neuen gesellschaftlichen Hegemonie in ihrer Totalität; es besteht kein Widerspruch und keine Kluft mehr zwischen Macht und Programm; das Proletariat ist in der Lage, die Revolution zu machen, darin besteht der Wert von 100 Jahren Geschichte der Arbeiterbewegung, von einem Jahrhundert der Kämpfe, die das System seinem Ende zugetrieben und insgesamt verhindert haben, daß seine ständige Katastrophentendenz zum Ausdruck kam. Und hier liegt der Angelpunkt für eine neue Strategie der Revolution im Westen." (These 71, S.41f.)

Diese Passage ist symptomatisch für die objektivistischen und spontaneistischen Tendenzen in den Thesen von Il Manifesto: Weil die frühen revolutionären Anläufe des Proletariats gescheitert sind, wird so getan, als hätte der "Kommunismus im radikalen Sinne" (?) und die proletarische Revolution auch gar kein "mögliches politisches Programm darstellen" können und als wäre das Proletariat bisher ausschließlich zwangsläufig Anhängsel anderer Klassen gewesen; weil heute die Entwicklung

(+) Die folgende Auseinandersetzung mit einigen Grundtheoremen von Il Manifesto schrieb die Redaktion auf Aufforderung des Merve-Verlages, der einen Band zur Diskussion der Manifesto-Thesen herausgeben will.

(++) G. Mughini, Die PCI und die antireformistischen Gruppen, IMD, Arbeitspapiere 2, Berlin 1971.

der Produktivkräfte einen qualitativen Sprung gemacht hat (These 72), ist das Proletariat heute in der Lage, die Inhalte auszudrücken und zu verwirklichen, auf Grund deren es die Macht fordert. Aber weder war das russische Proletariat 1917 in Russland Anhängsel anderer Klassen, noch besteht heute kein Widerspruch und keine Kluft zwischen der tatsächlichen Macht des Proletariats und dem kommunistischen Programm in den kapitalistischen Metropolen. Sonst wäre früher keine kommunistische Partei möglich gewesen und heute keine nötig. Die Reife der Produktivkräfte für den Sozialismus und den Kommunismus und die Reife des Proletariats für die proletarische Revolution sind nicht identisch. Die Reife des Proletariats in bestimmten Kampfzonen hängt von der Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab und von der Fähigkeit der Kommunisten ab, die Arbeiterklasse um sich zu sammeln und eine Klassenfront gegen die Herrschaft des Kapitals zu errichten. Sonst wäre weder erklärbar, warum das russische Proletariat den Sozialismus als Phase des Übergangs zum Kommunismus nicht nur zum Programm erhoben hat, sondern mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen hat (an dem Scheitern dieses Versuchs ist keineswegs nur, wie es in den Thesen an anderer Stelle heißt, S.20, das Ausbleiben der Revolution im Westen schuld), noch ist erklärbar, warum das amerikanische Proletariat bis jetzt den Kommunismus noch nicht zum "möglichen politischen Programm" erhoben hat. Auch die chinesische Revolution ist dann offensichtlich ein leeres Abenteuer gewesen, denn sie war ja wohl kaum das Produkt jenes qualitativen Sprungs der Produktivkräfte im eigenen Land.

Die Thesen von Il Manifesto beruhen trotz des globalen und internationalistischen Ansatzes nicht auf der Analyse der imperialistischen Epoche des Kapitalismus und des Widerspruchs von Imperialismus und Sozialismus im Weltmaßstab, sondern auf einem eurozentrischen Begriff des "Spätkapitalismus". So sind sie weder in der Lage, zu begreifen, warum Lenin und die Komintern von der Aktualität der sozialistischen Revolution im Weltmaßstab ausgehen konnten, noch können sie die Niederlagen des Proletariats begreifen, die es in dieser weltweiten Revolution erlitten hat. Im Grunde landen sie bei der Auffassung, daß die bisherigen Versuche des Proletariats, die Revolution zu machen, verfrüht gewesen sind, und daß heute Niederlagen nicht mehr möglich sind (es sei denn in der Form der "Katastrophe", d.h. des Atomkriegs (These 56) oder eines anders gearteten Untergangs der Menschheit). Die Parole "von Marx zu Marx", die sich in These 72 so ausdrückt, daß heute , weil der Kommunismus zum erstenmal mögliches politisches Programm sein kann, die Revolution "von neuem" gemäß den Auffassungen von Marx verlaufen kann, begreift Marx dann als genialen Vorläufer der Il-Manifesto-Gruppe und Lenin als historisch bedingte Abweichung. So dogmatisch können die Antidogmatiker enden. Die neue Generallinie besteht dann darin, daß die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, der Marxismus-Leninismus in den Wind geschlagen werden.

Lenin bestimmte die Epoche des Imperialismus als Epoche der sozialistischen Revolution. Die "Aktualität der Revolution" als epochale Bestimmung lag der Strategie und Taktik der Bolschewiki und der Komintern zugrunde. Wenn heute in den westlichen Ländern eine neue revolutionäre Situation heranreift, nach Jahrzehnten der Niederlagen der Arbeiterbewegung in Westeuropa, dann zeigt das einerseits, wie richtig die epochale Bestimmung Lenins gewesen ist, auf Grund deren z.B. auch die chinesischen Kommunisten den Gang der Volksrevolution in China anleiten konnten. Andererseits zeigt das aber auch, daß sich die proletarische Revolution trotz ihrer epochalen Aktualität sich nur in widersprüchlicher Form entwickelt+), und daß jede sei es auch noch so verfeinerte Theorie der Produktivkräfte nicht in der Lage ist, die Entwicklung der Klassenkämpfe richtig einzuschätzen und die realen Schwierigkeiten der proletarischen Revolution in den imperialistischen Metropolen zu untersuchen. Objektiv ist der Kommunismus in den kapitalistisch entwickelten Ländern schon im 19. Jahrhundert "mögliches Programm" der Klasse und tatsächlich ausgesprochenes Kampfziel des fortgeschrittensten Teils der Klasse. Mit Herausbildung des Imperialismus und der Herstellung der Einheit der Welt unter der Herrschaft des Monopolkapitals erstreckt sich auch die Möglichkeit der sozialistischen Revolution auf die ganze Welt. Heute haben sich die Widersprüche zwischen Imperialismus und Kommunismus, zwischen Kapital und Lohnarbeit aufs Neue verschärft; die imperialistische Expansion des Monopolkapitals in unterentwickelte Länder wird schwieriger und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und in den imperialistischen Ländern verschärfen sich. Ob der neue, darauf beruhende Aufschwung der Arbeiterbewegung zu einer siegreichen Revolution in Teilen der imperialistischen Länder führt, hängt nicht einfach von der Entwicklung der Produktivkräfte ab, sondern von einer Entfaltung des Klassenkampfes, die die erneute Stabilisierung des Imperialismus verhindern kann. Ökonomisch bleiben dem Imperialismus immer noch einige Möglichkeiten. Die imperialistischen Länder stellen sich derzeit auf eine neue ökonomische Expansion ein (vgl. Pearson-Report), die keineswegs notwendig zum Scheitern verurteilt ist. Il Manifesto hält einen solchen neuen Aufschwung des Imperialismus für ausgeschlossen, wobei es die bestehenden Widersprüche nicht sorgfältig untersucht. In These 35 heißt es: "Die Entwicklung der rückständigen Länder ist unvereinbar mit der umfassenden Entwicklung der kapitalistischen Welt, in die sie integriert sind." Darin zeigt sich ein undialektisches Herangehen an die Frage und die Antwort selbst ist entsprechend falsch. Weder kann von einer "umfassenden Entwicklung" der kapitalistischen Welt , in die die rückständigen Länder integriert seien, die Rede sein, solange die rückständigen Länder nicht voll vom Kapital durchdrungen sind. Noch ist zweitens eine kapitalistische Entwicklung weder in den Metropolen noch in den rückständigen Ländern "umfassend", sondern gegensätzlich, und drittens ist eine spezifische kapitalistische Entwicklung der rückständigen Länder nicht unvereinbar mit der Herrschaft des Monopolkapitals in den Metropolen, sondern deren Konsequenz. Die "Tragödie" der rückständigen Länder ist ohnehin nicht schlicht eine "Tragödie der Unterentwicklung", sondern eine Tragödie der kapitalistischen Entwicklung im Weltmaßstab und deren besondere Erscheinung in den rückständigen Ländern. Diese Entwicklung gerade führt zur Verschärfung der bestehenden Widersprüche und schafft neue Widersprüche, sie beschleunigt die sozialistische Revolution. Sie ist auch in den ausgebeuteten und unterdrückten Ländern nicht "unmöglich", sondern gegensätzlich. Es ist zwar richtig, daß in diesen Ländern der Reformismus als Strategie zur Befreiung der Völker, d.h. vor allem der Bauern, gescheitert ist, aber das heißt

+) "Die sozialistische Revolution ist kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht an einer Front, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkämpfe, eine lange Reihe von Schlachten an allen Fronten, das heißt in allen Fragen der Ökonomie sowie der Politik, Schlachten, welche nur mit der Expropriation der Bourgeoisie enden können." Lenin, Die soz. Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, 1916, Werke 22, S.145

doch noch lange nicht, daß die kapitalistische Entwicklung selbst gescheitert ist (These 35) oder daß der Reformismus aufhören würde, ein ideologisches Instrument dieser Entwicklung zu sein. Generell setzen die Thesen das Scheitern des Reformismus als Strategie der sozialen und politischen Befreiung mit einem Scheitern der kapitalistischen Expansion und des Reformismus als Instrument der politischen und sozialen Unterdrückung gleich, die mit der kapitalistischen Entwicklung Hand in Hand geht. Der Bankrott des Reformismus als bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse ist Anzeichen der Verschärfung der Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital, aber nicht mit dem Bankrott des Kapitalismus gleichzusetzen. Schließlich zeigen die Thesen selbst neue Expansionsmöglichkeiten auf: die Expansion in die UdSSR und die Länder Osteuropas. Es ist ein metaphysisches Vorgehen, wenn festgestellt wird, der Kapitalismus hat heute keine Entwicklungsmöglichkeiten, während in Wirklichkeit sich die Widersprüche dieser Entwicklung ständig verschärfen; es ist idealistisch, zu sagen, der Bankrott der kapitalistischen Entwicklung zeigt sich im Bankrott des Reformismus. Weder ist der Reformismus so geschwächt, noch ist der Kapitalismus so in der Sackgasse, wie die Thesen behaupten. Die Thesen führen deshalb zu einer Vernachlässigung der Parteifrage und der Machtfrage, d.h. letzten Endes zur Vernachlässigung des Klassenkampfes.

Letzten Endes beruhen diese Fehler der Thesen darauf, daß sie nicht von der marxistisch-leninistischen Bestimmung der Eproche des Imperialismus ausgehen, sondern von dem linksbürgerlichen Begriff des Spätkapitalismus, der von vornherein eine korrekte Bestimmung der konkreten Widersprüche der Epoche und der revolutionären Strategie ausschließt. Weder wird gesehen, daß der Übergang zum Sozialismus im Weltmaßstab auf der Tagesordnung steht, noch wird gesehen, daß die Eroberung der Macht durch das Proletariat als Voraussetzung dieses Übergangs sich keineswegs dort am leichtesten vollzieht, wo die Produktivkräfte am weitesten entwickelt sind. Weil die Einheit der Welt und die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in dieser Einheit der Welt nicht analysiert wird, ergeben sich mechanische Vorstellungen sowohl für den Untergang des Kapitalismus als auch für den Sieg des Sozialismus. Die Aktualität der Revolution in der Epoche des Imperialismus bedeutet jedoch weder, daß die Alternative von "Katastrophe" oder Sieg des Sozialismus neue Aufschwungsphasen des Kapitalismus grundsätzlich ausschließt, noch daß die Reife der proletarischen Revolution direkt mit der Entwicklung der Produktivkräfte Hand in Hand ginge. Gerade in den imperialistischen Ländern ist die Arbeiterklasse noch weithin ideologisch im Schlepptau der Bourgeoisie, wobei die Entwicklung der Produktivkräfte verbunden mit der Ausbeutung der zurückgebliebenen Länder und den sich daraus ergebenden Differenzen der Lebensbedingungen des internationalen Proletariats die objektive Grundlage dieser Erscheinung des Imperialismus sind. Nur weil die Thesen von diesen widersprüchlichen Zusammenhängen abstrahieren und die Theorie des Spätkapitalismus übernehmen, negieren sie die epochale und globale Aktualität der proletarischen Revolution und behaupten stattdessen, daß in den Metropolen der "Kommunismus im radikalen Sinne" jetzt zum erstenmal zur Reife gelangt sei. Die falsche Theorie des Spätkapitalismus und der Überflußgesellschaft sind schließlich nur die Rationalisierungen einer voluntaristisch bestimmten Praxis, die an der Arbeiterbewegung und ihren revolutionären Aufgaben vorbeigehen muß.

II. VERSCHMELZUNG VON ÖKONOMISCHEM UND POLITISCHEM KAMPF IM "SPÄTKAPITALISMUS"

Der Reife der entwickelten Gesellschaften für den Kommunismus entspricht für II Manifesto die Verschmelzung von ökonomischem und politischem Kampf. "Im fortgeschrittenen Kapitalismus verschwindet tendenziell diese Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Kampf." Organisatorisch drückt sich das in den Räten aus, die "politische und syndikalistische Organe in einem sind." (These 83 und 84). Hier zeigt sich am deutlichsten die Verwechslung von epochaler Aktualität der sozialistischen Revolution und revolutionärer Situation, in der die Arbeiterklasse die Machtfrage stellt. Diese Verwechslung führt erstens zu einer Unterschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften für die Arbeiterklasse und zur Fehleinschätzung der Räte als Alternative zu den Gewerkschaften im Alltagskampf statt als Instrumenten des Aufstand des Proletariats.

Das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf ist keineswegs einfach Ausdruck des Standes der kapitalistischen Entwicklung, sondern Ausdruck der daraus resultierenden Klassen kämpfe. Vielleicht folgen revolutionäre Zusammenstöße und revolutionäre Massenaufstände im entwickelten Kapitalismus rascher aufeinander, sicher ist jedenfalls, daß sich nur im Laufe solcher Zusammenstöße und Aufstände der Unterschied von ökonomischem und politischem Kampf tendenziell aufgehoben wird, in dem Masse nämlich, wie die Massenkämpfe in revolutionärem Bewußtsein geführt werden. In nicht revolutionären Phasen dagegen wird der ökonomische Charakter der Massenkämpfe selbst dann nicht politisch, wenn sie einen großen Teil der Klasse ergreifen. Die Massenkämpfe sind zunächst immer ökonomische Kämpfe, auch im entwickelten Kapitalismus. Wie weit diese Kämpfe politischen Charakter annehmen, hängt davon ab, ob die ganze Klasse in diese Kämpfe hineingezogen wird und ob sich in diesen Kämpfen eine politische Führung herausbildet. Wenn die Arbeiter als Klasse agieren und nicht nur Teile der Klasse in einem bestimmten Betrieb oder Industriezweig, dann sind die Kämpfe politisch, selbst wenn sie kein unmittelbar revolutionäres Niveau haben. Da heute die Großindustrie die Arbeiterklasse sehr viel mehr konzentriert und zusammengeschweißt hat als zu Beginn des Jahrhunderts, können sich vereinzelte Kämpfe schneller zu Kämpfen der Klasse entwickeln. Ob sie dazu werden oder nicht, ob die Kämpfe vereinzelt bleiben oder nicht, ob die Kämpfe rein ökonomisch bleiben oder ob sie zu politischen Kämpfen der Klasse werden, hängt aber nicht einfach von dieser Zunahme der Konzentration der P roduktion ab. In den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus gibt es auch viele Faktoren, die es gerade erschweren, daß sich die vereinzelten Kämpfe zu Kämpfen der Klasse verdichten. Einer dieser Faktoren liegt in der Rolle der Gewerkschaften selber, die eine solche Entwicklung erschweren. Ein anderer Faktor ist die ideologische Bindung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie, die ihre Grundlage gerade in der Differenz der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen und den unterdrückten und ausgebeuteten Ländern hat. Große Teile der Arbeiterklasse fürchten eben, sie hätten mehr zu verlieren als ihre Ketten und so sind sie eher bereit, für die Verbesserung in ihrem Betrieb oder Industriezweig zum kämpfen als gegen die Bourgeoisklasse als Ganzes. Andererseits findet die Bourgeoisie auch immer wieder Mittel und Wege, die Forderungen großer Fraktionen der Arbeiterklasse zu desorientieren und teilweise zu befriedigen. Wenn ihr dies nicht gelingt, dann reift eine revolutionäre Situation heran, aber auch fortgeschrittene kapitalistische Länder befinden sich nur selten in einer revolutionären Situa-

tion und die Alltagskämpfe der Arbeiter sind eben zunächst ökonomisch und entwickeln sich nur unter bestimmten Bedingungen und nicht schlicht unter den allgemeinen Bedingungen des fortgeschrittenen Kapitalismus zu politischen Kämpfen. In Italien herrschen solche Bedingungen, aber diese politischen Kämpfe sind noch immer der reformistischen Führung unterworfen.

Das zeigt, daß die Unterscheidung von ökonomischem und politischem Kampf, die den Unterschied zwischen gewerkschaftlichen Kämpfen in einzelnen Betrieben und dem Kampf der Klasse, der sich als Kampf um bestimmte staatliche Gesetze zuspitzt, noch ungenügend ist; vielmehr müssen wir untersuchen, wie weit solche politischen Kämpfe zu revolutionären Kämpfen werden können, aus Kämpfen für oder gegen bestimmte Staatsmaßnahmen und Gesetze zum Kampf für die Eroberung der Macht und die Zerschlagung des kapitalistischen Staates. Die Kämpfe der Arbeiter zu Beginn der BRD hatten teilweise durchaus politischen Charakter, z.B. die Kämpfe gegen das BVG, aber es waren keine revolutionären Kämpfe, die z.B. die reaktionäre Gewerkschaftsführung beiseite geschoben und zum Angriff auf den kapitalistischen Staat geführt hätten. Die Kämpfe in Italien waren weithin ökonomische Kämpfe, die sich auf einzelne Industriezweige beschränkten und die trotz aller radikalen Kampfformen bis jetzt noch nicht dahin gelangten, die aufgenommenen Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit oder wenigstens realer Durchsetzung der 40-Stunden-Woche (Abschaffung der Überstunden), nach Abschaffung des Leistungslohns als politische Forderungen an die Bourgeoisie zu erheben. Soweit die Kämpfe politischen Charakter annahmen, blieben sie einerseits unter Kontrolle der KP und faßten andererseits die radikalen Forderungen aus den Belegschaften nicht zu Forderungen der Klasse zusammen, so daß der politische Kampf gerade nicht die Zuspitzung der Kämpfe in den Betrieben war. Marx schrieb 1871 an Bolte:

"Das political movement hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der political power für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkt entwickelte previous organisation der working class nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst.

Andererseits ist aber jede Bewegung, worin die Arbeiterklasse als Klasse der herrschenden Klasse gegenübertritt und sie durch pressure from without zu zwingen sucht, ein political movement, z.B. der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung, dagegen die Bewegung, ein Achtstunden-etc.-Gesetz zu erzwingen, ist eine politische Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, d.h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Form besitzt. Wenn diese Bewegung eine gewisse previous organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebenfalls so sehr Mittel der Entwicklung dieser Organisation.

Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i.e. die politische Gewalt der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug zu unternehmen, muß sie jedenfalls dazu geschult werden, durch fortwährende Agitation gegen (und feidselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen. Im Gegenfall bleibt sie ein Spielball in deren Hand, wie die Septemberrevolution in Frankreich bewiesen hat und wie zu einem gewissen Grad das Spiel beweist, das Herrn Gladstone und Co. noch bis zur Stunde in England gelingt." (Marx an Bolte, 23.11.1871, MEW 33, S.332f.)

Auch in Italien ist das political movement noch nicht so weit entwickelt, daß es sich schon bewußt die Eroberung der politischen Macht als Aufgabe stellen würde, wie andererseits gerade die radikalsten Forderungen aus den ökonomischen Streiks nicht zum Kristallisationspunkt einer politischen Bewegung wurden, die auf Grund der Radikalität ihrer Forderungen notwendig auf den "Endzweck" aller politischen Bewegungen des Proletariats gestoßen wäre. Insofern zeigen gerade auch die Erfahrungen der Klassenkämpfe in Italien, daß die Unterscheidung zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen im "fortgeschrittenen Kapitalismus" weder verschwindet, noch daß politischer Kampf und revolutionärer Kampf einfach identisch sind, sondern daß nur in einer revolutionären Periode, wenn sich Klasse gegen Klasse im Kampf um die Macht gegenüberstehen und alle Kämpfe des Proletariats zur Verschärfung der Situation beitragen, die Unterscheidung zwischen politischem und ökonomischem Kampf irrelevant wird, weil all diese Kämpfe direkter Ausdruck der revolutionären Situation sind. So beschreibt Rosa Luxemburg in ihrer Untersuchung der russischen Revolution von 1905 die "völlige Wechselwirkung" von ökonomischem und politischem Kampf, die sich nicht aus der fortgeschrittenen Entwicklung des Kapitalismus, sondern aus der Verdichtung aller Widersprüche zu einer revolutionären Periode erklärt. Sie schreibt:

"Wir haben oben den inneren Mechanismus der russischen Massenstreiks gesehen, der auf der unaufhörlichen Wechselwirkung des politischen und ökonomischen Kampfes beruht. Aber gerade diese Wechselwirkung ist bedingt durch die Revolutionsperiode. Nur in der Gewitterluft der revolutionären Periode vermag sich nämlich jeder partielle kleine Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu einer allgemeinen Explosion auszuwachsen. In Deutschland passieren jährlich und täglich die heftigsten, brutalsten Zusammenstösse zwischen Arbeitern und Unternehmern, ohne dass der Kampf die Schranken der betreffenden einzelnen Branche oder der einzelnen Stadt, ja Fabrik überspringt. Maßregelungen organisierter Arbeiter wie in Petersburg, Arbeitslosigkeit wie in Baku, Lohnkonflikte wie in Odessa, Kämpfe um das Koalitionsrecht wie in Moskau sind in Deutschland auf der Tagesordnung. Kein einziger dieser Fälle schlägt jedoch in eine gemeinsame Klassenaktion um. Und wenn sie sich selbst zu einzelnen Massenstreiks auswachsen, die zweifellos einen politischen Anstrich haben, so entzünden sie auch dann noch kein allgemeines Gewitter. Der Generalstreik der holländischen Eisenbahnarbeiter, der trotz wärmster Sympathien mitten in völliger Unbeweglichkeit des Proletariats im Lande verblutete, liefert einen frappanten Beweis dafür.

Und umgekehrt, nur in der Revolutionsperiode, wo die sozialen Fundamente und die Mauern der Klassengesellschaft aufgelockert und in ständiger Verschiebung begriffen sind, vermag jede politische Klassenaktion des Proletariats in wenigen Stunden ganze, bis dahin unberührte Schichten der Arbeiterschaft aus der Unbeweglichkeit zu reißen, was sich sofort naturgemäß in einem stürmischen ökonomischen Kampf äußert. Der plötzlich durch den elektrischen Schlag einer politischen Aktion wachgerüttelte Arbeiter greift im nächsten Augenblick vor allem zu dem nächstliegenden: zur Abwehr gegen sein ökonomisches Sklavenverhältnis; die stürmische Geste des politischen Kampfes läßt ihn plötzlich mit ungeahnter Intensität die Schwere und den Druck seiner ökonomischen Ketten fühlen. Und während zum Beispiel der heftigste politische Kampf in Deutschland: der Wahlkampf oder der par-

lamentarische Kampf um den Zolltarif kaum einen vernehmbaren direkten Einfluß auf den Verlauf und die Intensität der gleichzeitig in Deutschland geführten Lohnkämpfe ausübt, äußert sich jede politische Aktion des Proletariats in Russland sofort in der Erweiterung und Vertiefung der Fläche des wirtschaftlichen Kampfes.

So schafft also die Revolution erst die sozialen Bedingungen, in denen jenes unmittelbare Umschlagen des ökonomischen Kampfes in politischen und des politischen Kampfes in ökonomischen ermöglicht wird, das im Massenstreik seinen Ausdruck findet. Und wenn das vulgäre Schema den Zusammenhang zwischen Massenstreik und Revolution nur in den blutigen Straßen-Renkontres erblickt, mit denen die Massenstreiks abschließen, so zeigt uns ein etwas tieferer Blick in die russischen Vorgänge einen ganz umgekehrten Zusammenhang: in Wirklichkeit produziert nicht der Massenstreik die Revolution, sondern die Revolution produziert den Massenstreik." (R. Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in:Politische Schriften I, Frankfurt 1967, S.178-80).

Auch Lenin zeigte in seinen Untersuchungen der Revolution von 1905, daß die revolutionäre Massenbewegung sich gerade in der Verbindung des wirtschaftlichen und politischen Streiks ausdrückte und daß "ohne diese Verbindung" eine "wirklich große Bewegung, die große Ziele verwirklicht, unmöglich" ist (Lenin, Wirtschaftlicher und politischer Streik, 1912, Werke 18, S.73)

So zeigen auch die Massenkämpfe in Italien, daß in Italien eine revolutionäre Situation heranreift, die nur das Produkt einer längeren Periode von Massenkämpfen sein kann. Soweit sich in diesen Massenkämpfen eine Wechselwirkung zwischen ökonomischem und politischem Kampf zeigt, ist dies nicht unmittelbar Ausdruck des fortgeschrittenen Kapitalismus, sondern Ausdruck dafür, daß dieser fortgeschrittene Kapitalismus in eine revolutionäre Krise gerät, die sich zu einer revolutionären Situation zuspitzen kann. Ökonomischer, gewerkschaftlicher Kampf und politisch revolutionärer Kampf sind nicht zwei voneinander grundsätzlich getrennte Kämpfe der Arbeiterklasse und sind es niemals gewesen, sondern wie Rosa Luxemburg sagt,"bloß zwei Phasen, zwei Stufen des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse" (a.a.O., S.210), wobei im politisch revolutionären Kampf die Befreiungsinteressen des Proletariats in wechselnden Kampfformen, aber immer mit dem Ziel der Vernichtung der Bourgeoisie unmittelbar zum Ausdruck kommen. Ob der Kampf der Arbeiterklasse bloß ökonomisch gewerkschaftlich bleibt und bestenfalls reformerische politische Ziele hervorbringt oder ob er zum Kampf der Klasse für die Vernichtung des Feindes wird, ist eine historisch konkrete Frage und nicht einfach Funktion der Entwicklung der Produktivkräfte, wie die Thesen glauben machen wollen. Auch der fortgeschrittene Kapitalismus kennt ruhige Perioden, in denen die Arbeiterklasse sich auf die Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen beschränkt und auch in zurückgebliebenen Ländern, wie z.B. im Rußland von 1905, kann der Kapitalismus in eine allgemeine Krise geraten, in der ihm das Proletariat als revolutionäre Klasse im allseitigen Kampf direkt entgegentritt. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, auch in Perioden der Ruhe diesen revolutionären Kampf durch allseitige politische Propaganda vorzubereiten, aber es ist keineswegs ihre Aufgabe, die Differenz zwischen revolutionärer Flaute und revolutionärer Flut hinwegzuleugnen. Gerade in dieser Frage besteht auch keine Differenz zwischen Marx und Lenin. Beide gingen davon aus, daß die Arbeiterklasse auch dann, wenn sie nur ökonomische und vereinzelte Kämpfe führt, jedenfalls geschult werden muß durch fortwährende Agitation gegen die (und feindselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen, damit sie nicht ein Spielball in der Hand der herrschenden Klasse bleibt. Niemals hat Lenin den ökonomischen Kampf und den politischen Kampf als voneinander grundsätzlich getrennte Kämpfe betrachtet. Im Gegenteil hat er als die Aufgabe der Kommunisten bestimmt, "die unauflösliche Verschmelzung des ökonomischen und des politischen Kampfes zum einheitlichen Klassenkampf der sozialistischen Arbeitermassen zu fördern." (Aus Anlaß der 'Profession de foi', 1899, Werke 4, S.288) Lenin hat zu einem Zeitpunkt, als die russische Arbeiterklasse zu einem revolutionären Aufschwung heranreifte, am entschiedensten vertreten, daß es ein Verrat an der Arbeiterklasse ist, wenn die Kommunisten die Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf beschränken, statt sie durch allseitige politische Agitation auf ihre revolutionären Aufgaben vorzubereiten. Lenin wie Marx haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse den politisch-revolutionären Kampf aufnehmen muß und weder Marx noch Lenin haben die Beschränkung des ökonomischen Kampfes verkannt, in dem sich die Arbeiterklasse zusammenrottet, um die Interessen der Ware Arbeitskraft zu verteidigen. Deshalb haben sie immer propagiert, daß die Arbeiterklasse fortschreiten muß zum politisch-revolutionären Kampf, deshalb haben sie alle syndikalistischen und ökonomistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung bekämpft. Beide gingen davon aus. daß die Arbeiter ohne die bewußte politische Arbeit der Kommunisten " stets von den Faure und Pyats geprellt sein werden" (Friedrich Engels, Über die politische Aktion der Arbeiterklasse, MEW 17, S.416). Zu welchen falschen Auffassungen man gelangt, wenn man, statt das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf in der Untersuchung der Kämpfe selber herauszufinden und so den Stand der Kämpfe zu bestimmen, es einfach von dem Stand der Produktivkräfte abhängig macht, zeigt sich in der schon zitierten These 72, daß die Revolution in den fortgeschrittenen Ländern eher ein sozialer Akt als ein politischer Akt sei, wie sie es angeblich auch für Marx gewesen sei. Aber hier gibt es kein Mehr oder Minder, sondern nur die marxistisch-leninistische Einsicht, daß sich die Arbeiterklasse sozial nur befreien und die Klassengesellschaft abschaffen kann, wenn sie die politische Macht ergreift. "Wir wollen die Abschaffung der Klassen. Was ist das Mittel, um dahin zu gelangen?
"Die politische Herrschaft des Proletariats. Und jetzt, wo sich alle darüber einig sind, verlangt man von uns, wir sollen uns nicht in Politik mischen! Alle Abstentionisten nennen sich Revolutionäre, und sogar Revolutionäre par excellence. Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will muß auch das Mittel wollen - die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die Revolution erzieht und ohne die die Arbeiter am nächsten Tage nach dem Kampf stets von den Favres und Pyats geprellt sein werden. Aber die Politik, auf die es ankommt, muß eine proletarische Politik sein; die Arbeiterpartei darf sich nicht als Schwanz irgendwelcher Bourgeoisparteien, sondern muß sich vielmehr als unabhängige Partei konstituieren, die ihr eignes Ziel, ihre eigne Politik hat." (Engels, ebd.)

An anderer Stelle erwähnen die Thesen natürlich auch diese Notwendigkeit der politischen Revolution. Aber wie sie deren Charakter generell unbestimmt lassen, so ist das genannte "eher...als" kein zufälliger Ausrutscher. Dahinter steckt immer wieder der in der Leitparole " Von Marx zu Marx" zum Ausdruck kommende Versuch, eine revolutionäre Strategie in Negation des Leninismus zu entwickeln und zu den "Quellen" zurückzukehren. Aber weder hat Lenin jemals den sozialen Inhalt der proletarischen Revolution, noch Marx deren politische Form

vernachlässigt. Es sind gerade diese Ungereimtheiten, die die Thesen geeignet machen, als Plattform für Spontaneisten aller Couleur , ökonomistischen und anarchistischen, zu dienen.

Hinter der Behauptung der naturwüchsigen Annäherung von ökonomischem und politischem Kampf in den entwickelten kapitalistischen Ländern steht wieder die Vernachlässigung des Klassenkampfes. Nicht die Entwicklung der Produktivkräfte bringt die Verschmelzung von ökonomischem und politischem Kampf hervor, sondern die revolutionäre Krise, in die diese Entwicklung immer wieder gerät. Deshalb ist diese Verschmelzung auch kein linearer Prozess, sondern Ausdruck des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, diesen Aufschwung zu fördern und zu beschleunigen. Das können sie nicht, wenn sie diesen Aufschwung als Funktion der Entwicklung der Produktivkräfte begreifen statt als Ausdruck einer tiefen allseitigen revolutionären Krise der kapitalistischen Produktionsweise, die keineswegs permanent, sondern periodisch ist. In den USA und in Großbritannien gibt es seit Jahrzehnten immer wieder großartige ökonomische Kämpfe, die keineswegs tendenziell die Unterscheidung von ökonomischem und politischem Kampf verschwinden lassen, sondern zeigen, daß auch im fortgeschrittenen Kapitalismus das Proletariat nicht immer und zu jeder Zeit den revolutionären Kampf führt, der die aktuelle Verschmelzung von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen bedeutet und dessen bewußter Vorbereitung die Arbeit der Kommunisten dient. Die Genossen von Il Manifesto haben aus dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in Italien falsche Lehren gezogen, wenn sie deren Charakteristika verallgemeinern und unmittelbar aus der Entwicklung des Kapitalismus erklären. Wie sie selbst die Erfahrungen der Marxismus-Leninismus in den Wind schlagen, so liefern sie all den Kräften in der BRD Vorwände, die vor dem gegenwärtig fast ausschließlich ökonomischen Charakter der deutschen Arbeiterbewegung die Augen verschließen möchten und entweder in individualistisches Abenteurertum oder in attentistisches Warten auf die revolutionäre Spontaneität der Arbeiterklasse verfallen. Es ist natürlich kein Zufall, daß die RAF mit Vorliebe die Thesen zitiert und daß 'politikon', die "Zeitschrift für Anarchismus und Rätekommunismus", sich auf Il Manifesto bezieht, wenn auch diese Gruppen, was ihre Praxis und die Ernsthaftigkeit der politischen Arbeit betrifft, kaum mit Il Manifesto vergleichbar sein dürften. Sie nehmen freilich die Thesen von Il Manifesto zum Anlaß, revolutionär herumzuschwadronieren. Wir sollten genau beachten, was Lenin 1920 gegen den "linken Radikalismus" vorbrachte und dürfen uns keineswegs die aus der Entwicklung des Klassenkampfes in Italien erklärlichen Trugschlüsse zu eigen machen. Wir können es uns keineswegs leisten, von Räten zu schwätzen und die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften zu vernachlässigen, sondern wir müssen es verstehen, Revolutionäre zu sein, auch "wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind", müssen es verstehen, "die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nicht revolutionären, oft sogar reaktionären Institutionen, in einer nicht revolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionären Handelns sofort zu begreifen". (Lenin, Werke 31, S.84).

III. PARTEIAUFBAU UND PARTEIBILDUNG

In allen westeuropäischen Ländern erkennen wir heute einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung einerseits und das Fehlen einer konsequenten kommunistischen Klassenorganisation, der proletarischen Partei, auf der anderen Seite. Manche Gruppierungen, die ml-Gruppierungen, reagieren darauf so, daß sie sich einfach an diese Leerstelle setzen, so daß es heute in den westeuropäischen Ländern zwar keine Partei des Proletariats gibt, aber oft fünf bis sechs Gruppierungen, die den Anspruch erheben, die Partei des Proletariats zu sein. Andere Gruppierungen leugnen prinzipiell die Notwendigkeit der Partei des Proletariats, wobei sie allerlei anarchistisches Geschwätz zu ihrer Rechtfertigung heranziehen wie: Die Partei muß immer zur Herrschaft über das Proletariat führen etc.

Die Gruppe Il Manifesto sieht die Notwendigkeit des Parteiaufbaus und trennt den Parteiaufbau nicht von der Klassenbewegung selber. Aber sie reduziert die Partei auf die Funktion, Gedächtnis der Massen zu sein, und begreift den Parteiaufbau als die "Bildung" einer "solchen politischen Bewegung", "die in der Lage ist, auf der Grundlage einer präzisen Linie Kräfte zu vereinigen, die fähig sind, politisch zu handeln und auf die Gesellschaft einzuwirken; die in der Lage ist, auf Grund der Überlegenheit ihrer Argumentation und ihrer Praxis die Neustrukturierung der Linken zu beschleunigen und die daher auch in der Lage ist, der Bewegung einen adäquaten politischen Ausdruck zu geben und dem Lande langfristig eine wirkliche Perspektive aufzuzeigen." Die Partei ist aber nur eine "politische Bewegung", die der Bewegung einen adäquaten politischen Ausdruck gibt, d.h. wohl eine Bewegung in der Bewegung. In der marxistisch-leninistischen Theorie ist die Partei jedoch die bewußte Organisation der fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse, die auf Grundlage eines marxistisch-leninistischen Programms aus den Massen schöpft und in die Massen hineinträgt, die also durch Untersuchungstätigkeit die konkreten Schritte der Verwirklichung des Programms herausfindet und durch politische Agitation und Propaganda das Programm in den Massen verankert. Um die Partei aufzubauen, sind deshalb auch schon feste Organisationsformen nötig, die die Erarbeitung eines Programms ermöglichen, d.h. schon beim Parteiaufbau müssen demokratisch-zentralistische Strukturen verwirklicht werden, die Aufbauarbeit muß möglichst demokratisch-zentralistisch organisiert sein. Der demokratische Zentralismus ist nicht nur inner-organisatorische Voraussetzung, damit sich eine kommunistische Organisation nicht von den Massen trennt und damit sie eine richtige Linie in den Massenkämpfen vertreten kann, sondern er ist der organisatorische Ausdruck der Verbindung der Kommunisten mit der Klasse. Verfestigung einer falschen Linie und mangelnder demokratischer Zentralismus sind deshalb immer Anzeichen für die Trennung der Partei von der Klasse. Das gilt auch für den Aufbau der Partei. Il Manifesto begreift den demokratischen Zentralismus schlicht als "totale Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit"+. Deshalb hält es auch den demokratischen Zentralismus für ein bloß mehr oder weniger zufälliges statutenmäßiges Moment, das zu der Verbindung der Partei mit der Klasse hinzukommen kann oder auch nicht: "Der Punkt also, den wir hervorheben, ist, daß das wirkliche Organisationsprinzip

+ In These 100 heißt es ausdrücklich, daß die "Gesamtheit der Regeln, in denen sich während der III. Internationale und heute immer noch der demokratische Zentralismus ausdrückt, historisch überholt (ist); mehr noch, sie ist eine der Hauptursachen für den gegenwärtigen Revisionismus der kommunistischen Parteien im Westen."

Hier wird der demokratische Zentralismus auf eine inhaltsleere Gesamtheit von Regeln reduziert und dann zu einer der Hauptursachen des Revisionismus erklärt. Tatsächlich

der Partei nicht ihr Statut ist, sondern ihre innere Beziehung zur Kampfbewegung. Diese Beziehung allein kann verhindern, daß die Partei sich verselbständigt und sich ausschließlich selbst kontrolliert. Wenn dieses Prinzip deutlich ist und wenn diese Beziehung zum Klassenkampf besteht, dann kann die Partei sich auf bessere und wirksamere Weise strukturieren und angemessenere innere Organisationsformen wählen: Wo man das berücksichtigt, kann auch der demokratische Zentralismus, d.h. die totale Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, seine Berechtigung haben." (Rossana Rossanda, Antwort auf drei Fragen des Merve-Kollektivs, in: imd 11, S.106) Die begrenzte Auffassung des demokratischen Zentralismus führt dazu, daß die Frage, wie denn nun eigentlich die Beziehung von Partei und "Kampfbewegung" + erreicht werden soll, gar nicht geklärt werden kann. Nicht die Verbindung mit der Kampfbewegung ermöglicht den demokratischen Zentralismus, sondern der demokratische Zentralismus ermöglicht die Verbindung von Klassenbewegung und Partei, d.h. er ermöglicht, daß in der Partei die Erfahrungen der Klasse zusammengefaßt werden und daß die Partei die Kämpfe der Klasse führen kann. Es besteht kein zufälliger Zusammenhang zwischen demokratischem Zentralismus und Verbindung mit der Klasse, sondern ein notwendiger, wobei jeweils der Klassenbewegung und der Kampfsituation entsprechend eine adäquate Verwirklichung des demokratischen Zentralismus Ausdruck und Voraussetzung der Verbindung der Partei mit der Klasse ist. Gegenüber der wesentlichen Bestimmung des demokratischen Zentralismus, nämlich organisatorische Verwirklichung der Parole "aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen", ist die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit eine statutenmäßige Bestimmung, die die kommunistische Partei mit allen möglichen Organisationen gemein hat und die es erst sinnvoll macht, daß die Partei Diskussionen in Richtung auf Beschlüsse und einheitliche Praxis führt. Der demokratische Zentralismus, wie Lenin und Mao Tse-tung ihn bestimmten, ergibt sich aus der Notwendigkeit der richtigen Massenlinie, ohne die der kommunistische Kern der Klasse nicht zur Parteibildung des Proletariats und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats beitragen kann.

Heute existiert nirgendwo in Westeuropa eine Organisation, die den Namen Kommunistische Partei in Anspruch nehmen kann. In den traditionellen Parteien hat der Revisionismus die Oberhand gewonnen und die revolutionären Organisationen sind noch keineswegs weit genug entwickelt, um dem Begriff der Partei zu entsprechen. Es stellt sich also praktisch nicht die Frage der Beziehung von Partei und Klasse, sondern die Frage des Aufbaus einer Partei, die diese Beziehung richtig entwickeln kann. Genauso wie die Partei der politischen Einheit der Klasse dienen muß, ist der Parteiaufbau, die Schaffung eines festen kommunistischen Kerns der Klasse Teil des Parteibildungsprozesses des Proletariats und muß als Problem des Parteibildungsprozesses der Klasse angepackt werden. Es ist der Schritt, der von den Kommunisten bewußt eingeleitet werden muß, um den Parteibildungsprozess zu beschleunigen. Auf Antrag von Marx stellte die I. Internationale auf ihrer Londoner Delegiertenkonferenz (1871) fest, "daß die Arbeiterklasse gegen diese Gesamtgewalt der besitzenden Klassen nur als Klasse handeln kann, indem sie sich selbst als besondere politische Partei konstituiert, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klassen; daß diese Konstituierung der Arbeiterklasse als politische Partei unerläßlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels - Abschaffung der Klassen; daß die Vereinigung der Einzelkräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch ihre ökonomischen Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat." (MEW 17, S. 422)

Diese Konstituierung der Klasse als politische Partei vereinheitlicht die Arbeiterklasse politisch gegenüber den besitzenden Klassen und diese Parteibildung des Proletariats ist nur möglich, wenn sie von einem organisierten kommunistischen Kern vorwärtsgetrieben wird, der seine ganze Arbeit auf die politische Vereinheitlichung der Klasse ausrichtet. Dieser kommunistische Kern erfüllt den Begriff der Partei des Proletariats nur insoweit, wie sich die Klasse selbst um ihn herum als politische Partei gegenüber den besitzenden Klassen sammelt. Es gibt also kein Subjekt-Objekt-Verhältnis zwischen kommunistischem Kern und Klasse, son-

---

jedoch hat der Revisionismus die demokratisch-zentralistische Organisation des Proletariats in der SU zerstört, wie er auch in China dabei war, die demokratisch-zentralistische Partei in eine bürokratisch-zentralistische Partei zu verwandeln und die proletarische durch die bürgerliche Disziplin zu ersetzen. Die Kulturrevolution hat den demokratischen Zentralismus in der KPCh wiederhergestellt und gefestigt und nicht gegen ihn rebelliert, wie manifesto meint. (Vgl. das in diesem Heft abgedruckte Gespräch der italienischen Kommunistin A.M. Macciocchi mit chinesischen Proletariern).

(+) Der unbestimmte Begriff "Kampfbewegung" für die Kämpfe des Proletariats und seiner Verbündeten verschleiert die Widersprüche in diesen Kämpfen. Für II Manifesto fließen z.B. die Kämpfe der Studenten und der Arbeiter einfach in eins. Darin zeigt sich, dass II Manifesto an die Stelle der Klassenanalyse das idealistische Raisonnement gesetzt hat. Das zeigt sich am deutlichsten in These 90, wo sich das Proletariat "wie Marx es gesehen hat - als Klasse vor allem durch seinen Kampf, durch sein Verhältnis zur Umwälzung des Systems" konstituiert. "Das Proletariat ist der Teil der Lohnarbeiter, der - durch seine Fähigkeit zum Kampf, seinen Organisationsgrad - gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sich erhebt." Hier zeigt sich unter dem Deckmantel der Berufung auf Marx der Subjektivismus der zentralen Thesen von II Manifesto. Wenn Marx die Entwicklung der Klasse an sich zur Klasse für sich in ihren Kämpfen untersucht, dann leugnet er ja nicht die objektive Bestimmung der Klasse an sich als Klasse der mehrwertproduzierenden Arbeiter (vgl. NRF 4/71, S. 44 ff.). Wieso ausgerechnet dieser Begriff des Proletariats, wie ihn Marx entwickelt hat, im "Spätkapitalismus" "verschwimmen" soll, "bis er alles und nichts bedeutet" ist das Geheimnis jener, für die an die Stelle von Bündnissen des Proletariats mit anderen Klassen und Schichten, die "Vergesellschaftung" des politischen Kampfes des Proletariats tritt, was nichts anderes bedeutet als die Gleichsetzung der Kämpfe des Proletariats mit den Kämpfen der Studenten etc. Wer aber die Widersprüche des Kampfes gegen den Imperialismus nicht beachtet, weil er die objektiven Kriterien der marxistisch-leninistischen Klassenanalyse zurückweist, kann keine revolutionäre Strategie entwickeln und setzt zwangsläufig an die Stelle der Klassenpolitik eine antikapitalistische "Block"politik und an die Stelle des Aufbaus der kommunistischen Partei, die Vereinigung von "Kräften", "die fähig sind, politisch zu handeln und auf die Gesellschaft einzuwirken". (These 200).

dern ein ständiges Wechselverhältnis, dem dieser Kern in jeder Phase des Parteibildungsprozesses des Proletariats nur gerecht werden kann, wenn er aus den Massen schöpft und in sie hineinträgt, d.h. wenn er ein Maximum an Demokratie mit einem Maximum an Zentralismus verbindet. Solange die Kommunisten nicht tatsächlich Kern der Klasse sind, solange sind sie auch nicht die Partei des Proletariats. Wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegung, den Parteibildungsprozess des Proletariats, der Klasse untersuchen, dann stellen wir fest, daß dieses Wechselverhältnis von kommunistischem Kern und Klasse ständig gefährdet ist und daß der Parteibildungsprozess des Proletariats nicht gleichmäßig vor sich geht, und daß entsprechend auch die Parteigeschichte im engeren Sinn ständig Brüche aufweist, daß die vorhandenen Kerne verfaulen können und neue Kerne aufgebaut werden müssen, wenn die Klassenbewegung einen neuen Aufschwung nimmt. Solche Kerne können nicht allein aus der Verschmelzung der Kommunisten untereinander, sondern nur durch die Verschmelzung der Kommunisten untereinander und die Verschmelzung der Kommunisten mit der Klasse zustandekommen. Dementsprechend sind die Niederlagen der Klassen oft auch Phasen der Verfaulung des Kerns und können neue Kerne erst in einem neuen Aufschwung der Massen geschaffen werden. Aber diese Kerne müssen sich als Teil des gesamten Prozesses der Parteibildung begreifen und dürfen nicht so tun, als hätten neue Aufschwünge der Massen mit den vergangenen nichts zu tun und als sei die Geschichte des Parteibildungsprozesses des Proletariats nicht auch insofern lebendig, als sich in den früheren Aufschwungphasen exemplarische allgemeingültige Erfahrungen einstellten, die bei einem neuen Aufschwung in Anwendung gebracht werden müssen. Und insofern können wir auf dieser Geschichte aufbauen und brauchen keineswegs so zu tun, als stellten sich alle Fragen ganz neu.

Ein anderes Herangehen an die heutigen Probleme des Parteibildungsprozesses führt notwendig zu spontaneistischen und attentistischen Vorstellungen. Heute treten spontaneistische und attentistische Vorstellungen meistens unter der Parole "Zurück zu Marx" auf und der Titel von Rossana Rossandas Artikel "Von Marx zu Marx" besagt ja auch nichts anderes. Die Begründung dieser Parolen liegt im Grunde immer in einer bestimmten Interpretation der Leninschen Auffassungen als Ausdruck des zurückgebliebenen Rußlands, die durch die Komintern dem fortgeschrittenen Europa übergestülpt worden seien. Das Ganze läuft dann auf eine Gegenüberstellung Marxens und Lenins hinaus, wobei behauptet wird, die Marxschen und die Leninschen Auffassungen vor allem in der Parteifrage ständen einander diametral gegenüber:

"Was Marx und Lenin trennt (und zwar nicht, insofern Lenin einen von Marx halbfertig gelassenen Entwurf vollendete, sondern insofern beide Konzeptionen verschiedene Richtungen einschlagen), ist, daß er die Organisation immer nur als ein vordringlich praktisches Moment betrachtet, als ein plastisches und veränderliches Instrument, als einen Reflex dessen, was einziges reales Subjekt der Revolution ist, des Proletariats." (a.a.O., S.6) Demgegenüber wird bei Lenin die Arbeiterklasse zum Objekt, aus dem die Partei einen Revolutionär"macht" (a.a.O., S.12). "Eine Avantgarde solcher Art kann außerhalb der Massen stehen, die sie formieren soll; sie ist insofern äußere Avantgarde, als sie die Pädagogik des Kampfes erlernt hat, um sie hernach zu übertragen. Das macht die revolutionäre Partei im wesentlichen aus: Paradoxerweise ist sie die Trägerin der Analyse und des Ideals von Marx und hat gleichzeitig nichts zu tun mit dem Prozess zwischen Kampf und Bewußtsein, den Marx beschrieben hatte. In dieser Organisationsform drückt sich der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung aus, nicht nur am Ort und in der Epoche seiner Konsolidierung erduldet er die Vertagung der Revolution auf den hypothetischen Augenblick, wo er seine höchst unbestimmte "Reife" erreicht haben wird; auch in Europa, wo sich die objektiven Bedingungen der Hypothese von Marx mehr näherten, machten die Krise der Sozialdemokratie und das Unvermögen, ihr durch ein anderes Modell zu entrinnen - nur Gramsci und Rosa Luxemburg versuchten es jeder auf seine Weise - eine vollständige Verschweißung mit der Marxschen Hypothese unmöglich." (a.a.O.,S.12f.) Wir halten es für falsch, Lenins Auffassungen zur Parteifrage immer wieder nur aus "Was tun?" herausdestillieren zu wollen, aber auch in "Was tun?" gibt es die "äußere Avantgarde", "die die Pädagogik des Kampfes lernt, um sie hernach zu übertragen" keineswegs, im Gegenteil, Lenin leitete seine Auffassungen direkt aus den Erfahrungen des Kampfes ab, die den Arbeitern revolutionäre Fragen stellten, die die bestehende sozialdemokratische Bewegung nicht beantworten konnte. Wieso die Partei bei Lenin nichts mit dem Prozess zwischen Kampf und Bewußtsein zu tun haben soll, verstehen wir nicht, geht doch "Was tun?" von der Entfaltung des Kampfes und den politischen Bedürfnissen der Arbeiterklasse aus, denen die Partei entsprechen muß, wenn sie nicht hinter der Arbeiterbewegung zurückbleiben will. Den angeblichen Attentismus in den Leninschen Vorstellungen können wir beim besten Willen nicht feststellen. Richtig ist nur, daß Lenin die Frage des kommunistischen Kerns der Arbeiterbewegung schärfer stellte und daß er gerade auf diese Seite der Parteibildung des Proletariats besonderen Nachdruck legte, sie aber niemals aus dem Parteibildungsprozess der Klasse herauslöste. Im Gegenteil war sich Lenin voll bewußt, daß der kommunistische Kern der Klasse sich nur in dem Maße organisatorisch festigen kann, wie er mit der Klasse verbunden ist. Lenin fragt 1921:

"... Wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? wodurch wird sie kontrolliert? wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden.
Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt."
(Lenin, Linksradikalismus, W.31, S.9). Gegenwärtig

ist mit diesem langen Bemühen zu beginnen, eine Partei aufzubauen, die wirklich der Kern des Proletariats in dessen Kampf für den Sozialismus und den Kommunismus sein kann. Wir sind der Meinung, daß uns hierbei das Studium der Geschichte der Bolschewiki entscheidend helfen kann, wenn wir mit zwei Fehlern Schluß machen: mit der schematischen Vereinfachung dieser Geschichte und mit ihrer genauso schematischen Relativierung.

In Italien haben die Kämpfe der letzten Jahre gerade gezeigt, daß sich die alten Probleme der Parteibildung des Proletariats neu stellen. Die Hoffnung, daß sich diese Probleme einfach im Kampf spontan lösen ließen, eine Hoffnung, die in der Propagierung des Rätegedankens ihren Ausdruck fand, ist gescheitert. Die Kämpfe haben zunächst zu einer quantitativen Stärkung der Gewerkschaften und auch der PCI geführt, während die räteartigen Organisationen vorübergehend eingegangen sind und es den revolutionären Gruppen offensichtlich in keinem relevanten Ausmaß gelungen ist, Zellen in den Betrieben aufzubauen. Das zeigt, wie notwendig auch in Italien nach wie vor die Arbeit in den Gewerkschaften ist, um klassenbewußte Fraktionen in ihnen aufzubauen, und daß die spontanen Ansätze zu Räten den Aufbau organisierter kommunistischer Kerne als Keime der Partei des Proletariats keineswegs erübrigen. Dazu aber genügt es nicht, bloß eine Plattform zu erstellen, auf die sich die anderen Gruppen beziehen können, sondern dazu ist politische Propaganda und organisatorische Arbeit nötig. Der Prozess der ideologischen Auseinandersetzung und ideologischen Vereinheitlichung muß auch mit organisatorischen Schritten verbunden sein. Il Manifesto, das in seinen Thesen auf diese Frage nur ganz allgemein eingeht und dabei Gefahr läuft, die Geschichte früherer Abspaltungen von den KPs, die sich sämtlich in Nichts aufgelöst haben, zu wiederholen, versucht jetzt, mit der Bildung von "politischen Komitees" den organisatorischen Notwendigkeiten zu entsprechen. Diese Komitees sollen vor allem in den Betrieben die Militanten sammeln, wobei aber wieder auf eine klare programmatische und organisatorische Bestimmung verzichtet wird. Die politischen Komitees werden als organisatorische Übergangsformen begriffen, die einerseits Vorformen von Parteizellen und andererseits Initiativorganisation für Räte sein sollen, um die "einzig mögliche" Dialektik von Partei und Räten in Gang zu bringen. Wir meinen aber, wenn sich gezeigt hat, daß die Masseninitiative vorläufig keine Rätestrukturen stabilisieren konnte, das Primat auf der Bildung von Zellen liegen muß, die überall in den Massenorganisationen arbeiten, auch in den Gewerkschaften, und daß die ideologische, programmatische und organisatorische Vereinheitlichung dieser Zellen beschleunigt werden muß, wenn sie nicht perspektivlos neben der nach wie vor mächtigen KPI verkommen sollen.

Redaktion

basis studienausgaben

Leo Trotzki
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?
296 Seiten, kartoniert 9,- DM

Franz Neumann
Demokratischer und autoritärer Staat
240 Seiten, kartoniert 6,- DM

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ›Kapital‹ I/II
Band I 202 Seiten, Band II 338 Seiten, kartoniert, je Band 6,- DM

Soziologische Exkurse
184 Seiten, kartoniert 6,- DM

(A. Neuberg), Hans Kippenberger, M. N. Tuchatschewski, Ho Chi Minh u. a.
Der bewaffnete Aufstand
344 Seiten, kartoniert 9,- DM

Leo Trotzki
Ergebnisse und Perspektiven
Die permanente Revolution
328 Seiten, kartoniert 9,- DM

Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
408 Seiten, kartoniert 9,- DM

Karl Korsch
Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften
ca. 200 Seiten, kartoniert 6,- DM

Arthur Rosenberg
Demokratie und Sozialismus
312 Seiten, kartoniert 9,- DM

Alfred Schmidt
Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx
ca. 200 Seiten, kartoniert 9,- DM

basis arbeitsergebnisse

Otto Gmelin / Helene Saussure
Bankrott der Männerherrschaft
Material zu Problemen der Frauenemanzipation
ca. 160 Seiten, kartoniert

Armin Gutt / Ruth Salffner
Sozialisation und Sprache
Didaktische Hinweise zu emanzipatorischer Sprachschulung
112 Seiten, kartoniert

Jürgen Ritsert / Claus Rolshausen
Der Konservativismus der kritischen Theorie
ca. 100 Seiten, kartoniert

Europäische Verlagsanstalt

Die Kommunistische Partei Chinas – Protagonist und Gegenstand der Kulturrevolution

Vorbemerkung:

Das folgende Gespräch mit kommunistischen Arbeitern eines Shanghaier Betriebs, von dem in dieser Stadt die Kulturrevolution ausgegangen ist, haben wir dem Buch "Über China" von Maria-Antonietta Macciocchi entnommen ("Dalla Cina", 1971; hier nach der französischen Ausgabe: "De la Chine", Editions du Seuil, Paris 1971). M.A.Macciocchi hatte die Gelegenheit zwei Monate, von Oktober bis Dezember 1970, ohne jede Einschränkung in China zu reisen, Städte, Dörfer und Produktionsstätten zu besichtigen und Gespräche jeder Art zu führen. Obwohl Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens, und Mitarbeiterin von deren Zentralorgan "Unità", erhielt M.A.Macciocchi als "Freundin Chinas" diese Sondererlaubnis, Sie ist damit das erste Mitglied einer westeuropäischen KP, das China nach dem sowjetisch-chinesischen Bruch besuchen konnte; freilich nicht als Repräsentant ihrer Partei, deren Führer diese Reise auch erst nach längeren Überlegungen billigten, wie M.A.Macciocchi berichtet. Wenn M.A.Macciocchi auch den Standpunkt vertritt, dass es falsch wäre, alle revolutionäre Hoffnung an die Entwicklung Chinas ebenso zu binden wie früher - und sie selbst hat es getan - an die Entwicklung der Sowjetunion (vgl. S.11), so macht sie doch keinen Hehl aus ihrer positiven Einstellung zur Kulturrevolution und der revolutionären Linie Mao Tse-tungs, die sie für "hundertprozentig leninistisch" hält (S.566). Sie ist noch Mitglied der KPI und Abgeordnete im italienischen Parlament.

Das Gespräch mag zeigen, daß selbst unter den Linken in Westeuropa häufig falsche Vorstellungen von der Kulturrevolution zu finden sind. Es wird deutlich, daß Fragen der revolutionären Organisation, des demokratischen Zentralismus, nicht abstrakte Fragen des Statuts sind und damit einfach unter die Rubrik "rigide Organisationsformen" abgehandelt werden können, sondern daß es sich hierbei um ein Klassenprinzip handelt zur tatsächlichen Durchsetzung der Führung der Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution, zur Herstellung der proletarischen Demokratie. Damit ist klar, dass die chinesischen Kommunisten den demokratischen Zentralismus gerade in der Kulturrevolution nie aufgegeben haben, wie II Manifesto fälschlicherweise annimmt.

Red.

Runder Tisch mit dem Parteikomitee in der Fabrik Nr. 17 in Shanghai

Politisch gesehen ist dies die bedeutendste Fabrik in Shanghai. Es war die erste Fabrik, in der sich während der Kulturrevolution eine Gruppe "aufständischer Arbeiter" konstituierte und ein Bündnis zwischen Arbeitern und Revolutionären von Schanghai geschlossen wurde. Es war die erste Fabrik, in der die "Berichtigung" der Parteilinie erfolgreich durchgeführt wurde; ihr Fabrikomitee wurde im Mai 1968 gewählt, es war eins der ersten in China. Anläßlich des IX.Parteikongresses wurde ein Arbeiter der Fabrik ins Zentralkomitee gewählt; er heißt Wang Hung-ven, ist 35 Jahre alt und ist Autor der ersten Wandzeitung in der Fabrik. Nicht jeder kann die Fabrik besichtigen. Unsere Gesprächspartner sind Yu Tian-hun, Vorsitzender des Parteikomitees und zweiter Verantwortlicher des Revolutionären Komitees; Lu Yun-ken vom Parteikomitee; Chen Toe-kon, Mitglied des Revolutionskomitees; ein junges Mädchen, Van Uin-hin, Sektretärin der kommunistischen Jugend-Liga (in dieser Fabrik ebenfalls neu aufgebaut); Tu Tin-sin vom revolutionären Fabrikkomitee; Soi U-chi von der Brigade der aufständischen Arbeiter von Shanghai, die dem Hauptquartier der aufständischen Arbeiter der Stadt angeschlossen ist. Alle haben sich an der Diskussion beteiligt. Ich erwähne nicht immer die Namen, da dieselben Argumente wiederholt von verschiedenen Diskussionsteilnehmern vorgebracht werden.

Zunächst einige Fakten zur Fabrik und zur Partei in der Fabrik. 8000 Personen, Arbeiter und Angestellte, arbeiten dort. Die Partei hat dort 1060 Mitglieder. Während der Kulturrevolution wurden 80 neue Mitglieder aufgenommen. Vor der Kulturrevolution hatte die Partei 1000 Mitglieder; etwa zwanzig müssen also ausgeschlossen oder suspendiert worden sein. Es gibt 31 Zellen, den Produktionseinheiten der Fabrik entsprechend. Jede Fabrikhalle hat ein Koordinationskomitee der verschiedenen Zellen. Unmittelbar darüber steht das Sektionskomitee, das aus 13 gegenüber früher 9 Mitgliedern besteht. Nur ein Mitglied des ehemaligen Leitungskomitees ist auch jetzt im neuen Komitee. Von den übrigen arbeiten jetzt einige woanders, einige sind pensioniert und einige wurden wieder zu einfachen Mitgliedern. Unter den neuen findet man alte Mitglieder der Partei wie auch junge politische Kader, die während der Kulturrevolution in die Partei eingetreten sind. Die neuen Mitglieder des Leitungskomitees wurden nach einer Diskussion, an der alle Arbeiter, die nicht in die Partei eingeschrieben waren, teilnehmen konnten, gewählt. Zum ersten Mal blieben die in das Leitungskomitee gewählten Arbeiter Arbeiter, im Gegensatz zu früher, wo die wenigen Arbeitermitglieder des Leitungskomitees von jeder Produktionsarbeit befreit waren.

- Wie entwickelte sich während der Kulturrevolution der Kampf in der Partei?

- Die Kulturrevolution ist eine breite Bewegung der Konsolidierung und Stärkung der Partei. Das war nicht Sache eines Tages. Der Linie Maos folgend, gingen die Massen allmählich zum Aufstand über. Engels sagt: "Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt."
Die Leute der Fabrik hatten überhaupt kein Prestige mehr;

um ihnen aber die Macht zu entreißen, bedurfte es eines langen und mühseligen Kampfes. Die Eroberung der Macht begann 1966. Aber noch im Januar 1967 befand sich die Macht, wenn auch paralysiert, in den Händen der Revisionisten. Die Januarrevolution hat sie ihnen entrissen. Man hat die Leiter vor den Massen entlassen, man hat sie kritisiert und ihr schädlicher Einfluß wurde vollständig ausgeschaltet. Wir haben das Revolutionskomitee auf der Basis der Dreierverbindung gegründet. Das war die erste Machtübernahme in Shanghai: Die aufständische Arbeiterklasse erlangte die Macht.

- Was waren die einzelnen Phasen des Kampfes? Wer ergriff im Aufstand die Initiative?

- Lu Yun-ken und ich haben die erste Wandzeitung (mit über 1000 Schriftzeichen)aufgehängt. Wir waren die ersten, die gemäß der Weisung Maos vom 16.Mai 1966 gegen das Parteikomitee rebellierten. Das war am 12. [illegible] Das alte Parteikomitee hatte sich dem revisionistischen Weg verschworen. Es führte die Massen auf den falschen Weg. Es wurde von einer "Arbeitsgruppe" unterstützt, von der die Repression gegen uns ausging: es gab Bestrafungen, "schwarze Listen" usw. Mehr als tausend Vorschriften, eine Erbschaft aus der Zeit der kapitalistischen Herrschaft, waren in der Fabrik zu befolgen. Aber dort, wo es Unterdrückung gibt, gibt es Aufstand. Anfangs waren wir zu zweit, dann dreißig, schließlich einige hundert. Im November 1966 gab es mehr als tausend aufständische Arbeiter. Aber eine einzige Fabrik konnte nicht ausreichen. Wir nahmen Verbindung mit anderen Fabriken des Viertels auf; schließlich waren wir zahlreich genug, um eine revolutionäre Massenorganisation zu gründen: das Hauptquartier der aufständischen Arbeiter. Das revolutionäre Feuer umzüngelte die revisionistischen Kader. Sie begriffen die Gefahr und versuchten zunächst die Produktion zu sabotieren, dann die Arbeiter zu bestechen: sie boten Schuhe, Fahrräder, Uhren, verschiedene Konsumartikel an. Schließlich schlugen sie die "ökonomistische" Linie ein: Lohnerhöhungen, Versprechungen für individuelles Wohlergehen. Endlich verloren Parteikomitee und Gewerkschaft völlig den Kopf und, den Direktiven der revisionistischen Leitungsgruppe von Shanghai folgend, riefen sie die Arbeiter auf, die Arbeit niederzulegen, die Wasserversorgung der Fabrik und den Transport zu unterbrechen. Während einiger Tage war alles lahmgelegt. Der Kampf war schrecklich, er ging quer durch die Arbeiterklasse.

- Wie aber haben sich die Arbeiter, die Genossen, die zuerst gegen Eure Aktion waren, Euch angeschlossen?

- Auch das kam erst allmählich. Man muß zuerst folgendes verstehen: der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats hat neue Merkmale. Darüber entstand die Auseinandersetzung innerhalb der Partei und der Arbeiterklasse. Es gab solche, die dieses Problem verstanden, solche, die es passiv akzeptierten und solche, die die Meinung vertraten, daß, nachdem einmal die Diktatur des Proletariats hergestellt sei, nur noch die äußeren Feinde und nicht mehr die im Inneren zählen. Die Parteimitglieder, die von der Richtigkeit der Linie Maos überzeugt waren, merkten nicht, in welcher Gefahr die Partei sich befand; die Partei lief Gefahr, von einer revolutionären Partei in eine Partei der Produktion zu entarten. Wir bestanden darauf, Mitglieder einer revolutionären Partei zu sein, einer Partei, die auch unter der Diktatur des Proletariats die Revolution weitertreibt. Aber die Genossen waren nicht davon überzeugt, daß sie den falschen, den Weg von Liu Schao-tschi eingeschlagen hatten. Ein Großteil von ihnen zögerte, war unsicher, desorientiert.

- Hattet Ihr keine Angst, die Einheit der Partei zu zerstören?

- Nein. Mao hat uns gelehrt, daß man die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei nicht fürchten darf. Liu Schao-tschi dagegen predigte den "inneren Frieden" der Partei; das war nichts als Opportunismus. Schon vor langer Zeit hatte Mao den Kampf gegen diese Auffassung vom "inneren Frieden" aufgenommen. In dem Artikel "Gegen den Liberalismus" verurteilt er elf Formen des Liberalismus, unter anderem "so wenig wie möglich reden, sich abseits halten, um zu vermeiden, sich zu irren". Mao warnte vor "dem, der bemerkt, daß irgendetwas in der Partei nicht stimmt, aber nichts sagt, nicht rebelliert, nicht kämpft. Das ist ein Spießbürger. Er ist auf dem Wege der Entartung. Wenn er sich nicht korrigiert, hört er auf, ein Revolutionär zu sein." +)

- Fand der Kampf lediglich innerhalb der Partei statt?
- Nein, die Widersprüche innerhalb der Partei, die aus dem Kampf zweier Linien hervorgingen, wurden in direkter Verbindung mit dem Kampf vor den Massen offengelegt; darum war es den Massen möglich, sich anhand der konkreten politischen Praxis und nicht auf abstrakte Art zu entscheiden. Unsere Berichtigungsbewegung wurde völlig offen ausgetragen, alle konnten daran teilnehmen. Der Vorsitzende Mao hat folgende Direktive ausgegeben: "Jede Zelle muß in den Massen eine Berichtigungskampagne einleiten; die Massen müssen daran teilnehmen und nicht nur einige Mitglieder der Partei. Die Massen, die nicht der Partei angehören, nehmen an den Versammlungen teil und sagen dort ihre Meinung." Auf diese Weise hat die Bewegung begonnen, die dazu führen sollte, alles abzustoßen, was sich in der Partei verfestigt hatte, und das Neue aufzunehmen, damit neues Blut durch die Adern der Partei fließt.

- Wie ist ein Aufstand gegen die Führer einer Partei möglich, die den demokratischen Zentralismus beachtet? Besteht da nicht ein Widerspruch zwischen Aufstand und Parteidisziplin?

- Nein. Liu Schao-tschi war es, der die bedingungslose Treue innerhalb der Partei, die Unterwerfung unter die Leitungsorgane, die Disziplin ohne Diskussion predigte. Man fragte überhaupt nicht nach der Meinung der Massen, die Führung war bürokratisch. In unserer Fabrik z.B. gab es einen Agenten Lius, der von den Massen kritisiert wurde und dennoch von der Leitung zum Abteilungschef ernannt wurde. Ein anderer Revisionist wurde zum Leiter der Abendkurse ernannt. Die Kritik der Basis blieb wirkungslos. Was zählte, war die Protektion, die diesem Leiter und seinen Freunden zuteil wurde. Das war die typische bürokratische Praxis, die nicht mit den Massen rechnet. Die Führer stützten sich gegenseitig und machten gegen die Basis Front. Liu sagte: "Die Massen sind rückständig." Mao sagt: "Die Massen sind die wahren Helden." Man muß die bürokratische Auffassung ändern, wenn man die Massen mobilisieren will. Warum genügt es jetzt in Shanghai, um acht Uhr früh einige Telefongespräche zu führen, um wenige Stunden später viele Tausende zu versammeln? Warum eilen Tausende von roten Garden nach Peking? Weder Liu noch Teng Hsiao-ping hätten das erreichen können, obwohl sie Dank ihrer "Arbeitsgruppen" die Fabriken und die Studenten kontrollierten. Wollen Sie wissen warum? Weil diese blinde Disziplin in der

+) Der Aufsatz "Gegen den Liberalismus" in der deutschen Ausgabe der Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs Band II enthält das Zitat in dieser Form nicht. (Red.)

Partei eine bürgerliche Disziplin ist, eine Sklavendisziplin, die nur über eine relativ beschränkte Zahl von Personen ausgeübt wird, die vom Apparat abhängig sind. Diejenigen, die eine Disziplin dieser Art ausüben, können nicht diese aktive und bewußte Bereitschaft hervorrufen, die im Nu Hunderttausende im Kampf gegen den gemeinsamen Feind mobilisieren kann. Nur eine proletarische Disziplin kann das erreichen; das ist eine bewußte, keine blinde Disziplin. Liu sprach von "der Partei dienen", Mao sagt: "Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen". Nach und nach hat die Partei eine neue Disziplin erworben, eine proletarische Disziplin.

- Wie entstand diese neue Disziplin?

- Sie entstand aus der Revolte, aus der Fähigkeit, gegen den Revisionismus, gegen die Fehler zu rebellieren.

- Wie ist es möglich, daß die Disziplin aus der Revolte hervorgeht?

- Sie können das vielleicht nicht verstehen. Wir wollen versuchen, es Ihnen besser zu erklären. Da die "revolutionären Rebellen" bestimmt und fest gegen die Bürokraten vorgegangen sind, begann die politische Diskussion in den Massen. Wir hatten die Unterstützung von Mao, der uns eine Grußbotschaft an die Aufständischen von Shanghai schickte, und wir hatten die Unterstützung der Volksbefreiungsarmee. Die Mitglieder der Partei fingen an zu begreifen, was unter Revolte zu verstehen sei. Die Zugehörigkeit zur Partei war nun kein Akt des Glaubens mehr oder der Disziplin. Für welche Sache kämpft der Kommunist? Was war die richtige, was die falsche Linie? Braucht man eine Partei, die die Massenlinie anwendet, oder eine bürokratische Partei? Eine Partei, die das Klassenbewußtsein hebt oder eine Partei, die das materielle Wohlergehen anpreist? Der Kampf kristallisierte sich an den Kriterien für die Fabrikleitung: Verwaltung durch die Massen oder Verwaltung durch die Techniker? Primat der Politik oder Primat der Ökonomie? An diesen Fragen entfesselte sich die Revolte; die Wandzeitungen tauchten auf, und sie sind für die Klasse und für die Massen ein machtvolles Ausdrucksmittel geworden. Die Philosophie der Partei ist eine Philosophie des Kampfes. Die Partei ist ein Instrument des politischen und ideologischen Kampfes geworden und nicht mehr nur der Organisation. Wenn wir bloß an unsere Baumwolle, an unsere Webstühle, an die Produktion, an die stumpfsinnige Anwendung der Direktiven denken, wird die kommunistische Partei zerstört werden, unsere Genossen werden verloren sein. Früher sagten die Genossen: "Die Volksarmee ist stark genug, um - wenn nötig - den Feind anzugreifen. Unsere Pflicht ist es, die Produktion zu erhöhen. Unser Bewußtsein ist ein Klassenbewußtsein, und wir sind Mao treu. Was sollen wir noch tun?"

- Könnt Ihr mir ein konkretes Beispiel dieser Ablehnung der Rebellion nennen?

- Zu Beginnder Kulturrevolution hatten viele Parteimitglieder den falschen Weg eingeschlagen; das Schlimmste aber war, daß sie ihre Fehler nicht begriffen. Nehmen wir das Beispiel dieses Genossen, Mitglied der Partei, Arbeiter seit seiner frühesten Jugend - er kam mit neun Jahren in unsere Fabrik; er kannte ein Leben voller Leiden und Entbehrungen. Die Aktion der "revolutionären Rebellen" verwirrte ihn. Er sagte: "Unter der Führung von Mao ging es uns von Tag zu Tag besser; warum sollen wir uns zu Rebellen erklären? Gegen wen? Gegen den Sozialismus? Gegen die proletarische Klasse?" Er war nicht einverstanden, und wir hatten in der Fabrik politische Zusammenstöße. Die aufständischen Arbeiter haben ihn kritisiert, aber er verstand noch immer nicht. Er stellte sich unter das Bild von Mao, wies mit dem Finger darauf und sagte: "Ich soll eine andere Linie als die Linie Maos verfolgen? Eher will ich sterben. Ich will den Vorsitzenden Mao mit ganzem Herzen verteidigen. Aber ich verstehe nicht eine Rebellion gegen die kommunistische Partei." Dann, während der Bewegung der Berichtigung und Konsolidierung der Partei, hat dieser Genosse im Laufe der Diskussion begriffen, daß es nicht genügt, Klassenbewußtsein zu haben, sondern daß man sich aktiv am Kampf beteiligen muß, wenn man die proletarische Revolution unter der Diktatur des Proletariats vorantreiben will. Andernfalls ist es so, als ob man Augen hat, um nicht zu sehen, und Ohren, um nicht zu hören. Auf diese Weise haben die Parteimitglieder ein höheres Bewußtsein erlangt. Wir haben Egoismus, Bürokratismus und Ökonomismus beseitigt. Wir haben gelernt, daß man als Genosse gleichzeitig an sein Land und an die Weltrevolution denken muß, daß man kämpfen muß, bis in der ganzen Welt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und die Menschheit befreit ist.

- Wie ist jetzt die Stimmung in der Sektion der Partei in der Fabrik?

- Früher lief die Partei Gefahr, den Klassenkampf unter der Führung des Proletariats und die Weltrevolution zu vergessen. Heute weiß unsere Partei, daß jeder Millimeter gespultes Garn, jeder Millimeter gewebter Stoff einen Beitrag zur Weltrevolution darstellt. Ein weiteres Beispiel: Ein Genosse arbeitet in unserer Fabrik seit 16 Jahren. Er war in der Partei, aber für ihn zählte die Weltrevolution nicht. Er hat mehrere Kinder, er beschäftigte sich viel mit seiner Familie und herzlich wenig mit der Revolution. Jetzt hat er diesen Egoismus abgelegt, dem Kommunismus gilt jetzt wieder sein Hauptinteresse. Jüngere und ältere sind in die Partei eingetreten. Einige von ihnen sind Mitglieder des Leitungskomitees der Fabrik. In der bürokratischen Partei Lius war das früher nicht möglich. Der gute Kommunist, der "gute Genosse", der seinen Weg machen sollte, mußte lange Jahre seinem direkten Vorgesetzten gegenüber eine absolute Treue zeigen.

- Ich möchte auf die Frage des demokratischen Zentralismus zurückkommen. Sein Funktionieren gibt anderen kommunistischen Parteien harte Probleme auf. In vielen Parteien würde derjenige, der eine Wandzeitung gegen einen Parteiführer verfassen würde, den Ausschluß aus der Partei riskieren.

- Das Prinzip des demokratischen Zentralismus ist das Prinzip unserer Partei. Aber er muß wirlich die Synthese von Demokratie und Zentralismus sein. Die Freiheit wird unter einer Leitung ausgeübt. Die Demokratie muß vom Zentralismus angeleitet werden. Aber ohne umfassende Demokratie gibt es keinen Zentralismus, gibt es nur noch Bürokratismus. Die Kulturrevolution ist eine wahrhaft demokratische Aktion. Sie ist die Mobilisierung von Hunderttausenden unter der Diktatur des Proletariats. Läuft die Demokratie darauf hinaus, jede politische Führung abzuschaffen? Nein, sie wird im Gegenteil eine Stärkung der Führung des Vorsitzenden Mao sein. Der demokratische Zentralismus ist nicht zerstört worden, er hat sich vielmehr konsolidiert. Auf welche Weise? Durch Wandzeitungen, ausführliche Diskussionen, Meinungsäußerungen der Massen. Man muß es wagen, anderer Meinung zu sein als die Leitungsorgane, und man muß es sagen; man muß wagen, zu denken, zu handeln. Die Wandzeitung, eine neue Waffe des Klassenkampfs, ist das Band zwischen Zentralismus und Demokratie. In unseren Statuten definieren wir den demokratischen Zentralismus folgendermaßen: "Freiheit und Dis-

Sammlung Luchterhand

Neuerscheinungen
September–November 1971

Christa Wolf
Nachdenken über Christa T.

Roman. Sonderausgabe. DM 7,80
Band 31

Ernst S. Steffen
Rattenjagd

Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus
DM 7,80 Band 33

Günter Grass
Gesammelte Gedichte

Mit einem Vorwort von
Heinrich Vormweg. DM 9,80
Band 34

Georg Lukács
Die Theorie des Romans

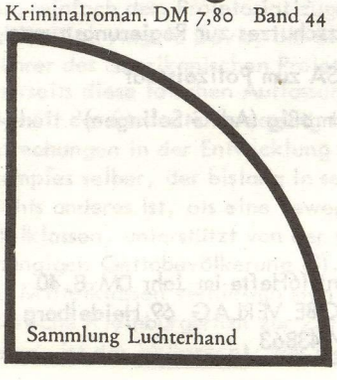
Ein geschichtsphilosophischer Versuch
über die Formen der großen Epik.
Sonderausgabe. DM 7,80 Band 36

Ernst Jandl
Laut und Luise

Mit einem Nachwort von
Helmut Heißenbüttel. DM 7,80
Band 38

Wolfgang Hermann Körner
Die Verschwörung von Berburg

Kriminalroman. DM 7,80 Band 44



Kieseritzky
das eine wie das andere

Roman. DM 7,80 Band 45

Helga M. Novak
Aufenthalt in einem irren Haus

Erzählungen. DM 9,80 Band 46

Marlene Stenten
Großer Gelbkopf

Roman. DM 4,80 Band 47

Anna Seghers
Überfahrt

Eine Liebesgeschichte. DM 7,80
Band 48

Georg Lukács
Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins

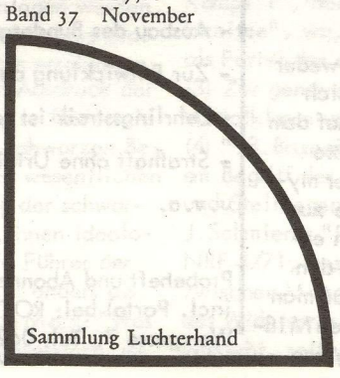
Hegels falsche und echte Ontologie.
DM 7,80 Band 49

Leo Löwenthal
Erzählkunst und Gesellschaft

Die Gesellschaftsproblematik in der
deutschen Literatur des
19. Jahrhunderts. Mit einer
Einleitung von Frederic Tubach.
DM 9,80 Band 32 November

Jörg Steiner
Ein Messer für den ehrlichen Finder

Roman. DM 7,80
Band 37 November



Gisela Steinwachs
Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in ›Natur‹

Eine strukturale Analyse von Bretons
»Nadja«. collection alternative,
herausgegeben von Hildegard
Brenner, Band 3. DM 7,80
Band 40 November

Rosa Luxemburg
Internationalismus und Klassenkampf

Die polnischen Schriften,
herausgegeben und eingeleitet von
Jürgen Hentze. DM 9,80
Band 41 November

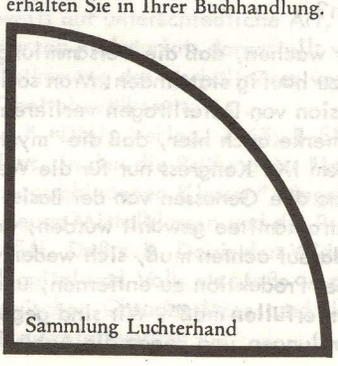
Dorothee Sölle
Das Recht ein anderer zu werden

Theologische Texte. Reihe Theologie
und Politik, herausgegeben von
Hans-Eckehard Bahr, Band I.
DM 4,80 Band 43 November

Jóhann Páll Árnason
Von Marcuse zu Marx

Prolegomena zu einer dialektischen
Anthropologie.
DM 9,80 Band 54 November

Ausführliche Verzeichnisse der
»Sammlung Luchterhand«
erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.



ziplin". Das sichert dem Volk und der Partei eine umfassende Demokratie, eine proletarische Demokratie unter der Diktatur des Proletariats; eine Demokratie, die nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch die Massen betrifft; eine Demokratie der revolutionären Massen, die ihren Ausdruck in den Wandzeitungen findet, in den Diskussionen, der Kritik und den Vorschlägen. Der Zentralismus wird durch das Hauptquartier, dessen Leiter Mao ist, repräsentiert. Die revolutionären Massen nehmen an unserem Kampf teil. Sie wollen, daß die Revolution Fortschritte macht; den Revisionismus wollen sie nicht. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus hat somit einen eindeutigen Klassencharakter.

- Auf welchen Prinzipien habt Ihr die Partei neu aufgebaut? Vor allem zu Anfang, als die bestehenden Organe gestürzt wurden?

- 1967 fanden ausführliche Diskussionen statt. Wer sollte den führenden Kern bilden? Einige sagten: unsere Organisation war die erste, die rebellierte; wir müssen den führenden Kern bilden. Andere wiederum sagten: wir sind kompetenter, oder: wir sind zahlreicher. Unsere Erfahrung zeigt, daß die Kommunisten die Führung niemals aufgegeben haben, wenn sie auch, sofern das möglich war, die Basisorganisationen erneuerten, die nicht mehr funktionierten. So hat auch Mao niemals seine Führungsrolle aufgegeben. Die Linie von Liu Schao-tschi hat bloß erreicht, Verwirrung in unserer proletarischen Revolution zu stiften. Die Kulturrevolution wurde von der kommunistischen Partei angeführt, auch wenn sie selbst von ihr ernstlich betroffen wurde. "Die Partei muß den führenden Kern bilden", sagte Mao. "Die Macht der Partei ist der Kern der Macht, ist die Macht in der Macht." Diese Linie haben wir befolgt. Um Ihre Frage in bezug auf die Rekrutierung von Parteimitgliedern und ihre Kriterien zu beantworten, will ich Ihnen folgendes Zitat bringen: "Die Organisation der Partei muß sich aus den fortgeschrittenen Elementen des Proletariats zusammensetzen, sie muß dynamisch sein, fähig, das Proletariat, die revolutionären Massen zu führen und den Klassenfeind zu bekämpfen."

- Mußtet Ihr falsche Vorstellungen bekämpfen?

- Wir mußten gewisse falsche Vorstellungen bekämpfen. Einige sagten zum Beispiel: Wir haben im Aufstand eine bedeutende Rolle gespielt, wir müssen jetzt in die Partei eintreten dürfen. Oder: Diejenigen, die Führer revolutionärer Komitees geworden sind, müssen in die Partei eintreten. Das sind Auffassungen, die nicht mit der Linie Maos über den Parteiaufbau übereinstimmen und die deren Charakter als Avantgarde des Proletariats verändern. Für die Berichtigung und für den Aufbau der Organisation ist eine gute Führungsgruppe ausserordentlich wichtig. Eine weitere falsche Auffassung: sich als "rechtmäßige Kommunisten" zu betrachten. Diese Auffassung steht im Gegensatz zu der ununterbrochenen Revolution unter der Diktatur des Proletariats.

- Welche Maßnahmen hat die Partei in Bezug auf die Organisation ergriffen?

- Man muß darüber wachen, daß die Versammlungen weder zu lang sind noch zu häufig stattfinden. Man sollte sich nicht in der Diskussion von Detailfragen verlieren. Auf dem IX. Kongress (ich merke auch hier, daß die "mysteriösen Reden" Maos auf dem IX. Kongress nur für die Westler mysteriös sind) hat Mao die Genossen von der Basis, die zum ersten Mal ins Zentralkomitee gewählt wurden, daran erinnert, daß "man darauf achten muß, sich weder von den Massen noch von der Produktion zu entfernen, und daß man alle seine Aufgaben erfüllen muß". Wir sind gegen den Mißbrauch von Versammlungen und gegen die Anhäufung von Leitungsfunktionen.

- Wie klappt es jetzt mit der proletarischen Demokratie in der Fabrik?

- Der Kampf geht weiter, um die proletarische Demokratie an die erste Stelle zu setzen. Für die praktische Aktion der Partei heißt das, die Vereinigung von Zentralismus und Demokratie zu verstärken. Einige sagen: "Wenn man der proletarischen Demokratie freien Lauf läßt, wird es wegen der Meinungsverschiedenheiten schwer sein, die Einheit zu verwirklichen." Das sind noch Auswirkungen einer Theorie von Liu Schao-tschi: "Die Massen sind rückständig." das ist die Rückkehr zum partiarchalischen Arbeitsstil: Arbeiten und Schweigen, weil wir - wie man sagte - keine Partei der Räsonnierer sind. Es gibt natürlich auch solche, die "die Massen fürchten, die Kritik der Massen und die Diskussion der Massen fürchten", wie Mao sagt. Aber wenn man anderen nicht erlaubt zu reden, können richtige Meinungen nicht vorgetragen werden, noch können falsche Meinungen korrigiert werden. Wie also kann man durch den Zentralismus zur Einheit gelangen? Denn ohne diese Einheit gibt es keine wahre revolutionäre Einheit. Die Anwendung oder Nichtanwendung des demokratischen Zentralismus, das war immer die Hauptfrage im Kampf zwischen den zwei Linien.

- Wie fügt sich der demokratische Zentralismus in die Massenlinie ein?

- Indem man die größtmögliche Demokratie in Gang setzt, um die Meinung der Massen zu zentralisieren.

- Welches ist das brennendste politische Problem?

- Die Genossen, aber vor allem die leitenden Genossen müssen noch mehr Klarheit in der Frage des Kampfes zwischen den zwei Linien schaffen. Der Kampf ist nicht beendet, und in unserem Land leichtfertig vom endgültigen Sieg zu reden, ist ein Irrtum. Das steht im Gegensatz zum Leninismus und entspricht nicht der Realität. Wir befinden uns erst in der ersten der Kulturrevolutionen, die China durchführen muß, um die proletarische Revolution voranzutreiben, wie Mao gesagt hat. ...

- Und die Liga der kommunistischen Jugend?

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Aus dem Inhalt von Heft 5/71:

- Vorbeugehaft - Erneuter Versuch politischer Unterdrückung
- Reinerhaltung des Staatsapparats
- Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Regierungstruppe
- Zur Entwicklung der USA zum Polizeistaat
- Lehrlingsstreik ist rechtmäßig (ArbG Solingen)
- Strafhaft ohne Urteil

u.v.a.

Probeheft und Abonnement (6Hefte im Jahr DM 8.40 incl. Porto) bei: ROTE ROBE VERLAG 69 Heidelberg Werrgasse 7, Tel: 06221/ 43863

- In unserer Fabrik haben wir die Liga gebildet, wobei wir uns auf folgendes Prinzip stützten: sie vor allen und mit allen zu bilden. Das Parteikomitee hat außerhalb der Liga die Massen mobilisiert, damit die Massen ihre Meinung über die Mitglieder der Liga äußern können. Junge Leute, die sich während der Kulturrevolution hervorgetan hatten, wurden zugelassen; einige schlechte, infiltrierte Elemente wurden ausgeschlossen. Unter der Leitung des Parteikomitees hat die Liga die Leitung der Organisation der jungen Leute inne, die sich durch ihren Klassenstandpunkt und durch ihre revolutionäre Beweglichkeit auszeichnen. "Der Klassenkampf ist eines der wichtigsten Dinge, die die Jungen lernen müssen." : das ist die Richtlinie der Liga in unserer Fabrik Nr.17.

- Was wird aus der Rolle des Revolutionskomitees, wenn die Partei ihre Leitungsrolle in der Fabrik weiter konsolidiert?

- Die Partei hat die politische Führung, das Revolutionskomitee ist ein Verwaltungsorgan; seine Tätigkeit wird von der Partei politisch angeleitet. Seine Rolle als Machtorgan, die das Revolutionskomitee innehat, wird in der Zukunft nicht eingeschränkt werden; eher wird sie verstärkt, und das wird in unserer neuen Verfassung noch genauer bestimmt werden. Zwischen dem Parteikomitee und dem Revolutionskomitee besteht ein Verbindungsorgan, dasüber die praktische Leitung der Fabrik wacht. Die beiden Komitees haben dieselben Räume in der Fabrik. Derzeit bereitet sich diese Fabrik wie alle anderen chinesischen Arbeiter-, Militär- und Bauernorganisationen darauf vor, Delegierte zum nationalen Volkskongress zu entsenden, der die neue Verfassung beschließen wird.

Angela Davis und der schwarze Befreiungskampf in den USA

Angela Davis, deren Prozess nun noch einmal verschoben wurde, ist neben Cleaver, Newton und Jackson zur wichtigsten Symbolfigur des schwarzen Befreiungskampfes geworden. Ähnlich aber wie in den USA selbst hat sich auch in Westdeutschland gerade an ihrer Person der Streit entzündet, wer sich zu Recht auf sie berufen darf: gilt sie der DKP als Verkörperung der Einheit von Arbeiterbewegung und schwarzem Befreiungskampf, so hält sie Oskar Negt z.B. für die praktisch gewordene kritische Theorie. So geführt konnte die Solidaritätskampagne für Angela Davis ihre Hauptaufgabe gar nicht erfüllen, nämlich das Verständnis des schwarzen Befreiungskampfes im Rahmen einer Untersuchung der Klassenverhältnisse in den USA zu vertiefen.

Die Veröffentlichungen zum Fall Davis (1) wie auch allgemeine Stellungnahmen linker Gruppen zum schwarzen Befreiungskampf (2) zeigen deutlich, daß bestimmte Theoreme der Studentenbewegung munter weiter geschleppt werden. Der Hauptfehler besteht darin, daß angesichts der offensichtlichen politischen Schwäche der amerikanischen Arbeiterbewegung der Rassenkonflikt zum Hauptwiderspruch erklärt wird, entweder in der Form, daß Klassengegensätze auf den allgemeinen Widerspruch zwischen Unterdrückten und Unterdrückern reduziert werden, oder aber, daß die Massen des schwarzen Volkes, die sich gegen rassische und soziale Unterdrückung erhoben haben, einfach dem Proletariat zugeschlagen werden, so daß schließlich Angela Davis, die Black Panthers etc. als die Führer des amerikanischen Proletariats erscheinen. Wenn einerseits diese falschen Auffassungen Ausdruck der Beschränktheit der Studentenbewegung sind, so finden sie ihre Entsprechungen in der Entwicklung des schwarzen Befreiungskampfes selber, der bislang in seinen wesentlichen Zügen nichts anderes ist, als eine Bewegung der schwarzen Mittelklassen, unterstützt von der von ihnen ideologisch abhängigen Gettobevölkerung (3). Die Führer der schwarzen Mittelklassen verhielten sich nicht anders als das französische Kleinbürgertum zur Zeit von Marx: "Was sie vertreten, ist das Volksrecht; was sie interessiert, ist das Volksinteresse. Sie brauchen daher bei einem bevorstehenden Kampfe die Interessen und Stellungen der verschiedenen Klassen nicht zu prüfen. ... Sie haben eben nur das Signal zu geben, damit das Volk mit allen seinen unerschöpflichen Ressourcen über die Dränger herfalle." (4).

Zweifellos ist es dem schwarzen Befreiungskampf gelungen, sich in breiten Teilen des schwarzen Volkes zu verankern: die BPP organisierte sich in den Gettos des Nordens und Westens, in Detroit entstanden schwarze Gewerkschaftsgruppen, in den Gefängnissen brachen von Schwarzen geführte Aufstände aus; dennoch ist festzuhalten, daß sich damit der Charakter des schwarzen Befreiungskampfes noch nicht geändert hat: nach wie vor ist er bestimmt von einer kleinbürgerlich-demokratischen Ideologie, der es

---

(1) Ich beziehe mich hauptsächlich auf: "Am Beispiel Angela Davis", herausgegeben vom "Angela Davis Solidaritätskomitee" (Sozialistisches Büro Offenbach), 1971; und "Freiheit für Angela Davis " von Conrad Schuhler, in "Internationalismus Materialien 1" (vds), Vorabdruck aus "Blätter für deutsche und internationale Politik" 3/71. Zitate beziehen sich auf die vds-Broschüre.
(2) So z.B. in RPK 90, S.1-5 und in "Antiimperialistischer Kampf 1", herausgegeben vom "Black Panther Solidaritätskomitee", wo, jeweils auf unterschiedliche Art, die BPP als Partei des schwarzen Proletariats dargestellt wird.
(3) Zur genauen Bestimmung des Verhältnisses von schwarzer Mittelklasse und Ghettobevölkerung s.u.
(4) "18.Brumaire...", Dietz Verlag, 1965, S.51f. Zu einem Begriff des Volkes, in den die Prüfung der "Interessen und Stellungen der verschiedenen Klassen" eingeht, vgl. J.Schmierer "Die neuen Mittelklassen und das Proletariat", NRF 4/71, bes. S.54f. Daß z.B. Davis den Widerspruch zwischen Monopolkapital und Volk als bloße Verlängerung des Widerspruchs zwischen Grundbesitzer und Sklave mißversteht, soll unten gezeigt werden.

nicht gelingt, die Perspektive des Bündnisses mit dem Proletariat zu entwickeln. Die Reste der Bürgerrechtsbewegung im Verein mit der KP-USA versuchen allenfalls, die Gewerkschaftsführungen von ihrem reaktionären auf einen reformistischen Kurs zurückzugewinnen, die Newton-BPP ist inzwischen fast vollständig im Opportunismus versumpft, die Linie der Cleaver-Gruppe hat in den USA meist nur in kulturnationalistischen Gruppen Fuß fassen könnnen und die schwarzen Gewerkschaftsgruppen waren für die tatsächlichen Klassenauseinandersetzungen praktisch bedeutungslos. Überall dort, wo die Massen des schwarzen Volkes spontan für ihre Lebensinteressen kämpfen, wie in Streiks, Gettorebellionen und Gefängnisaufständen, ermangelte es an politischer Führung, die aufklärend und organisierend in die Kämpfe hätte eingreifen können.

1. DIE ANGELA DAVIS-KAMPAGNE IN DEN USA

Wenn man den Äusserungen der KP-USA und ihr nahestehender KPs glauben will, dann ist mit Angela Davis die Führerpersönlichkeit aufgetreten, "die das Zusammengehen des Freiheitskampfes der Schwarzen und das aller Arbeiter in den USA verkörpert" (5). Tatsächlich scheint die breite Sympathiewelle in den USA, die von Streiks, Demonstrationen, Resolutionen von Gewerkschaften, Wohlfahrtsempfängern und Studenten bis hin zu Sympathieerklärungen liberaler Professoren und Juristen und Geldspenden von Kirchen reicht, dies zu bestätigen. Andererseits ist es doch offensichtlich eine ziemliche Beschränktheit dieses "Zusammengehens", wenn es nur in der Form einer Justizkampagne zustandegekommen sein soll. Vielmehr ist es so, daß sich bei näherem Hinsehen die breite Sympathiewelle auflöst in e ine Fülle von Einzelbewegungen, in denen der Fall Davis zwar ein, aber keinesfalls das vereinheitlichende Moment ist, wie überhaupt diese Einzelbewegungen, wie Studenten-, Frauen-, Wohlfahrtsempfänger-, Antikriegs- und Bürgerrechtsbewegung, nur in der Form existieren, daß sie sich in einzelnen Fragen zu losen Koalitionen verbinden, sich wieder atomisieren, neue Koalitionen eingehen etc. (6)Die von der KP-USA geführte Angela Davis-Kampagne ordnet sich ganz dem Charakter der spontanen Sympathiewelle unter: sie versucht, allen Einzelbewegungen hinterherzuschwimmen, indem sie nur die reduzierteste aller Forderungen als angeblich vereinheitlichende erhebt, die Freilassung von Davis auf Kaution. Hieß es noch zu Ende letzten Jahres über Davis: "Es ist der Geist, der dem Feind sagt: ganz gleich wie viel Gewalt ihr anwendet, ganz gleich wie viele von uns ihr ins Gefängnis steckt - ihr könnt die Macht des Volkes nicht brechen. Angela, wir sehnen uns danach, dich frei zu haben, damit du mit uns dafür kämpfen kannst, die Welt von Imperialismus und Ausbeutung zu befreien und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen" (7), so ist jetzt von dieser Rhetorik nur noch übriggeblieben: "Wir fordern jede Person in den U.S. auf, jetzt zu handlen, um die faschistoide Fessel von Fräulein Davis zu entfernen und ihre Freilassung auf Kaution durchzusetzen. Sie und alle demokratisch gesonnenen Individuen brauchen jetzt ihre Hilfe." (8).

Diese Reduktion in der Rhetorik und in den Forderungen hat zwei Ursachen. Erstens haben sich gerade die liberalen Gruppen für Angela Davis eingesetzt, die sie noch als ein Opfer der Unterdrückung akademischer Freiheit in Erinnerung haben. Diese Solidarität beschränkt sich jedoch auf die bloß juristischen Aspekte des Falls. Die KP, die auch sonst immer auf die vorgebliche Progressivität des liberalen Flügels der Bourgeoisie schielt, kann deshalb nicht auf diese Unterstützung verzichten, weil sie keine Verbindung mit den Massen hat und deshalb den Massen mißtraut. Zweitens findet die Solidarität mit Davis in den schwarzen Gettos darin ihre Schranke, daß ihre Mitgliedschaft in der KP häufig auf Unverständnis gestoßen ist (10), einmal auf Grund des auch im Getto verbreiteten Antikommunismus und zum anderen, weil gerade die schwarzen Gettos schlechte Erfahrungen mit der KP gemacht haben (11). Offenischtlich versucht die KP jetzt den Fall Davis dazu zu benutzen, nicht das Vertrauen der Massen zu gewinnen, indem sie kommunistische Propaganda betreibt und über den Klassencharakter der Justiz aufklärt, sondern es sich zu erschleichen, indem sie an den juristischen Illusionen der Massen anknüpft und damit deren ideologische Abhängigkeit von der Bourgeoisie bestärkt (12).

2. DIE KP-USA

Die Art, wie die KP-USA die Angela Davis-Kampagne führt, ist nicht nur aus dem Charakter dieser Kampagne selbst abzuleiten, sondern sie ordnet sich in die Gesamtstrategie der Partei ein. Die KP-USA - hervorgegangen nach dem 1. Weltkrieg aus der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung - konnte in den 20er und 30er Jahren eine führende Rolle in den Klassenkämpfen einnehmen; später jedoch ließ sie sich durch die Teilnahme der USA an der Anti-Hitlerkoalition verwirren, um schließlich unter McCarthy völlig dezimiert zu werden. Ihre mangelnde Verankerung in den Massen und ihre Bedeutungslosigkeit für die Klassenkämpfe in den USA versucht sie seitdem durch eine vollständige Unterwerfung unter die revisionistische Linie der KP der Sowjetunion wettzumachen, deren bloße Agentur sie weithin geworden ist: ein großer Teil ihrer Propaganda besteht aus dem Kampf gegen den "Antisowjetismus", den sie einfach mit Antikommunismus gleichsetzt. Erst mit der Radikalisierung der schwarzen Massen seit 1964 und dem Aufkommen der Studentenbewegung gelang es der KP - wie übrigens den meisten linken Überbleibseln der Klassenkämpfe zu Anfang des 20.

---

(5) Schuhler, a.a.O.

(6) Martin Nicolaus hat das sehr richtig beobachtet. in: Ernest Mandel/Martin Nicolaus "Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA", Berlin 1970, S.23f

(7) Zitiert nach "Guardian", 5.12.70

(8) "Daily World", 20.5.71

(9) entfällt

(10) "Muhammed Speaks", Organ der Black Muslims, hatte auf den Straßen Harlems die häufigsten Fragen an Davis gesammelt; allein drei davon bezogen sich auf ihre Mitgliedschaft in der KP, und es wurde der Verdacht geäußert, daß ihr Fall "von den Kommunisten mißbraucht" werde.

(11) Im zweiten Weltkrieg bekämpfte die KP alle Forderungen nach rassischer Gleichberechtigung, um das "Siegesprogramm der Nation" nicht zu gefährden. Vgl. Brandes/Burke, USA: Vom Rassenkampf zum Klassenkampf", München 1970, S.68

(12) Der regelmäßige Hinweis der KP darauf, daß Davis keinen gerechten Prozeß zu erwarten habe, darf doch wohl nicht als Aufklärung über den Klassencharakter der Justiz interpretiert werden, da die KP nur auf die soziale Zusammensetzung der Justiz abhebt. Zwar kann die Zusammensetzung der Jury - wie die Prozesse gegen Bobby Seale, die New York 21 etc. gezeigt haben - von prozeßtaktischer Bedeutung sein, eine "gerechte" Zusammensetzung kann aber niemals etwas am Klassencharakter der Justiz ändern, eine Illusion, die die KP nährt.

Jahrhunderts (13) - ihren Apparat zu vergrößern und die Propaganda ihrer Linie in den Massen zu verstärken. Derzeit scheinen ihre Hauptaktivitäten darin zu bestehen, in kleinen Kontingenten bei den Vietnamdemonstrationen aufzutreten, bei Wahlen zwar selbst zu kandidieren, aber trotzdem immer die liberaleren bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen und mit Hilfe der Bürgerrechtsbewegung sich wieder eine Basis in den Gewerkschaften zu schaffen (14).

Im Zentrum des Parteiprogramms (15) steht der Vorschlag, eine antimonopolistische "Volkspartei" zu gründen. Weil sich in den USA keine der deutschen vergleichbaren Sozialdemokratie entwickelt hat, an die die KP sich anhängen könnte, will sie sich eine solche erst schaffen.

Zwar wird zu Anfang das Proletariat noch richtig als "die revolutionäre Klasse in unserer Gesellschaft" (S.14) bezeichnet: "Die Arbeiter mit solchen Verbündeten wie die kleinen Landwirte, städtische Mittelschichten, Intellektuelle und die besonders unterdrückten Minderheiten ... sind die Kräfte für die sozialistische Revolution in unserem Land" (S.15). Dies Bündnis wird daraus abgeleitet, daß unter den Bedingungen des Imperialismus alle Klassen, Schichten und sozialen Gruppen von der Monopolbourgeoisie ausgebeutet und unterdrückt werden: "Das Monopolkapital beutet nicht nur die Lohnarbeit aus, sondern es erhebt seinen Tribut auch von der übrigen Nation. ... Das Monopolkapital stärkt und perpetuiert den Rassismus. ... Das Monopolkapital wirft seinen Schatten über die Zukunft der jüngeren Generation. ... Das Monopolkapital ist die Hauptbedrohung für die Farmen der Nation. ... Das Monopolkapital zieht seinen Gewinn von den kleinen Geschäftsleuten und sogar von den größeren nicht-monopolistischen Kapitalisten. ... Das Monopolkapital entwertet die akademischen Berufe und das intellektuelle Streben. ... Die Macht des big business erschwert jedes soziale Problem, verstärkt jedes Übel der kapitalistischen Gesellschaft" (16). Wiewenig es sich jedoch bei dieser Bündnisstrategie um ein genau bestimmtes Klassenbündnis handeln soll, vielmehr um den großen antimonopolistischen Einheitstopf, wird daran deutlich, daß das Programm den größten Teil der genannten Bündnispartner auf Grund der Lohnarbeit zum Teil des Proletariats erklärt (S.37); der Gedanke, daß die nichtproletarischen Klassen und Schichten auch im Widerspruch zum Proletariat stehen könnten, taucht überhaupt nicht auf. Die KP begeht den Fehler, daraus, daß der Hai den Hering frißt, schon zu schließen, daß es auch die Heringe sein werden, die eines Tages mit den Haien Schluß machen werden. So geht die Kp das ganze Programm hindurch auf Heringsfang, sammelt Arbeiter, Schwarze, Mexikaner, Puertoricaner, Indianer, Juden, Jugendliche, Frauen, Intellektuelle, kleine Geschäftsleute und Landwirte (so die Zwischenüberschriften), die sie alle in das Netz der Volkspartei einfängt. "Der antimonopolistische Kampf ersetzt nicht den Kampf für den Sozialismus. Im Gegenteil, der Kampf für Sozialismus - das letzte Ziel - ist ja gerade der Kampf gegen den Hauptfeind dieses Ziels - das Monopolkapital. Jeder Sieg, der dem Monopolkapital abgerungen wird, klein oder groß, stärkt die sozialistischen Kräfte. Die grundlegenden Kräfte der antimonopolistischen Koalition bilden also auch die grundlegenden Kräfte zur Durchsetzung des Sozialismus. Wir Kommunisten streben die Entwicklung eines solchen Bündnisses an. Wir sehen es als eine breite Volksbewegung, die sich in höchst verschiedenen Kampfformen engagiert, vom Betrieb bis zum Campus, vom Getto bis zum Kreiswehrersatzamt. Als den konzentrierten politischen Ausdruck eines solchen Bündnisses rufen wir zur Gründung einer neuen Volkspartei auf" (S.83). In einem solchen Bündnis, in einer solchen "Volkspartei" kann das Proletariat nur noch als eine, aus irgendwelchen Gründen stärkste "Kraft" erscheinen. Die Propagierung dieser Volkspartei bedeutet nichts anderes, als das Proletariat dem klassenmäßig beschränkten antimonopolistischen Bewusstsein der Mittelklassen unterwerfen zu wollen (16).

Wie sehr die KP tatsächlich die Interessen der Mittelklassen vertritt, zeigt sich am deutlichsten in dem Abschnitt zum schwarzen Befreiungskampf. Unter der Überschrift "Was im Kapitalismus erreicht werden kann" (S. 58 ff.) nennt die KP drei Punkte: erstens die ökonomische Entwicklung der communities, zweitens politische Macht und drittens die Ausrottung der rassistischen Ideologie.

Die dritte Forderung, zweifellos im Interesse aller Schwarzen , als im Kapitalismus erfüllbar zu bezeichnen, heißt, die Tatsachen auf den Kopf stellen. Der Kapitalismus hat nicht nur die Ideologie der Gleichheit hervorgebracht, indem er die faktische Ungleichheit in der Form des Marktes und des Äquivalententausches verhüllte, sondern er bringt auch die gegenteilige Ideologie hervor, indem er in dem Maße, wie die faktische Ungleichheit hervortritt, diese z.B. in der Form des Rassismus zum Naturgesetz erklärt. Der Rassismus ist erst dann beseitigt, wenn seine Quelle, die Warenproduktion und der Markt beseitigt sind, d.h. mit dem endgültigen Sieg des Sozialismus. (17)

---

(13) Die trotzkistische Socialist Workers Party und ihre Jugendorganisation Young Socialist Alliance z.B. haben sich in der Antikriegs-Bewegung eingenistet und betreiben dort eine Politik, die sich nur durch das unterschiedliche Verhältnis zur SU von der der KP unterscheidet. Selbst die International Workers of the World sind als kleinbürgerliche Intellektuellenorganisation wieder aufgelebt. Daß die relative Bedeutungslosigkeit und der Opportunismus dieser Organisationen nicht allein auf ideologische Fehler zurückzuführen sind, diese Fehler vielmehr auf die "vorübergehende Versumpfung des Klassenkampfes" (Programmatische Erklärung der Kommunistischen Gruppe (NRF), NRF 3/71, S.36), beweist die auch nur begrenzte Bedeutung solcher trotzkistischer und m.-l.-Gruppierungen, die im Zuge der Studentenbewegung entstanden sind und im Proletariat arbeiten. Auf die ideologischen Auseinandersetzungen dieser linken Organisationen in den USA kann ich hier genausowenig eingehen, wie die Darstellung der Linie der KP-USA schon eine umfassende Kritik am Revisionismus sein soll. Es geht hier nur darum, kurz darzustellen, was für einer Partei Davis beige treten ist.

(14) Das kürzliche Auftreten Abernathys in der DDR ist auf dem Hintergrund dieses Bündnisses zu verstehen.

(15) "New Program of the Communist Party U.S.A., May 1970", New York, 1970. Seitenangaben im Text.

(16) Eine solche Strategie hätte darüberhinaus derzeit überhaupt keine Erfolgsaussichten. Tatsächlich gibt es in den USA Dutzende lokaler "Dritte","Vierte","Volks"parteien, "Unanhängige Demokraten", Juso-ähnliche "Radicals" wie in Berkeley, etc., die - von der KP begrüßt und unterstützt - sämtlich bedeutungslos sind. Die Bevölkerung wählt, wenn überhaupt (40% tun das nicht), lieber richtige Vertreter der Bourgeoisie, die sich besser auf bürgerliche Politik verstehen .

(17) Diese Stelle, wie andere, ist Beleg dafür, daß die KP den antimonopolistischen Kampf inhaltlich voll identisch sieht mit dem unter der bürgerlichen Gleichheitsideologie geführten demokratischen Kampf. Wenn W.Patterson z.B. in seiner Kritik an der BPP von der "Vollendung der bürger-

Die beiden ersten Forderungen jedoch sind insofern im Kapitalismus durchsetzbar, als sie nämlich selbst bürgerlich sind. Zwar lehnt die KP die Strategie des "schwarzen Kapitalismus" ab: die sei "bloß symbolisch" und sie nütze "nur einer winzigen Minderheit" (S.62) - als ob das nicht das Wesen von jeglichem Kapitalismus wäre; der Gegenvorschlag aber des Programms, "die Errichtung von Geschäfts- und Wohngenossenschaften, die auf einer non-profit-Grundlage dem Nutzen ihrer Mitglieder dienen sollen" (S.62), übersieht, daß solche Genossenschaften ja gerade die Wurzel des "schwarzen Kapitalismus"sind. Der "schwarze Kapitalismus", soweit er von der Bourgeoisie propagiert wird, ist weniger eine reale Strategie der Bestechung als eine bloße Ideologie, die anspielen will auf die kleinbürgerlichen Illusionen der Massen. Diese Illusionen haben darin ihre historische Wurzel, dass sie von den befreiten Sklaven selbst hervorgebracht wurden: aus den Selbsthilfeversicherungen der Sklaven wuchsen nach deren Befreiung die ersten schwarzen Banken hervor, bald von der herrschenden Klasse gestützt, bald wieder fallengelassen.(18) Die Selbsthilfeprogramme -von F. Douglass über B.T. Washington bis hin zur Black Panther Party - waren die einzig mögliche Form, in denen sich die bürgerlichen Tendenzen innerhalb der Massen des schwarzen Volkes haben entfalten können (19); tatsächliche "schwarze Kapitalisten" gibt es höchstens einige Dutzend. Noch deutlicher als hier vertritt die KP die Interessen der schwarzen Mittelklassen in der Frage der politischen Macht. "Die parteille Durchsetzung des Wahlrechts im Süden hat neue Kampfformen möglich gemacht. ... In vielen Gebieten führte es sofort zur Wahl schwarzer Bürgermeister, Sheriffs, Ratsherren, Stadtdirektoren und anderen Posten und zur Errennung schwarzer Schulräte und Polizeichefs" (S. 59). In Wirklichkeit hat diese Wahlpolitik die Kampfbedingungen nicht verbessert, sie hat der schwarzen Bevölkerung nie mehr eingebracht, als sie auf der Straße gefordert hat. Bürgerliche schwarze Politiker brauchen sich, was Korruptheit betrifft, hinter ihren weißen Kollegen nicht zu verstecken (20). Ja, die KP ruft offen zur Klassenkollaboration auf. Gleich zweimal heißt es: "Aufgrund des nationalen Charakters des schwarzen Volkes in den Vereinigten Staaten sehen Kommunisten die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Klassen des schwarzen Volkes gegen ihren gemeinsamen Unterdrücker" (S. 59 und 60). So erscheint in der Berichterstattung der KP-Zeitungen der General.Motors-Pfarrer Sullivan fröhlich neben streikenden Autoarbeitern, schwarze Bürgermeister fröhlich neben den Opfern der von ihnen dirigierten Polizei. "Völlige Freiheit kann errichtet werden nur unter solchen Bedingungen und in solchen Formen, wie sie dem schwarzen Volk selbst geeignet erscheinen" (S.54). Sieses richtige demokratische Prinzip dient hier nur dazu, sich vor der Analyse zu drücken, was denn das Klasseninteresse der Mehrheit des schwarzen Volkes ist (21).

3. ANGELA DAVIS ÜBER DEN SCHWARZEN BEFREIUNGSKAMPF

Daß Davis der KP beigetreten ist, ist zunächst im Rahmen einer allgemeinen Entwicklung zu sehen: mit dem Abflauen der Studentenbewegung in den Zentren des Imperialismus sammelten die revisionistischen KPs überall gerade solche Elemente der Studentenbewegung ein, die die lästigen ideologischen Auseinandersetzungen und die noch lästigere Organisationsfrage umgehen wollten, indem sie die KPs einfach zur Partei der Arbeiterklasse ernannten. Obwohl sich ähnliche Züge auch bei Davis finden lassen, unterscheidet sie sich von diesen Elementen dadurch, daß sie den radikalsten Standpunkt einnimmt, der in dieser KP überhaupt möglich ist. "Ich bin Kommunistin geworden, weil ich glaube, daß wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen und den Sozialismus aufbauen müssen, in dem das schwarze Volk seine Freiheit gewinnen wird. ... Ich bin Kommunistin, weil ich glaube, daß das schwarze Volk das Recht hat, die Herren der Reichtümer des Landes zu sein, die zu Unrecht von den Rockefellers, Duponts und anderen Monopolisten angeeignet worden sind" (22). Die allgemeine Richtigkeit solcher Aussagen macht es schwer, das Verhältnis von Davis zur KP näher zu untersuchen. Ihre Diktion unterscheidet sich von der der KP durch die klare Herausstellung der Notwendigkeit des Sturzes der Herrschaft des Kapitals; sie entwertet ihre Aussagen immer dadurch, daß sie sich nicht auf die genauere Entfaltung organisatorischer, klassenanalytischer und Bündnisfragen einlässt.

Nur dort, wo es um die Frage des schwarzen Befreiungskampfes geht, läßt sie sich auf detailliertere Auseinandersetzungen ein. In dem oben zitierten Interview stellt sie richtig fest, daß die Befreiung von rassistischer Unterdrückung unter der Herrschaft des Kapitals nicht möglich ist. "Wenn wir also von der Annahme ausgehen, daß wir Schwarzen, die wir im Laufe der Jahrhunderte auf verschiedenste Weise über-ausgebeutet wurden, die vollständige Befreiung vom Kapitalismus benötigen, dann müssen

---

lichen Revolution" spricht, (abgedruckt in The Black Panther, 19.9.70) dann zeigt das deutlich, daß die KP offenbar an den Kampf für einen reinen, gerechten Kapitalismus denkt, und daß sie den Monopolkapitalismus für eine Entartung der bürgerlichen Revolution hält und nicht für deren Konsequenz.

(18) vgl. E.Franklin Frazier, "Black bourgeoisie", New York 1962, S.31-41.

(19) Natürlich darf man die "Überlebensprogramme" der BPP nicht einfach gleichsetzen mit der reaktionären Politik von B.T.Washington. Entgegen der früher von mir geäußerten Auffassung (Zur Spaltung der Black Panther Party, NRF 2/71) muß jedoch betont werden, daß diese Programme, wenn sie nicht einer richtigen politischen Strategie untergeodrnet sind, zur Quelle des Opportunismus werden können, wie die jüngste Entwicklung der Newton-BPP zeigt: die Überlebensprogramme wurden als bloß karitative aufgebaut, während alle anderen politischen Positionen, einschließlich des 10-Punkte-Programms, zurückgezogen wurden. Howard B.Dratch hat diesen reformistischen Zug in seiner Kritik an der Black Power Bewegung schon 1968 m.E. richtig beschrieben:"Man erkennt, daß die vagen revolutionären Rufe nach 'neuen Regeln und neuen Formen' abgespeist werden mit Mustern für Selbsthilfe, die mehr mit dem alten Booker T.Washington und der protestantischen Ethik zu tun haben als mit Mao Tsetung." ("Der Beginn der Black Power" in: "Über die Organisation des Befreiungskampfes", Sozialistisches Jahrbuch 1, 1970, S.72.)

(20) vgl. Frazier, a.a.O. S.77-97

(21) Die Frage, ob das schwarze Volk nationalen Charakter hat oder nicht , will ich hier ausklammern, da sie m.E. ein falsches Herangehen an das Problem ist. Nicht die richtige oder falsche Verwendung des Nationbegriffs sondern nur die genaue Untersuchung und Bestimmung der Klassenverhältnisse ermöglichen eine Strategiefindung. Die KP begeht genau diesen Fehler, indem sie die vorhandenen Klassenwidersprüche innerhalb des schwarzen Volkes mit Hilfe des Nationbegriffs meint ignorieren zu können.

(22) Interview mit "L'Humanite", 29.4.71, zitiert nach "Daily World", 1.5.71.

wir unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß unser Befreiungskampf organisch verbunden werden muß mit einer breiten Bewegung von Weißen, die sich in einer sozialistischen Revolution befreien werden. Vor allem Weiße aus der Produktion, denn schließlich wollen wir den Produktionsapparat nicht zerstören, sondern übernehmen, um die Produktionsverhältnisse zu revolutionieren, so daß diejenigen, die in diesem Apparat arbeiten, kollektiv die Früchte ihrer Arbeit erhalten. Nur so können wir Schwarzen zu unserem Recht kommen, und nur so können die Weißen aufhören, Marionetten der herrschenden Klasse zu sein." (23)

Davis versucht hier, die Einsicht, die vor allem von der BPP gegen die schwarzen Nationalisten propagiert worden ist, daß nämlich die Schwarzen allein keine erfolgreiche Revolution durchführen können, mit einer proletarischen Linie zu vermitteln. Die Verbindung dieser beiden Momente gelingt ihr aber nur so, daß die revolutionäre Rolle des Proletariats als eine irgendwie besondere Rolle erscheint, ganz ähnlich wie im Parteiprogramm der KP. Daß es Davis gar nicht um die führende Rolle des Proletariats geht, zeigt sich in ihrer Behauptung, daß die Schwarzen die Führung in der sozialistischen Revolution übernehmen müssen." Die KP erkennt an, daß das schwarze Volk nicht nur den unterdrücktesten Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten bildet, sondern daß wir auch in der militantesten Tradition des Widerstandes stehen innerhalb der Grenzen dieses Landes. Daher sind wir als schwarzes Volk des natürlichen Führer einer Revolution, die die herrschenden Klasse Amerikas endgültig stürzen und damit die Massen des amerikanischen Volkes befreien wird. Das schwarze Volk muß sich selbst befreien" (24). Damit stellt Davis die Behauptung auf, daß der demokratische Kampf einer rassischen Minderheit als Kampf einer Minderheit die Führung in einer proletarischen Revolution übernehmen soll. Das bedeutet einerseits, daß sie die führende Rolle des Proletariats nicht anerkennt, und andererseits, daß sie die Entwicklung von Klassenwidersprüchen innerhalb der schwarzen Bevölkerung ignoriert. Die Frage nach der Rolle einer rassischen oder nationalen Minderheit kann vielmehr überhaupt erst dann sinnvoll gestellt werden, wenn die führende Rolle des Proletariats als der revolutionären Klasse anerkannt wird.

Dieser Versuch, den schwarzen Befreiungskampf mit den Klassenkämpfen des Proletariats unter Führung des schwarzen Volkes zu verbinden, muß daran scheitern, daß dieser Führungsanspruch sich aus der Praxis nicht ableiten läßt (25). Der schwarze Befreiungskampf unter der ideologischen Führung der schwarzen Mittelklassen, die sich mit den sich radikalisierenden Massen in den Gettos verbunden haben, konnte von sich aus die Perspektive des Bündnisses mit dem Proletariat gar nicht entwickeln, während die Kämpfe der Arbeiterklasse sich noch nicht soweit entfaltet haben, daß sie in den schwarzen Befreiungskampf hätten eingreifen und seinen eigentlichen proletarischen Charakter hervorkehren können. Dieser proletariasche Charakter ist spätestens in der Streikwelle der letzten beiden Jahre, die den Norden und den Westen wie auch den Süden der USA erfasste, deutlich geworden, an der sich gerade das schwarze Proletariat führend beteiligte.

Aus den oben dargestellten Positionen von Davis ist deutlich geworden, daß sie versucht, die Ideologie des schwarzen Befreiungskampfes mit der der KP-USA zu verbinden. Darüberhinaus ist ihre Position nur zu verstehen auf dem Hintergrund ihrer philosophischen Ausbildung bei Marcuse und Adorno, wie aus ihrer Vorlesung über "Black Literature" vom Herbst 1969 hervorgeht (26). In den zwei ersten Teilen dieser Vorlesung behandelt Davis "The Life and Times of Frederick Douglass" (27). "In der Phänomenologie des Geistes diskutiert Hegel das dialektische Verhältnis von Sklave und Herr. Er stellt u.a. fest, daß der Herr, wenn er zum Bewusstsein seiner eigenen Lage kommen will, sich bewusst machen muß, dass seine eigene Unabhängigkeit ihre Grundlage hat in der Abhängigkeit des Sklaven. ... Der Herr steht immer kurz davor, selbst Sklave zu werden, und der Sklave besitzt die reale, konkrete Macht, sich selbst zum Herren zu machen" (S.8). Davis stellt sich hier auf den Standpunkt des hegelschen Idealismus, der Klassengegensätze nur als Widersprüche auf der Ebene des Bewusstseins begreifen kann. Sie versäumt es, das Sklavenverhältnis materiell zu bestimmen, und daher ist es ihr auch nicht möglich, zwischen der Ausbeutung von Sklaven, der Unterdrückung von nationalen Minderheiten und der Ausbeutung von Lohnarbeitern materialistisch zu unterscheiden (28). Vielmehr versucht sie, den Geist

---

(23) Interview mit dem "Guardian", 26.12.70; zitiert nach "Am Beispiel Angela Davis". a.a.O., S.43

(24) Interview mit "Muhammed Speaks" (vgl.Anm.10); zitiert nach "World Magazine", 27.2.71.

(25) Der Rückzug der Newton-BPP auf die Überlebensprogramme läßt sich nur so verstehen, daß ihr gleichsam das revolutionäre Subjekt abhanden gekommen ist und es jetzt darum geht, auf die Revolution zu warten (Survival Pending Revolution).

(26) Die beiden ersten Teile von Davis' Vorlesung "Recurring Philosophical Themes in Black Literature" sind von Professoren der UCLA unter dem Titel "Lectures on Liberation" herausgegeben worden (o.O.o.J.); Seitenangaben beziehen sich auf dieses Heft. Ob Davis inzwischen ihre Auffassungen weiterentwickelt und verändert hat, entzieht sich meiner Kenntnis, da dies m.W. die einzige philosophische Schrift von Davis ist, die bisher veröffentlicht wurde.

(27) Frederick Douglass (1817 -95), selbst ein flüchtiger Sklave, war einer der Führer der Sklavenbefreiung. Seit 1847 war er Vorsitzender der "New England Anti-Slavery Society"; nach dem Bürgerkrieg war u.a. Direktor der wichtigsten schwarzen Bank, Marshal des Districts of Columbia und amerikanischer Botschafter in Haiti. Seine Autobiographie erschien 1881.

(28) Volkhard Brandes und Joyce Burke (USA - Vom Rassenkampf zum Klassenkampf, München 1970) begehen einen ähnlichen Fehler. Sie bestimmen richtig mit Marx, daß die Sklaverei ein wichtiges Moment der ursprünglichen Akkumulation war. Sie gehen aber davon aus, daß die Sklaverei in den USA selbst schon eine kapitalistische Produktionsform war, in der es nur keine freien Lohnarbeiter gab.
Lenin hat die Theorie, daß es in den USA keine vorkapitalistischen Überreste gebe, als bürgerlich-liberal zurückgewiesen und gezeigt, daß sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft im Süden erst mit und nach der Auflösung der alten Latifundien entwickelt hat. ("Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft, 1.Folge, Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika", 1955, Werke 22, S.1-1oo.)
Diese Fehler von Brandes und Burke beeinträchtigen auch ihre im einzelnen sonst sehr richtige Kritik an der Strategie des schwarzen Befreiungskampfes, besonders an der BPP; da sie nicht von der objektiven Klassenlage sondern von Armut, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung ausgehen, können sie den Prozeß der Parteibildung nicht im Rahmen der Bewegung des Proletariats begreifen, sondern sie stellen sich den Aufbau einer revolutionären Partei als Zusammenfassung der verschiedenen ethnischen Bewegungen vor.

des Befreiungskampfes der Sklaven unmittelbar auf den Kampf unterdrückter Minderheiten zu übertragen: "Black Studies ist ein Gebiet, das an den Universitäten lange vernachlässigt worden ist. Wir fangen gerade an, dieses Vakuum zu füllen. ... Geschichte, Literatur sollten keine Stücke in einem Altertumsmuseum sein, besonders wenn sie uns Probleme enthüllen, die es heute noch gibt" (S.4)- "Es ist meine Auffassung, daß die meisten Menschen, die in der westlichen Gesellschaft leben, entfremdet sind, entfremdet von sich selbst, von der Gesellschaft. ... Der Punkt ist, dass der Sklave, der Schwarze, der Chicano und unterdrückte Weiße sich ihrer Entfremdung ... als einer Tatsache ihres täglichen Daseins, viel mehr bewußt sind" (S. 7). Diese undialektische Geschichtsauffassung führt Davis darüberhinaus zu einem Mißverständnis des Wesens der Religion. Einerseits beschreibt sie richtig die revolutionäre Rolle der christlichen Religion, wie sie von den Sklaven rezipiert wurde. "Es gab geplante Unternehmungen auf der Seite der weißen Sklavenhaltergesellschaft, eine besondere Art von Religion zu schaffen, die ihren Interessen dienen sollte, die dazu dienen sollte, die Sklaverei aufrechtzuerhalten. ... Auf die Dauer aber waren sie nicht erfolgreich, wie an Frederick Douglass, Gabriel Posser, Denmark Vesey, Nat Turner und zahllosen anderen beobachtet werden kann, die das Christentum gegen die Missionare wendeten" (S.4). Doch Davis begeht den Fehler, die fortschrittliche Rolle der Religion zu verallgemeinern. "Eine von Karl Marx geläufigeren Feststellungen ist, daß Religion Opium des Volkes ist. ... Marcuse weist darauf hin, daß Karl Marx ebenfalls sagte, daß Religion der Wunschtraum der unterdrückten Menschlichkeit ist. ... Was aber daran wichtig ist, was entscheidend ist, ist, daß diese Träume immer umschlagen können in ihren ursprünglichen Zustand - die realen Wünsche und Bedürfnisse hier auf Erden" (S.3f.) "Ich stimme mit Marx überein, daß man die Religion überwinden muß, um die eigene Vernunft wiederzugewinnen, daß der Seufzer der unterdrückten Kreatur, um ein wirksamer Protest gegen Unterdrückung zu werden, in einem politischen Zusammenhang artikuliert und und behandelt werden muß. Ich halte es jedoch nicht für falsch, daß in bestimmter Hinsicht der illusorische Charakter der Religion durchaus überschritten werden kann innerhalb der Grenzen der Religion - ich nannte das letzte Mal Nat Turner, Denmark Vesey, Gabriel Posser als Beispiele" (S.6). Der Fehler besteht darin, daß Davis Religion nur allgemein als verzerrte Widerspiegelung von Unterdrückung bestimmt, nicht aber die verschiedenen Religionen als Widerspiegelungen verschiedener Gesellschaftsformen. Tatsächlich konnten die Sklaven die protestantische Mission aus dem Norden, Gleichheit vor Gott, nur deshalb revolutionär deuten, weil sie ihr Interesse, von besessener Ware sich zu Warenbesitzern zu befreien, ideologisch formulierte (29). "Für eine Gesellschaft von Warenproduzenten, deren allgemein gesellschaftliches Produktionsverhältnis darin besteht, sich zu ihren Produkten als Waren, also als Werten, zu verhalten und in dieser sachlichen Form ihre Privatarbeiten aufeinander zu beziehen als gleiche menschliche Arbeit, ist das Christentum mit seinem Kultus des abstrakten Menschen, namentlich in seiner bürgerlichen Entwicklung, dem Protestantismus, Deismus usw., die entsprechendste Religionsform" (30). Anstatt die Sklavenbefreiung als das Resultat des Kampfes zweier Gesellschaftsformen zu bestimmen, vorkapitalistische Sklaverei im Süden und Kapitalismus im Norden, setzt Davis der Unterdrückung der Sklaven abstrakt den Begriff der Menschlichkeit gegenüber: "Wir bestimmten die Existenz des Sklaven als einen Widerspruch: er ist ein Mensch, der kein Mensch ist, d.h. ein Mensch, der das wesentliche Attribut der Menschlichkeit nicht besitzt: Freiheit. Die weiße Sklavenhaltergesellschaft definierte ihn als ein Objekt, als ein Tier, als Eigentum" (S.5). "Menschlichkeit" heißt hier nichts anderes als der verallgemeinerte Warenproduzent, der zum "Menschen" erhobene Kleinbürger. Ihre - in diesem Zusammenhang nur angedeutete - Kapitalismuskritik kommt darum über die Formulierung des Widerspruchs zwischen Ideologie und Wirklichkeit nicht hinaus. "Die westliche Gesellschaft und besonders die Ära der Herrschaft der Bourgeoisie ist charakterisiert worden als eine Trennung zwischen Theorie und Praxis, besonders zwischen Freiheit, wie sie begrifflich entwickelt wird, und dem Mangel an Freiheit in der wirklichen Welt" (S.3).

Die Philosophie von Angela Davis bleibt ganz im bürgerlichen Rahmen, und darin ist sie getreue Schülerin von Adorno und Marcuse, die es auch sehr wohl verstanden haben, ihren Idealismus mit Marxzitaten zu würzen. Darüberhinaus vertragen sich ihre philosophischen Auffassungen gut mit ihrem Versuch, die Radikalität des schwarzen Befreiungskampfes mit dem Revisionismus der KP zu versöhnen, was nichts mit Marxismus-Leninismus zu tun hat, wie die KP-USA weismachen will. Die politische Bedeutung von Davis für den schwarzen Befreiungskampf besteht darin, daß sie nicht, wie viele schwarze Intellektuelle, die Unterdrückung der schwarzen Minderheit in erster Linie als ein Rassenproblem begreift und damit bei einem kulturellen Nationalismus landet, sondern daß sie den sozialen Gehalt von Unterdrückung, Armut und Ausbeutung in den Mittelpunkt der Analyse rückt. Soweit sie jedoch den Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft als den zwischen Volk und Monopolkapital, begriffen als Widerspruch zwischen unterdrückter Menschlichkeit und unterdrückender Minderheit, formuliert, ist sie noch nicht bei einer Klassenanalyse, noch nicht beim Grundwiderspruch des Kapitalismus, Lohnarbeit und Kapital, angelangt. Insofern formuliert und personifiziert Davis die ideologische Brücke, die zwischen der antimonopolitischen Einheitsfront der KP und der von der BPP und anderen radikalen Gruppen propagierten Volksrevolution besteht.

Jedenfalls gilt es festzuhalten, daß Angela Davis sich von ihren Lehrern darin unterscheidet, daß sie sich nicht in großer Attitüde verweigert, sondern ihre Philosophie, ihre Karriere und ihr Leben ganz in den Dienst der ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Minderheiten stellt. Damit ist sie in den schärfsten Widerspruch zur herrschenden bürgerlichen Klasse getreten.

---

(29) Das hat in klassischer Form Earl A. Neil , Pfarrer in Oakland, ausgedrückt: "Die schwarze Kirche ist vor 350 Jahren geboren worden. Die schwarze Kirche hat ihren Ursprung in dem Bemühen, auf die konkreten Bedingungen und Bedürfnisse des schwarzen Volkes einzugehen.... Ihre Mission und ihre Aufgabe ist heute dieselbe wie vor 350 Jahren, wenn auch auf einem höheren Niveau." "Einige christliche Sklaven (die die Bibel lasen)... fanden heraus, daß Gott gegen Sklaverei und Unterdrückung in jeder Form war, ... und daß Gott Menschen dazu inspirierte, Überlebensprogramme für Unterdrückte zu entwickeln - einschließlich Befreiungskriege." "Die Black Panther Party hat von 1966 bis heute lediglich das Überlebensprogramm durchgeführt, das die Kirche eigentlich schon immer hätte tun sollen. Die Bemühungen der Black Panther Party stimmen mit Gottes Willen überein." (The Role of the Church and the Survival Program", The Black Panther, 15.5.71)

(30) Kapital I, S.93

4. SCHWARZE MITTELKLASSEN UND GETTO

Der schwarze Befreiungskampf in seiner heutigen, vielfältigen Gestalt ist die - widersprüchliche - Einheit der Bewegung der schwarzen Mittelklassen und der Bewegung der schwarzen Gettobevölkerung. Diese Einheit kann schon deswegen nicht als revolutionäres Klassenbündnis aufgefaßt werden, da es das Proletariat als Klasse nicht einschließt oder gar von dessen führender Rolle ausgeht. Diese Einheit resultiert vielmehr aus dem gemeinsamen Klassenursprung der Träger dieser Bewegung, aus der Auflösung der Sklavenhaltergesellschaft des Südens.

Nach der militärischen Niederlage der südlichen Grundbesitzerklasse 1865 begannen die ehemaligen Sklaven spontan, die Plantagen zu besetzen und das Land zu verteilen. Diese Entwicklung wurde sofort von den früheren Sklavenhaltern im Verein mit den Kapitalisten des Nordens unterdrückt. Genausowenig waren die Plantagenbesitzer jedoch in der Lage, zur kapitalistischen Produktionsweise überzugehen und die Sklaven in Lohnarbeiter zu verwandeln. Daher entwickelte sich das semi feudale System des "sharecropping" (31). Die Auflösung der alten Latifundien, die revolutionär nicht hatte zustandekommen sollen, zog sich so über Jahrzehnte hin. Damit hatte sich eine Schicht kleiner Warenproduzenten gebildet, die aber immer noch einer semifeudalen Ausbeutung unterworfen waren. Um 1930 erreichte die Zahl der "sharecroppers" ihren Höhepunkt, und erst die folgende Depression setzte dieser Entwicklung ein Ende, indem die Wirtschaftskrise vor allem auch die kleinen Bauern traf.

Gleichzeitig hatte seit dem Ersten Weltkrieg die Wanderungsbewegung der überschüssigen Landbevölkerung in die Städte des Südens, Nordens und später des Westens eingesetzt. Diese Wanderung veränderte die Klassenlage der meisten Schwarzen: waren sie bislang vornehmlich kleine Warenproduzenten, zum kleineren Teil auch unproduktiv Beschäftigte, so zogen sie nun in die Industriezentren und verwandelten sich in Lohnarbeiter. Die Entwicklung des Kapitalismus im Norden erforderte immer mehr Arbeitskräfte, besonders seit 1924 die Einwanderung aus Europa eingeschränkt wurde. Die wandernden Schwarzen versprachen sich einen höheren Lebensstandard, bessere Arbeitsbedingungen und Befreiung von politischer und rassistischer Unterdrückung. Die Gewerkschaften hatten auf Grund des historischen Arbeitskräftemangels und ihrer berufsständischen Organisationsform den Kapitalisten verhältnismäßig hohe Löhne abverlangen können. Die Angst seitens der weißen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften vor der lohndrückenden Konkurrenz der Schwarzen und häufiges Streikbrechertum seitens der Schwarzen, denen das Lohnsystem zunächst fremd war, schufen erhebliche Spannungen zwischen den Rassen, und die Segregation setzte sich im Norden als Spaltung der Arbeiterklasse fort (32).

Die wandernden Schwarzen sahen sich darüberhinaus derselben Schwierigkeit ausgesetzt wie die europäischen Einwanderer seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jh.: Mit Abschluß der Kolonialisierung des nordamerikanischen Kontinents gab es für die überschüssigen Einwanderer nicht mehr die Möglichkeit, als kleine Bauern in den Westen zu ziehen oder die Arbeitsplätze weitergewanderter Arbeiter einzunehmen; wer keinen Arbeitsplatz fand, wurde oder blieb arbeitslos, wurde Teil der Überbevölkerung (33), die die bestimmende Schicht in den schwarzen Gettos wurde.

Die Sklaven hatten ihre Befreiung nur dadurch erlangen können, daß die Industriebourgeoisie des Nordens sie ihnen erkämpft hatte. Dieses "Bündnis" zerbrach auch dann nicht, als die tatsächliche Befreiung ausblieb, nämlich die Verwandlung der Sklaven in selbständige Bauern. Vielmehr blieb die Masse der Schwarzen ideologisch und politisch vollständig abhängig von der Bourgeoisie. Ihr Interesse bestand darin, die für sie ausgebliebene bürgerliche Revolution nachzuholen. Da sie großenteils unproduktiv tätig waren bzw. als Arbeitslose einen Teil der industriellen Reservearmee bildeten, um sie vom weißen Proletariat abzuspalten, blieben die Schwarzen in ihrer Masse der Ideologie des Marktes verhaftet.
Diese Tatsache ist unmittelbar wichtig zum Verständnis der Entstehung der schwarzen Mittelklasse (34). Abgesehen von einer kleinen Schicht freier Schwarzer, die es schon vor 1865 zu Grundbesitz gebracht hatten, rekrutierten sich die entstehenden Mittelklassen eben aus den befreiten Sklaven. Im Süden entstanden kleine Geschäfte und kollektiv getragene Banken; diese spontanen Versuche, die kleinbürgerlichen Interessen zu realisieren, scheiterten sämtlich daran, daß sie der Konkurrenz nicht gewachsen waren. Als wichtiger erwiesen sich die protestantischen Missionsschulen, aus denen - auch wenn sie Industriearbeiter ausbilden wollten - fast nur Lehrer, Pfarrer, Ärzte etc. hervorgingen, d.h. eben die Mittel-

---

(31) vgl. u.a. Vernon Lane Wharton, "The Negro in Mississippi, 1865-1890", New York 1965, S.58-73. Wharton weist darauf hin, daß es den Grundbesitzern einfach an Geld fehlte, um das Lohnsystem einführen zu können, und sie es daher vorzogen, übers Jahr verteilt oder am Ende des Jahres die Arbeiter mit einem Teil der Ernte zu bezahlen, während die ehemaligen Sklaven selber lieber unbeaufsichtigt auf gepachteten Feldern arbeiteten, wofür sie einen Teil der Ernte an den Grundbesitzer abtreten mußten.

(32) vgl. Sterling D. Spero, Abram L. Harris, "The Black Worker", New York 1968, unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1931, wo diese Entwicklung im einzelnen dargestellt wird.

(33) Zum Begriff der Überbevölkerung vgl. Grundrisse, S. 497 -504; Kapital I, S.657-677; Kapital III, S.246f, S. 261-270. Die Überbevölkerung, die sich in Wanderungsbewegungen äußert, ist freilich nur eine Erscheinungsform der Überbevölkerung, die allgemein ihre Existenz im Kapitalismus der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit verdankt. Wenn in dieser Untersuchung hauptsächlich auf die Wanderungsbewegungen eingegangen wird, nicht aber auf das Verhältnis der Entstehung einer Überbevölkerung zur Entwicklung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, dann deswegen, weil diese Wanderungsbewegung das historisch bestimmende Moment für die Geschichte des schwarzen Volks, für die Entstehung des Ghettos ist. Natürlich haben diese Wanderungsbewegungen nicht blos eine Überbevölkerung zum Resultat, vielmehr sind sie in erster Linie Ausdruck der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion unter den Bedingungen des Kapitalismus: rückständige Gebiete werden entvölkert und ihre Bewohner zu Lohnarbeitern in den Zentren der Industrie gemacht. (vgl. Lenin, "Kapitalismus und Arbeiterimmigration", 1913, Werke 19, S.447-450). Dieser Doppelaspekt trifft auch zu auf die Wanderungsbewegung der Schwarzen aus dem Süden: der größte Teil wurde zum - schlechtbezahltesten - Teil des Proletariats, ein kleinerer Teil bildet einen Teil der Überbevölkerung mit all ihren Erscheinungsformen von Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität, Käuflichkeit und Lumpenproletariertum.

(34) zu den folgenden Ausführungen vgl. Frazier, "Black Bourgeoisie", a.a.O.

klassen. Wenn auch im Norden die Mehrheit der Schwarzen zu Industriearbeitern wurde, so bildete sich dort analog zum Süden ebenfalls eine kleine Mittelklasse heraus.

Während die schwarzen Mittelklassen, die ihre "vierzig Acker und zwei Maulesel" gleichsam stellvertretend und auf Kosten der Armut ihres Volkes bekommen hatten, ihre Existenz der Gunst der Bourgeoisie des Nordens verdankten und zum Dank ein entsprechend reaktionäres Bewußtsein entwickelten, blieb der Masse der Schwarzen nur übrig, entweder aus eigener Kraft, in der Form von Genossenschaften, zu versuchen, dasselbe zu erreichen, oder sich so illusionären Bewegungen anzuschließen wie der von Garvey - oder aber sich im Christentum und Islam einen ideellen Ersatz zu suchen. Neben den schwarzen Mittelklassen waren es besonders die Kirchen, die die bürgerliche Ideologie den Massen vermittelten und die ideologische Herrschaft der Bourgeoisie sicherten.

Das Verhältnis der schwarzen Mittelklassen zum schwarzen Volk veränderte sich erst und in dem Maße, wie die Widersprüche zwischen der Bourgeoisie und den Mittelklassen zunahmen. Waren die Versprechungen der Bourgeoisie in zwei Weltkriegen und den dazwischen liegenden Krisen untergegangen, so wurde gerade nach dem zweiten Weltkrieg deutlich, daß die schwarzen Mittelklassen eigentlich nur ihrer eigenen Einbildung nach den weißen Mittelklassen gleichgestellt waren (35). Die Bürgerrechtsbewegung kämpfte daher für Gerechtigkeit und Integration unter der bürgerlichen Ideologie der Gleichheit, die sie mit den Mitteln des Pazifismus und des Märtyrertums verwirklichen zu können glaubte.

Die Black Power Bewegung entstand nicht allein aus dem Scheitern der Bürgerrechtsbewegung. Vielmehr wurde sie nur möglich auf Grund der allgemeinen Radikalisierung der Intellektuellen in der Studentenbewegung. Hatten sich weiße Intellektuelle an der Bürgerrechtsbewegung aus humanistischen Gründen beteiligt, so begannen nun die Studenten, die Herrschaft der Monopolbourgeoisie anzugreifen, der der Vietnamkrieg den Schleier des Fortschritts und der Freiheit vom Gesicht gerissen hatte. Aber auch diese Bewegung blieb der bürgerlichen Ideologie verhaftet. Die schwarzen Intellektuellen begruben ihre alten Illusionen der Integration und Anpassung nur, um sich hinter neuen zu verschanzen: hinter dem schwarzen Nationalismus und der Rückbesinnung auf die Kultur Afrikas. Diese Ideologien waren adäquater Ausdruck des Klasseninteresses der schwarzen Mittelklassen, sich von der Monopolbourgeoisie radikal abzugrenzen, ohne das Rückgrat von deren Herrschaft anzugreifen, das Kapitalverhältnis, dem sie ja ihre Existenz verdankten. Notwendigerweise fielen die Führer der Black Power-Bewegung zurück in die alten reaktionären Positionen der schwarzen Mittelklassen, wie z.B. Ron Karenga und LeRoi Jones beweisen. Erst die Black Panther Party machte sich ernsthaft daran, den schwarzen Befreiungskampf in den Gettos selbst zu verankern. Sie versuchte, die Radikalisierung der schwarzen Intellektuellen mit der Radikalisierung der Gettos seit 1964 als einheitlichen Kampf für die ausgebliebenen "vierzig Acker und zwei Maulesel" zu verbinden; sie kämpften nicht mehr für schwarze Macht, sondern für Volksmacht. Dieser Verbindungsversuch, der sich in der wechselvollen Bündnispolitik der BPP äußerte (36), mußte widersprüchlich bleiben. Zwar haben die schwarzen Mittelklassen mit dem Getto gemeinsam, daß beide nicht zum Proletariat im eigentlichen Sinne gehören, beide nicht aus Kapital, sondern aus Revenue - wenn auch unterschiedlich - bezahlt werden, daß beide daher von der bürgerlichen Ideologie ausgehen, daß beide ihren Kampf als Fortsetzung des Befreiungskampfes der Sklaven begreifen können; zwar war die BPP wenigstens zeitweise als die Organisation des Gettos anerkannt, doch weil das Getto eben nicht von der Erfahrung des totalen Gegensatzes zur Bourgeoisie ausgehen kann, weil die Überwindung ihres materiellen Elends den schwarzen Massen auch anders als revolutionär möglich zu sein scheint, durch Selbsthilfe, Kriminalität, Anpassung, konnten sich die radikalen Positionen der BPP nicht durchsetzen. Es war daher nicht bloß ein subjektiver Fehler der BPP, daß sie fast völlig darauf verzichtete, Massenkämpfe anzuführen, sondern daß ihr Avantgardeanspruch eigentlich nur darin bestand, ihre Aktionen den Massen als nachahmenswertes Vorbild zu empfehlen. Diese Strategie der aneinandergereihten Einzelaktionen, der nachzuahmenden "Führer", bildet die Grundlage für die Spaltung und das Scheitern der BPP: es gelang ihr nicht, den entscheidenden Schritt zu tun und das Bündnis mit dem Proletariat zu propagieren. Cleaver knüpfte an die radikalen Momente der Black-Power-Bewegung an und rief großsprecherisch zum bewaffneten Kampf auf, Newton entsagte kleinmütig allen radikalen Positionen und knüpfte an die anpässlerischen reaktionären Momente im Getto an.

Auch das Auftreten von Angela Davis brachte demgegenüber keine neuen Aspekte für den schwarzen Befreiungskampf. Ihre Proklamation des Bündnisses mit dem Proletariat blieb abstrakt. Ihre praktische politische Tätigkeit bestand im wesentlichen aus dem Kampf gegen die Klassenjustiz, deren Opfer sie nun selbst wurde. Wie schon früher sind es solche Justizkampagnen, festgemacht an Prozessen gegen die Führerpersönlichkeiten, die punktuell den schwarzen Befreiungskampf zu vereinheitlichen scheinen, seine Uneinheitlichkeit aber hinterher umso deutlicher hervortreten lassen.

9980
Rechtshilfe
Volksbank-HD

(35) Es war gerade die Aufdeckung dieser Illusion, die Frazier seitens der von ihm beschriebenen "Black Bourgeoisie" Vorwürfe und Feindschaft eintrug.

(36) Der zu erwartende Einwand, die BPP sei doch spontan aus dem Ghetto hervorgegangen, sticht nicht. Zwar ist es richtig, daß die BPP eine Kritik der Black-Power-Bewegung geleistet hat, aber eine solche soziologische - im übrigen nicht vollständig zutreffende - Argumentation geht am Problem vorbei. Abgesehen davon, daß die BPP sich nur mit Hilfe anderer Organisationen wie SNCC, Peace and Freedom Party, Black Student Union, KP-USA etc., zur nationalen Organisation hat ausdehnen können, blieb ihre Ideologie ganz bestimmt von kleinbürgerlichen Positionen, die einerseits den Gegensatz zur Monopolbourgeoisie, andererseits nicht minder den zum Proletariat ausdrücken.

Angela Davis hat diese entscheidende Schwäche richtig gesehen, wenn sie fordert: "Es muß eine Bewegung aufgebaut werden, die, selbst wenn ich morgen freigelassen würde, weiterbestehen kann, bis die gesamte Gesellschaftsordnung von Amerika vollständig und radikal geändert worden ist - was natürlich eine revolutionäre Veränderung bedeutet" (37). Wie jedoch eine solche Bewegung aufgebaut werden soll - gar noch aus einer Kampagne zu ihrer Befreiung - kann Angela Davis nicht mehr angeben.

Die neuaufkeimenden Klassenkämpfe des amerikanischen Proletariats geben die Richtung der weiteren Entwicklung an: erst mit einer politischen Arbeiterbewegung unter der Führung der Partei des Proletariats kann auch der eigentliche proletarische Charakter des schwarzen Befreiungskampfes hervortreten, kann erst der Kampfeswille des schwarzen Volkes aus seiner kleinbürgerlich-demokratischen Beschränktheit befreit werden.

Hans Martin Mumm

(37) Interview mit "Ramparts Magazine", Februar 1971.

Der Imperialismus in den 70er Jahren - Einigkeit oder Rivalität

Vorbemerkung:

In der programmatischen Erklärung der Kommunistischen Gruppe (NRF) wird die Frage der Entwicklung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten selbst aufgeworfen, und es wird die Tendenz festgestellt, zu "einer zunehmenden Verschärfung der Konkurrenz zwischen dem US-Imperialismus und dem in sich widersprüchlichen westeuropäischen Imperialismus", und der Schluß gezogen: "Sieht man die unumgängliche Auseinandersetzung mit der japanischen und US-Konkurrenz als Tagesfrage an, so bleibt eine von den USA unabhängige, machtpolitisch abgesicherte europäische (imperialistische) Union wahrscheinlich langfristig eine unvermeidliche Notwendigkeit für die westdeutschen Monopolgruppen. Zweifelhaft erscheint dabei allerdings, bis zu welchem die Widersprüche im imperialistischen Lager selbst austragungsfähig sind, angesichts der nach wie vor bestehenden Widersprüche mit den Übergangsgesellschaften und den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt."

Die politische Bedeutung dieses Problems ist klar und damit die Notwendigkeit, die Diskussion voranzutreiben. Der folgende Artikel von Bob Rowthorn aus der New Left Review Nr. 69 (1971 , S. 31-54) ist Teil einer Diskussion über die Entwicklung der inneren und äußeren Widersprüche des Imperialismus, die in dieser Zeitschrift geführt wird. Wir halten den Aufsatz von Bob Rowthorn für einen wichtigen Beitrag dazu, auch wenn es uns in manchem scheint, daß Rowthorn den eigentlichen Ursachen der imperialistischen Konkurrenz nicht auf den Grund geht (die dort zu suchen wären, wo Rowthorn allzu bürgerlich von "makro- und mikroökonomischen Bedingungen" spricht) und daß er in einer Analyse der Handels- und Zahlungsbilanzen und des Drangs der nationalen Monopole zu gegenseitigem Ausgleich manchmal bei der Beschreibung der Erscheinungsformen imperialistischer Konkurrenz stehen bleibt.

Red.

In diesem Aufsatz sollen die Auswirkungen der jüngsten wirtschaftlichen Tendenzen auf die Einheit des imperialistischen Blocks und auf die Autonomie seiner konstituierenden Elemente - der einzelnen Nationen - diskutiert werden. Man kann grob zwischen drei Möglichkeiten unterscheiden:

Der US-Superimperialismus: alle übrigen kapitalistischen Staaten werden von den USA beherrscht und haben relativ wenig Freiheit, ihre Politik und die Kontrolle ihrer Wirtschaft entgegen dem Willen des amerikanischen Staates zu bestimmen. Amerika agiert als Organisator des Weltkapitalismus und wahrt dessen Einigkeit gegenüber dem Sozialismus. Diese Vorherrschaft wird natürlich nicht reibungslos funktionieren - denn Antagonismen werden nicht aufgehoben, sondern nur unterdrückt.

Der Ultraimperialismus : ein beherrschendes Bündnis relativ autonomer imperialistischer Staaten übernimmt die zur Wahrung der Einigkeit notwendige Rolle des Organisators. Wenn dieses Modell funktionieren soll, dürfen die Antagonismen zwischen den Mitgliedern des Bündnisses nicht so scharf sein, daß sie das Interesse an der Aufrechterhaltung des Bündnisses überwiegen.

Die imperialistische Rivalität: die realtiv autonomen Staaten üben nicht länger die notwendige organisatorische Rolle aus, oder sie üben sie so schlecht aus, daß ernsthafte Konflikte zwischen ihnen aufbrechen und die Einigkeit des Systems gefährdet ist. In diesem Fall müssen die Antagonismen zwischen den Staaten sehr scharf sein.

Heute unterteilt man marxistische Autoren danach, welche dieser drei Varianten des Imperialismus sie für die wahrscheinlichste halten. Die Mehrheit, darunter Sweezy Magdoff, Jalée und Nicolaus glaubt, daß die USA nicht nur heute die beherrschende imperialistische Macht sind

(1) entfällt

sondern es in Zukunft in wachsendem Maße sein werden (2). Grob gesehen argumentieren sie - mit Abweichungen - so: Amerikanische Unternehmen sind viel größer, höher entwickelt und wachsen schneller als ihre ausländischen Konkurrenten. Sie benutzen ihre Märkte, um Schlüsselbranchen der europäischen Industrie zu übernehmen, und benutzen die Macht des amerikanischen Staates, um sich den Zugang nach Japan zu erzwingen. Schließlich beherrschen amerikanische Unternehmen die europäische und die japanische Wirtschaft, und als Folge davon werden weite Teile der nationalen Bourgeoisien dieser Länder entnationalisiert und werden so objektiv - wenn nicht subjektiv - zu Vertretern des amerikanischen Kapitals. Dazu kommt, daß das europäische und das japanische Kapital, wenn es diesen Prozess überlebt, geschwächt und dem amerikanischen Kapital vollkommen untergeordnet sein wird. Gerade heute, so argumentieren sie, schafft ein Bündnis zwischen dem beherrschenden amerikanischen Kapital und dem untergeordneten ausländischen Kapital einen geeinten imperialistischen Block unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten, und die Widersprüche zwischen den nationalen kapitalistischen Systemen verlieren immer mehr an Bedeutung. Der Hauptwiderspruch besteht immer mehr zwischen einem geeinten Imperialismus und der "Dritten Welt". Meiner Meinung nach hat Ernest Mandel diese Autoren zu Recht als "Dritte- Weltler" kritisiert. Zweckmäßigerweise werde ich ebenfalls diesen Ausdruck benutzen.

Auf der entgegengesetzten Seite stehen Mandel und vielleicht Kidron, die der Ansicht sind, die Europäer und die Japaner stellten die Hegemonie der Vereinigten Staaten in Frage (3). Mandel argumentiert so: eine Kombination von Fusionen, Akkumulation und Rationalisierung macht den Größenvorsprung amerikanischer Konzerne zunichte, und als Folge davon holt das Produktivitätsniveau nichtamerikanischer Länder das amerikanische ein. Die Bildung eines supranationalen Staates in Europa würde diesen Prozess beträchtlich beschleunigen, der auch ohne einen solchen Staat, aber auch ohne einen solchen Staat schließen die Europäer die Lücke. Da die nicht-amerikanischen Löhne viel niedriger sind als die amerikanischen, könnten Produktivitätssteigerungen die in Europa und Japan hergestellten Waren so verbilligen, daß Exporte aus diesen Ländern die amerikanischen Märkte überschwemmen und ernsthafte Widersprüche im Lande hervorrufen, da die amerikanischen Kapitalisten die Löhne niedrig zu halten versuchen, um diese Flut einzudämmen. Außerdem hat Amerikas Eindringen nach Europa und Japan keineswegs den Punkt erreicht, wo die Bourgeoisien dieser Länder entnationalisiert wären. Immer noch vertreten die Nationalstaaten die Interessen des nationalen Kapitals. Weder Europa noch Japan ähneln im entferntesten Neokolonien. Da sich der Kampf um die Weltmärkte verstärkt, werden wachsende Konflikte zwischen Nationalstaaten entstehen, wenn sie versuchen, ihre jeweiligen Unternehmen zu schützen. Die nichtamerikanischen Länder werden besonders in Schwierigkeiten mit den Amerikanern kommen. Tatsächlich werden die europäischen Länder sogar einen Zusammenschluss oder vielleicht einen supranationalen Staat bilden, um den Amerikanern unter gleichen oder nahezu gleichen Bedingungen entgegentreten zu können. Mittlerweile werden sich die Widersprüche innerhalb nichtamerikanischer Nationen zunehmend verschärfen, solange sie die Löhne niedrighalten, um ihren Unternehmen einen wirksameren Wettbewerb zu ermöglichen. So wird in Mandels Sicht der Imperialismus immer mehr durch innere Widersprüche geschwächt, wenn er auch nicht glaubt, daß sie sich so zuspitzen werden, daß Kriege daraus entstehen. Dafür ist die Notwendigkeit, das gesamte System zu verteidigen, zu groß.

Irgendwo zwischen diesen beiden Polen bewegt sich der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Varga, der mit dem Hinweis auf das Gesetz von der ungleichen Entwicklung argumentiert, das europäische und das japanische Kapital würden die Hegemonie des amerikanischen Kapitals brechen und die Vereinigten Staaten würden gezwungen sein, ihre führende Rolle in der imperialistischen Welt mit anderen zu teilen (4). Antagonismen zwischen nationalen Kapitalien werden jedoch bei der Entscheidung über die Zukunft des imperialistischen Systems relativ unwichtig sein. Sie werden angemessen, wenn nicht sogar reibungslos, von den sich schnell entwickelnden supranationalen Instanzen eingedämmt werden, deren Ziel die Lösung wirtschaftlicher Antagonismen zwischen nationalen Kapitalien und die Wahrung der Einigkeit des Imperialismus gegenüber den Herausforderungen durch die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt ist. Abgesehen von der Ansicht, daß sich eine Reihe von Staaten in die Führungsrolle des Imperialismus teilen werden, unterscheidet sich Vargas Ultraimperialismus dem Gehalt nach nicht sehr vom Superimperialismus der "Dritte-Weltler".

---

(2) H. Magdoff, The Age of Imperialism, Monthly Review, 1969. P. Sweezy, "The Multinational Corporation", Monthly Review, Okt. und Nov. 1969. P. Jalée, L Imperialisme en 1970, Paris 1969. M. Nicolaus," The Universal Contradiction", New Left Review 59.

In einem späteren Artikel schein Paul Sweezy seine Position geändert zu haben und nun die Fähigkeit europäischer und japanischer Konzerne anzuerkennen, amerikanische Unternehmen in bestimmter Weise herauszufordern und sich ihnen zu widersetzen (vgl. Monthly Review 1971). Er sieht auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Existenz einer echten, wachsenden Rivalität zwischen den Großunternehmen verschiedener kapitalistischer Länder. Er scheint jedoch nicht der Ansicht zu sein, dass das irgendwelche einschneidenden Implikationen hinsichtlich der politischen Beziehungen zwischen kapitalistischen Ländern oder des Klassenkampfes in der entwickelten kapitalistischen Welt mit sich bringt. Tatsächlich wiederholt er seine alte Meinung, dass es "seit dem 2. Weltkrieg immer deutlicher wird, dass der Hauptwiderspruch des Systems zumindest in dem gegenwärtigen historischen Zeitraum, nicht in den entwickelten Gebieten, sondern zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Gebieten liegt". In den 50er Jahren war das plausibel. In den 70er Jahren ist es das nicht, denn es verkennt sowohl die wachsende Intensität der Klassenkämpfe in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern als auch die wachsende imperialistische Rivalität zwischen diesen Ländern. Das heißt natürlich nicht, dass die nationalen Befreiungskämpfe in den unterentwickelten Länder unwichtig geworden sind. Sie werden im Gegenteil weiter eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Zukunft des imperialistischen Systems spielen. Das werden jedoch auch Widersprüche innerhalb der entwickelten kapitalistischen Welt tun. Nur eine dieser Seiten zum permanenten Hauptwiderspruch zu erklären, wäre gefährlich und irreführend.

(3) E. Mandel, Europe versus America?, NLB 1970. "Where is America Going?", New Left Review 54. "The Laws of Unequal Development", NLR 59. M. Kidron, Rüstung und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt 1971.

(4) Y. Varga, "The Problem of Inter-Imperialist Contradictions and War", Politico-Economic Problems of Capitalism, Moskau 1968.

STRITTIGE FRAGEN

Es ist klar, daß sich die verschiedenen Denkansätze in drei zentralen Punkten unterscheiden: erstens die relative Stärke des US-Kapitals und die damit zusammenhängende Frage nach dem Grad, in dem es Europa und Japan durch die Eroberung der meisten industriellen Schlüsselbranchen beherrschen kann; zweitens die Schärfe und Natur der Antagonismen zwischen verschiedenen nationalen Kapitalien; drittens das Ausmaß, in dem die gemeinsame Furcht vor dem Sozialismus die tatsächlich bestehenden Antagonismen überwinden kann.

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels alle diese strittigen Fragen gründlich zu diskutieren. Zu dem dritten Punkt will ich nur Anmerkungen machen. Der Grad, in dem die gemeinsame Furcht vor dem Sozialimus Antagonismen überwinden kann, hängt von der Natur und der Schärfe dieser Antagonismen ab und von dem Maße, in dem die Staaten begreifen, daß sie in Verfolgung der Interessen ihrer nationalen Kapitalien das gesamte System in Gefahr bringen. China und Osteuropa wären niemals überfallen worden, wenn den japanischen und den deutschen Imperialisten klar gewesen wäre, daß das Ergebnis nicht die Kolonisierung dieser Gebiete sondern ihre Loslösung von dem gesamten imperialistischen System sein würde. Diese Kurzsichtigkeit einfach Irrsinn zuzuschreiben, wie es Varga tut, wenn er sagt, der Kapitalismus werde nicht mehr von Irren wie Hitler beherrscht werden, heißt die objektiven Bedingungen verkennen, die bestimmen, ob "Irre" in den Kontrollpositionen sind oder nicht. Zu diesen objektiven Bedingungen muß man Natur und Ausmaß der Antagonismen zwischen nationalen Kapitalien zählen. Ein hoher Grad von Antagonismen mag zu einem hohen Grad von Kurzsichtigkeit führen. Tatsächlich kann es sogar eine "strukturelle" Kurzsichtigkeit sein, in dem Sinne, daß die Betroffenen individuell begreifen, was vor sich geht, aber keine Macht haben, es zu verhindern. Wir brauchen natürlich nicht so ein extremes Beispiel wie Imperialismus und Krieg zu nehmen. Auch Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit in den imperialistischen Ländern, die durch Antagonismen zwischen nationalen Kapitalien an den Siedepunkt gebracht werden, können das System gefährden. Eine Krise, die durch den Zusammenbruch des internationalen Währungssystems verursacht würde, könnte z.B. in Italien und Frankreich zu einer sozialistischen Revolution führen, ebenso konkurrierende Versuche zur Eindämmung einer Inflation, deren Wurzel nicht in einem Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der Dritten Welt, sondern in Antagonismen zwischen nationalen Kapitalien läge. Statt solch einer einsichtigen, wenn auch vernachlässigten Argumentationslinie weiter zu folgen, wollen wir zu den beiden anderen offenstehenden Fragen übergehen.

DIE STÄRKE DES US-KAPITALS

Die relative Stärke des US-Kapitals und sein Vorsprung im Kampf um die Weltmärkte sind von den "Dritte-Weltlern" stark überschätzt worden.

Erstens: Obwohl amerikanische Konzerne im Durchschnitt immer noch größer als ihre ausländischen Konkurrenten sind, haben Fusionen, Einverleibungen und hohe Akkumulationsraten in Europa und Japan viel dazu beigetragen, diese Lücke zu schließen. In vielen Industrien, wie der chemischen, der Maschinen-, der Öl- und Stahlindustrie sind die Größen-unterschiede verschwunden oder verlieren schnell an Bedeutung. In anderen, wie der Computer- und der Automobilindustrie sind die Unterschiede noch bedeutend, wenn sie auch in den meisten Fällen durch die ständige Konzentration und Zentralisisation des Kapitals in Europa und Japan immer geringer werden. Wenn der Gemeinsame Markt mit oder ohne Großbritannien ein gemeinsames Gesetz entwickeln würde, das Zusammenschlüsse von europäischen Konzernen unterschiedlicher Nationalität ermöglicht, könnten tatsächlich bis auf wenige Ausnahmen alle bestehenden Größenunterschiede eliminiert oder bis zu einem Punkt reduziert werden, wo sie keine Rolle mehr spielen.

Zweitens: obwohl es stimmt, daß amerikanische Konzerne die führenden Innovatoren sind und Monopole oder Fast-Monopole in der Produktion vieler hochentwickelter oder "moderner" Produkte haben, ist die fast ausschließliche Bezugnahme der "Dritte-Weltler" auf diese Produkte und die mit ihnen verbundene Forschungs- und Entwicklungsausgaben ernstlich irreführend. Sie verkennen sowohl die Übergangsnatur von auf technologischem Vorsprung beruhenden Monopolen als auch das schnellere Wachstum von europäischem und japanischem Kapital in der Produktion anderer als den höchstentwickelten Produkten. Aufgrund ihrer Führungsrolle müssen amerikanische Unternehmen riesige Beträge für Fehler, die andere vermeiden können und für Erfindungen ausgeben, die andere billig nachmachen oder übernehmen können. Wenige Jahre nach ihrer Einführung sind "moderne" Produkte, für die ursprünglich die Amerikaner die Monopole hatten "traditionelle" Produkte und werden von europäischen und japanischen Unternehmen effizient und in Massen hergestellt. Um ihre Führungsrolle zu behalten oder um zu verhindern, daß sie zu schnell unterhöhlt wird, sind amerikanische Unternehmen daher gezwungen, sehr viel mehr für Forschung und Entwicklung auszugeben, als ihre überseeischen Konkurrenten. Dies ist der Preis, den sie für ihre Führungsrolle bezahlen.

Da sich die Lücke zwischen Amerikanern und Nichtamerikanern schließt, vermindert sich natürlich der auzuholende Abstand, und die Nichtamerikaner sind in wachsendem Maße gezwungen, selbst zu Innovatoren zu werden, und die Konkurrenz konzentriert sich immer mehr auf die hochentwickelten Produkte. Tatsächlich lassen die immer lauter werdenden Forderungen in Europa und Japan nach technologischer Zusammenarbeit und größeren staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung vermuten, daß das schon geschieht und daß sich das nicht-amerikanische Kapital darauf vorbereitet, die Amerikaner auf Gebieten herauszufordern, wo sie bis jetzt die unbestrittene Vorherrschaft hatten. Es ist darum völlig falsch, in diesen Forderungen einen Beweis für einen verzweifelten letzten Versuch von seiten eines geschwächten europäischen und japanischen Kapitals zu sehen, sich der "technologischen Kolonisierung" durch die Amerikaner zu widersetzen. Der wachsende Zwang, selbst zu Innovatoren zu werden und nicht nur nachzuahmen, ist eine unmittelbare Folge ihrer bisherigen Dynamik und derwachsenden Vervielfachung ihrer Märkte und Produkte. Wenn die europäische und japanische Herausforderung fehlschlägt, werden diese Konzerne natürlich genötigt sein, in der Gefolgschaft der Amerikaner zu bleiben. Allerdings ist ihr Scheitern keineswegs eine schon feststehende Tatsache, wie die "Dritte-Weltler" zu glauben scheinen. Im Gegenteil, die wachsende Stärke von europäischem und japanischem Kapital auf Grund von Verschmelzungen und Akkumulation zusammen mit der wachsenden Größe und Vervielfachung ihrer Märkte läßt vermuten, daß sie bei der Mehrzahl, wenn nicht bei allen hochentwickelten Produkten, eine wirksame Herausforderung darstellen können.

Schließlich haben die "Dritte-Weltler" die offenisven Aspekte der direkten amerikanischen Investitionen im Ausland überbetont und ihre defensiven Aspekte unterschätzt. Mit Ausnahme einer kurzen Zeit Ende der 60er Jahre, als die Vereinigten Staaten einen Boom erlebten, während gleichzeitig in der BRD eine Rezession stattfand, hatte Europa in den beiden letzten Jahrzehnten ein wesentlich schnelleres wirtschaftliches Wachstum als die Vereinigten Staaten. Japans Wachstum erfolgte noch schneller als das europäische; sein Bruttosozialprodukt stieg vom zwanzigsten Teil des amerikanischen Bruttosozialprodukt im Jahre 1953 auf fast ein Sechstel im Jahre 1968. Dieses Wachstum betraf die amerikanischen Unternehmen in zweierlei Hinsicht. Einerseits hatten ihnen die überseeischen Märkte die überseeischen Märkte die Chance geboten, hier oft mit Produkten zu expandieren, für die die Nachfrage in den USA zu sinken begonnen hatte, da die Binnenmärkte allmählich gesättigt waren. Auf der anderen Seite erlaubte das Wachstum der überseeischen Wirtschaften vielen ausländischen Unternehmen, so stark zu werden, daß sie anfingen, die Weltstellung der amerikanischen Riesen zu bedrohen. Die amerikanische Investitionstätigkeit in Europa und anderen Gebieten kann nur richtig eingeschätzt werden, wenn man diese beiden Aspekte des nichtamerikanischen Wachstums berücksichtigt. Die überseeischen Investitionen haben nicht nur den Umsatz amerikanischer Unternehmen gesteigert, sondern auch dazu gedient, die ausländische Konkurrenz auszuschalten und die amerikanischen Monopole zu erhalten. Hätten amerikanische Konzerne nicht bestehende oder potentielle ausländische Konkurrenten geschluckt, und im Ausland Tochtergesellschaften gegründet, wären sie gezwungen gewesen, sich auf Exporte zu stützen - kein seht wirksames Mittel für das Eindringen in ausländische Märkte - und wären heute vor eine noch größere Herausforderung durch das ausländische Kapital gestellt.

Trotz ihrer ungeheuren Expansion im Ausland, haben die amerikanischen Superkonzerne jedoch ständig wachsende Schwierigkeiten, den Vorsprung vor ihren ausländischen Konkurrenten zu halten. Das schnelle Wachstum amerikanischer Unternehmen in den späten sechziger Jahren beruhte in hohem Maße auf dem beschleunigten Wachstum der US-Wirtschaft und einem schnellen Ansteigen der Konzentration in dieser Wirtschaft, was beides wahrscheinlich nicht anhalten wird: Die US-Wirtschaft stagniert wieder, und die amerikanischen Riesen werden wachsende Schwierigkeiten bei der Steigerung ihres Anteils an der Binnenwirtschaft haben. Auf längere Sicht muß man so in dem amerikanischen Vordringen nach Europa das Inswankengeraten einer früher unantastbaren Position sehen. Solange die amerikanischen Konzerne absolut überlegen waren, konnten sie sich hauptsächlich auf Exporte stützen und dem wirtschaftlichen Wiederaufleben Europas und Japans mit einer gewissen Nachsicht zusehen. Mit dem Wiederaufleben der europäischen und japanischen Wirtschaft wurden die Unternehmen dieser Länder jedoch zu gefährlichen Gegnern, und die amerikanischen Unternehmen sind aus Selbstschutz zu Investitionen im Ausland gezwungen. Daher erklären sich ihre massiven Investitionen in Europa und ihr wachsender Druck auf Japan, das Eindringen ausländischen Kapitals zuzulassen. Soviel zu der angeblichen überwältigenden und wachsenden Überlegenheit des amerikanischen Kapitals. Wir wollen uns nun der Frage der Antagonismen zuwenden.

ANTAGONISMEN

Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Kapitalen sind immer bis zu einem gewissen Grad antagonistisch, wobei die Schärfe des Antagonismus von dem Ausmaß bestehender oder potentieller Konkurrenz und deren Intensität abhängt. Wenn wir die Beziehungen zwischen Kapitalen verschiedener Nationen behandeln, ist es deshalb wichtig, zu wissen: 1. in welchen Gebieten die nordamerikanischen, europäischen und japanischen Unternehmen miteinander konkurrieren oder konkurrieren werden; 2. was für eine Form diese Konkurrenz annehmen wird - werden z.B. europäische und japanische Kapitale eigene internationale Unternehmen gründen oder wenigstens den Versuch dazu machen, oder werden sie sich hauptsächlich auf Exporte stützen, um in ausländische Märkte einzudringen. Um diese Fragen zu beantworten, beginnen wir mit der Erörterung des internationalen Handels und der internationalen Investitionen.

1. Internationaler Handel und Investitionen

Mit dem wirtschaftlichen Wachstum führender kapitalistischer Länder nach dem Kriege ging eine zunehmende Abhängigkeit vom internationalen Handel einher, da die Importe und Exporte sehr viel schneller stiegen als die Produktion. Fertigwaren, die an andere führende kapitalistische Länder verkauft oder von diesen importiert wurden, spielten dabei eine beträchtliche Rolle. So kommt es, daß der Handel innerhalb des Blocks der führenden kapitalistischen Länder heute 3 Mal so groß ist wie der zwischen diesem Block und der übrigen Welt und daß die Exporte einen bedeutenden Teil der Produktion vieler verarbeitender Industrien ausmachen.

Besonders für große Unternehmen waren Exporte jedoch nicht der einzige Weg, in ausländische Märkte einzudringen. Zumindest für 5 Länder - für Großbritannien, die USA, die Niederlande und die Schweiz - spielten in diesem Zusammenhang Direktinvestitionen eine wichtige Rolle, durch die die Unternehmen im Ausland Produktions- und Distributionsvorrichtugen einrichten und in Betrieb nehmen. Für Großbritannien und die USA sind sie sogar wichtiger als die Exporte gewesen. Zwischen 1957 und 1965 beliefen sich die Direktinvestitionen der durchschnittlichen amerikanische und britischen verarbeitenden Industrien auf 5/6 bzw. 3/5 ihrer Auslandsexpansion (vgl. Tabelle 1). Da große Unternehmen die Hauptmasse der Auslandsinvestitionen tätigen, ist das Ausmaß, in dem sich die großen Unternehmen der 5 am meisten investierenden Länder auf die Auslandsproduktion für ihre

Tabelle 1: AUSLANDSEXPANSION 1957 - 1965

Umsatzsteigerung der verarbeitenden Industrie in %:

	Exporte	Auslandsproduktion	Auslandsumsatz
USA	2	13	15
GB	12	20	32
Frankreich	6	1	7
BRD	14	2	16
Italien	24	5	30
Niederlande	27	17	43
Kanada	33	13	46
Japan	17	2	20

Quelle: Robert Rowthorn, International Big Business 1957-1967, CUP 1971, Tabelle 22.

Expansion stützen, größer als es die Zahlenverhältnisse, die die Erfahrungen der durchschnittlichen Unternehmen wiedergeben, in Tabelle 1 erscheinen lassen. Für die großen Unternehmen sind Auslandsinvestitionen das typische Mittel, wichtige Märkte zu sichern. Exporte werden weniger wichtigen Märkten vorbehalten oder auf Produkte beschränkt, für die die Auslandsnachfrage noch nicht so groß ist, daß sie eine Produktion am Ort rechtfertigt. Für die Unternehmen der übrigen Länder, wie Frankreich, Italien, die BRD und Japan, spielen Auslandsinvestitionen erst seit kurzem eine bedeutende Rolle beim Eindringen in fremde Märkte. Selbst die großen Unternehmen haben sich hauptsächlich auf Exporte gestützt. Auslandsinvestitionen haben die Unternehmen bestimmter Länder in die Lage versetzt, sich starke und manchmal beherrschende Positionen auf ausländischen Märkten zu schaffen, selbst dort, wo ihr Exportpotential gering war. Nur wenn man Beides betrachtet, die Auslandsproduktion und die Exporte, kann man sich eine Vorstellung von dem Ausmaß machen, in dem amerikanische oder britische Unternehmen in solche Gebiete wie Europa, Südafrika, Australien oder Kanada eingedrungen sind.

Die Bedeutung der Investitionen wird besonders klar, wenn man die ökonomischen Bedingungen zwischen den USA und anderen führenden kapitalistischen Ländern untersucht. 1966 unterschied sich der Umfang der amerikanischen Exporte nach Europa nicht sehr von dem der europäischen Exporte in die USA (vgl. Tabelle 2). Das Eindringen amerikanischer Exporte in europäische Märkte entsprach also mehr oder weniger dem europäischer Exporte in amerikanische Märkte. Wenn wir jedoch die Investitionen betrachten, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Umsätze der amerikanischen Zweigfabriken der verarbeitenden - und der Ölindustrie in Europa beliefen sich auf ungefähr 36 Milliarden Dollar, eine Zahl, die 2 1/2 Mal so groß ist, wie der Gesamtwert aller amerikanischen Exporte nach Europa, bei Einbeziehung der Nahrungsmittel- und Rohstoffexporte. Die Umsätze der europäischen Zweigfabriken der verarbeitenden- und Ölindustrie in Amerika waren dagegen relativ klein; sie beliefen sich auf weniger als 9 Milliarden Dollar, eine Summe, die beträchtlich unter dem Wert der europäischen Exporte nach Amerika liegt und weniger als 1/4 der Umsätze amerikanischer Zweigfabriken in Europa darstellt. Aufgrund der ungleichen Investitionen war der Gesamtumsatz der amerikanischen Unternehmen in Europa, einschließlich der Exporte und der lokalen Produktion, 2 1/2 Mal so hoch wie der Gesamtumsatz der europäischen Unternehmen in den USA. In absoluten Zahlen bedeutet das, daß die amerikanischen Unternehmen ihren Markt um einen Nettobetrag von ca. 30 Milliarden Dollar erweiterten, d.h., die US-Umsätze in Europa überstiegen die europäischen Umsätze in den USA um diesen Betrag.

Bei einer detaillierteren Aufschlüsselung der Zahlen nach Ländern würde sich zeigen, daß das amerikanische Eindringen in bestimmte ausländische Märkte in ganz unterschiedlichem Maße durch das Eindringen nicht-amerikanischer Unternehmen in die amerikanischen Märkte wettgemacht wurde. Britische, niederländische und schweizerische Unternehmen haben in den USA beträchtlich investiert und in ihren Zweigfabriken findet der größte Teil der europäischen Produktion in jenem Land statt. Die Niederlande und die Schweiz haben gegenüber der USA sogar eine positive Investitionsbilanz, was zur Folge hat, daß schweizerische und niederländische Unternehmen tatsächlich mehr in den USA verkaufen, als amerikanische Unternehmen in der Schweiz und den Niederlanden. Andere europäische Länder wie Frankreich, die BRD oder Italien haben nicht viel in den USA investiert, und die amerikanischen Umsätze in diesen Ländern sind beträchtlich größer als die Umsätze von deren Unternehmen in den USA.

Wenn wir uns jetzt Japan zuwenden, stellen wir fest, daß es dort ganz anders aussieht. Die ausländischen Investitionen in Japan sind eingeschränkt worden und bis vor kurzem haben japanische Firmen kaum im Ausland investiert. Außerdem ist die Handelsbilanz mit den USA, wie auch mit den Europäern, ziemlich ausgeglichen. Japan exportiert sogar etwas mehr in die USA als die USA nach Japan. Diese Kombination - ziemlich ausgewogener Handel und wenig Investitionen - bewirkte, daß amerikanische Unternehmen nicht in der Lage waren, in größerem Maße in die japanischen Märkte einzudringen und soweit sie an Boden

Tabelle 2:

EXPORTE UND PRODUKTION AM ORT
(in Millionen Dollar)

	X	P	P/X	X	P	P/X
aus den USA:	1957			1966		
Europa	6,940	10,762	1.55	14,440	36,000	2.50
Japan	1,851	555	.30	3,545	2,000	.62
in die USA:	1959			1966		
GB, Niederl. & Schweiz:	2,320	4,657	2.01	3,740	7,400	1.97
übriges Europa:	4,580	559	.12	8,050	1,271	.16
- Frankreich	690	92	.13	1,050	123	.12
- BRD	1,380	47	.03	2,700	138	.05
Japan	1,543	29	.02	4,444	50	.01

Quelle: Bezüglich der Zahlen für Europa, vgl.: R.E. Rowthorn und S. Hymer, in: C.P. Kindleberger, The International Corporation, (Harvard University Press, 1970). Die Zahlen für Japan sind auf die gleiche Weise errechnet worden.

X = Exporte (alle Länder).

P = Umsätze lokaler Tochtergesellschaften der verarbeitenden- und Erdölindustrie.

gewannen, wurde das durch japanische Fortschritte auf amerikanischen Märkten mehr oder weniger wieder ausgeglichen.

Die Bedeutung der Auslandsinvestitionen für die internationale Konkurrenz ist viel größer als man es an dem Beispiel, das wir eben erörtert habern, ablesen kann. Eine Untersuchung würde folgendes zeigen:

(i) Der Handel mit Fertigwaren zwischen den kapitalistischen Industrieländern ist gewöhnlich mehr oder weniger ausgeglichen. Insgesamt verlieren die verarbeitenden Industrien eines dieser Länder auf ihren Binnenmärkten ungefähr ebensoviel durch Importe aus dem Ausland, wie sie durch Exporte in andere kapitalistische Industrieländer gewinnen. Nur in die unterentwickelten und anderen rohstoffproduzierenden Länder exportieren die Industrieländer weitaus mehr Fertigwaren als sie importieren.

(ii) Auslandsinvestitionen werden zum wirksamsten Mittel, auf den bedeutendsten Märkten der Welt Fuß zu fassen. Sie werden immer wichtiger sowohl bei der Verteidigung bestehender als auch bei der Eroberung neuer Märkte.

(iii) Im Unterschied zum Handel sind Direktinvestitionen oft in hohem Maße unausgeg lichen. Großbritannien, die USA, die Niederlande und die Schweiz investierten ungleich mehr im Ausland als ausländische Unternehmen in ihren Ländern. Auf diese Weise haben ihre großen Unternehmen beträchtliche Nettogewinne gemacht, indem sie ausländische Märkte eroberten ohne daür eine gleiche Anzahl Binnenmärkte aufzugeben.

Mögen Lenin's Worte, als er sie 1916 niederschrieb, auch etwas übertrieben gewesen sein, so sind sie heute wahr geworden: "Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden". (5).

2. Europäisches und japanisches Kapital

Ein klares, wenn auch nicht so klar gewordenes Merkmal des Kapitalismus ist die Tendenz des Kapitals, nach außen zu expandieren und im Ausland neue Märkte zu suchen. Da europäische und japanische Unternehmen offensichtlich keine Ausnahmen zu dieser Regel bilden, folgt aus der oben gezogenen Schlußfolgerung hinsichtlich der Rolle der Direktinvestitionen bei Auslandsexpansionen, daß diese Unternehmen sich zunehmend auf Auslandsinvestitionen stützen müssen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen.

Neben dem "allgemeingültigen" Grund für Auslandsexpansionen haben die europäischen Unternehmen jedoch noch einen zusätzlichen in Gestalt der bereits massiv getätigten amerikanischen Investitionen in Europa. Wie wir oben zeigten, haben diese Investitionen die amerikanischen verarbeitenden- und Erdölindustrien in die Lage gebracht, die europäischen Märkte in solch einem Ausmaß zu durchdringen, daß ihre Umsätze in Europa die europäischen Umsätze in den USA im Jahre 1966 um 30 Milliarden Dollar übertrafen. Zweifellos ziehen die amerikanischen Unternehmen einen beträchtlichen Vorteil aus diesem Vorsprung bei der Durchdringung des jeweils anderen Marktes, und es wird eines der zukünftigen Ziele der europäischen Großkapitale sein, das Defizit ganz oder zu einem großen Teil zu beseitigen.

Grundsätzlich kann man die Beseitigung des Defizits auf zweierleich Art und Weise in Angriff nehmen: defensiv, durch die Reduzierung des Umfanges und der Zunahme amerikanischer Umsätze in Europa, oder offensiv, durch die Steigerung der europäischen Umsätze im Ausland, sowohl in den USA als auch anderswo. Da das amerikanische Kapital in Europa schon fest verwurzelt ist, müßte sich ein defensiver Ansatz, soll er wirklich Erfolg haben, auf drastische staatliche Interventionen stützen. Die Folge wäre eine Konfrontation mit den USA in einer Größenordnung, die das europäische Kapital aus offensichtlichen Gründen verweiden möchte; obwohl, wie wir unten vorbringen, es am Ende zu einer solchen Konfrontation kommen kann, wenn die USA ihr nationales Kapital gegen das Eindringen von europäischen und anderen ausländischen Kapitalien protegieren. Wir können jedoch davon ausgehen, daß das europäische Kapital solch eine Konfrontation nicht beginnen wird und daß, solange die USA sie nicht beginnen, die amerikanischen Unternehmen relativ frei in Europa agieren dürfen. Insoweit das europäische Kapital den amerikanischen Vorsprung abzubauen versucht, wird es daher einen offensiven Ansatz und einen offensiven Gegenangriff im Ausland wählen, entweder indem es mehr exportiert oder indem es mehr Tochtergesellschaften im Ausland einrichtet.

Exporte können jedoch keinesfalls die notwendige Steigerung der Umsätze im Ausland sichern. Ganz abgesehen von den steigenden europäischen Lohnkosten (vgl. Tabelle 5, unten), die man als mikro-ökonomischen Grund bezeichnen könnte, gibt es dafür einen entscheidenden makroökonomischen Grund, der mit dem Gleichgewicht des Weltwährungssystems zusammenhängt. Die jährlichen europäischen Exporte müßten um den gigantischen Betrag von 20 bis 30 Milliarden Dollar ansteigen und zwar über jede Importsteigerung, die den Effekt wieder aufhebt, hinaus.

Europa als Ganzes müßte daher sehr große Bilanzüberschüsse gegenüber der übrigen Welt erzielen. Außerdem müßte ein großer Teil des zusätzlichen Exports von den USA gekauft werden, da sich dort die Hauptmasse der nicht-europäischen Kaufkraft befindet, und die USA müßten ausserordentlich hohe Defizite haben. Hätten also die Europäer mit ihrer Exportoffensive Erfolg, wären beispiellos hohe europäische Überschüsse und amerikanische Defizite die Folge, die qualitativ größer wären als die Überschüsse und Defizite, die die kapitalistische Welt in den letzten Jahren so ausserordentlich beunruhigt haben. Innerhalb kurzer Zeilt bräche entweder das Weltwährungssystem und mit ihm der Handel zusammen, oder es fände eine umfassende Neubestimmung der Währungen statt, wobei einige auf- und andere abgewertet würden; dabei würde der Kostenvorteil europäischer Unternehmen zerstört und das Gleichgewicht des Weltwährungssystems wiederhergestellt. In anderen Worten: ausgerechnet der Erfolg der Exportoffensive würde - indem er riesige Überschüsse und Defizite schafft - die Bedingungen des Erfolges untergraben. Es sollte beachtet werden, dass diese Argumentation ganz allgemein auf das Problem der Auslandsexpansion durch Exporte zutrifft. Jedes Land, das so erfolgreich exportiert, dass es riesige Überschüsse erzielt, ist dabei, die Bedingungen des eigenen Erfolgs zu untergraben.

Es scheint also, als brächte ein defensives Herangehen, obwohl es technisch möglich wäre, den europäischen Unternehmen mehr Schaden als Nutzen und als könne ein offensives Herangehen, gestützt auf Exporte, nicht so

---

(5) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1966, AW Bd. 1, S.815.

hohe Überschüsse garantieren, daß sie mehr als nur einen kleinen Teil der riesigen amerikanischen Umsätze in Europa ausgleichen könnten. Nur durch hohe Investitionen im Ausland, durch den Aufbau von Produktionseinrichtungen in anderen Ländern, könnten europäische Unternehmen hoffen, die Verluste an amerikanische Unternehmen in Europa wieder wettzumachen.

Die europäischen Unternehmen müssen also sowohl aus allgemeinen Gründen, wegen der Expansion des Kapitals nach außen, als auch aus besonderen Gründen, wegen der inzwischen massiv vertretenen amerikanischen Interessen in Europa, hohe Auslandsinvestitionen tätigen. Aus den gleichen allgemeinen Gründen werden die japanischen Unternehmen die gleiche Politik verfolgen müssen. Bis jetzt ist für sie der Antrieb so zu handeln jedoch noch nicht ganz so stark, denn es gelang ihnen eine erfolgreiche Defensivstrategie zu verfolgen, die die Operationen des amerikanischen Kapitals in Japan entscheidend eingeschränkt haben. Auf amerikanischen Druck hin muß Japan jedoch einige seiner Beschränkungen aufheben und sollte es soweit kommen, daß das amerikanische Kapital mehr oder weniger freien Zugang nach Japan hat, werden die japanischen Unternehmen eine öffensive Strategie einschlagen müssen, mit der sie versuchen, die eigenen Verluste durch Auslandsinvestitionen auszugleichen.

Es ist wichtig festzuhalten, daß aller Ausgleich für amerikanische Umsätze in Europa durch Umsätze außerhalb Europas zustandekommen muß. Wenn z.B. die verarbeitende Industrie eines europäischen Landes ihre Umsätze in einem anderen europäischen Land erhöht, werden die Gewinne der Unternehmen des ersten Landes genau durch die Verluste derjenigen des zweiten Landes aufgehoben.

Wenn man sich so gegenseitig die Wäsche von der Leine holt, was auch sonst daran gut oder schlecht sein mag, so hilft das überhaupt nicht, ein Gegengewicht zur amerikanischen Präsenz in Europa zu schaffen. Gelingt es den amerikanischen Unternehmen die japanische Wirtschaft zu durchdringen, dann werden europäische und japanische Unternehmen gemeinsam nur in der Lage sein, das amerikanische Eindringen wettzumachen, wenn sie in Gebiete ausserhalb Europas und außerhalb Japana expandieren. Da die Weltmärkte ausserhalb dieser beiden Gebiete hauptsächlich in Amerika liegen, würde jede entscheidende Positionsverbesserung europäischer und japanischer Unternehmen ein massives Eindringen in amerikanische Märkte bedeuten. Eine offensive Strategie, die darauf abzielt, einen großen Teil der amerikanischen Gewinne in Europa und vielleicht eines Tages in Japan auszugleichen, würde also eine massive Expansion in amerikanischen Märkten mitsichbringen, die nur durch direkte Investitionen erreicht werden könnte.

Die Auslandsexpansion europäischer und japanischer Unternehmen mittels Direktinvestitionen hat in der Tat schon begonnen. In den letzten Jahren sind die Auslandsinvestitionen westdeutscher, italienischer und japanischer Unternehmen rapide angestie gen (vgl. Tabelle 3). Zusammen investierten diese drei Länder von 1957 - 1960 durchschnittlich 230 Millionen Dollar pro Jahr. In den Jahren von 1961-64 war diese Zahl auf 480 Millionen angestiegen, 1967 waren es 600 Millionen Dollar und 1968 840 Millionen Dollar . Zusammen investierten diese drei Länder 1968 im Ausland soviel wie Großbritannien. Die BRD ist der spektakulärste Fall. Nach einem stetigen Anstieg in den letzten Jahren, waren die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland 1969 beträchtlich höher als die ausländischen Direktinvestitionen in der BRD.

Tabelle 3:

DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND
(in Milliarden Dollar)

	1957-60	1961-64	1967	1968
USA	2.83	3.21	3.15	3.03
GB	.51	.67	.74	.89
Insgesamt:	3.34	3.88	3.92	3.92
BRD	.12	.22	.25	.39
Italien	.06	.17	.23	.23
Japan	.05	.09	.12	.22
Insgesamt:	.23	.48	.60	.84
Belgien	----	----	.05	.03
Frankreich	.01	.10	.20	---
Niederlande	.71	.12	.21	.22
Kanada	.06	.10	.08	.16

Quelle: IWF, OECD.

Dies sind jedoch lediglich Symptome, die jährlichen amerikanischen Direktinvestitionen im Ausland liegen immer noch weit höher als die Japans und der wichtigsten europäischen Länder zusammengenommen. Ausserdem fließt ein Großteil ihrer Investitionen in außeramerikanische Länder, sodaß es hauptsächlich immer noch die Exporte sind, mit denen sie in die amerikanischen Märkte eindringen.

Es ist also die Frage, ob die europäischen und japanischen Direktinvestitionen im Ausland weiterhin so rapide anwachsen und wieviel davon in den USA angelegt wird. Bevor wir die Frage zu beantworten versuchen, muß geklärt werden, auf welcher Ebene die Antwort gegeben werden soll. Eine umfassende Antwort könnte eine ganze Reihe politischer und anderer Faktoren berücksichtigen, wie z.B. die Reaktion des amerikanischen Staates auf hohe ausländische Investitionen in den USA. Da es jedoch u.a. unsere Absicht ist, die Kräfte einzuschätzen, die den amerikanischen Staat dazubringen können, gegen ausländisches Kapital vorzugehen, gehen wir davon aus, daß die bestehende liberale Politik aufrechterhalten wird.+ Das wird es uns ermöglichen, die gegenwärtigen ökonomischen Tendenzen einzuschätzen, uns jedoch natürlich keinen Aufschluss darüber geben, bis zu welchem Grad diese Tendenzen tatsächlich realisiert werden.

Das Problem hat makro- und mikroökonomische Aspekte. In makroökonomischer Hinsicht müssen Europa und Japan in der Lage sein, irgendwo anders in der Zahlungsbilanz für einen beträchtlichen Überschuss zu sorgen, wenn sie hohe Auslandsinvestitionen finanzieren wollen. Nur ein Großbankier wie die USA (oder früher GB) kann Direktinvestitionen im Ausland finanzieren, indem er kurzfristige- und Tagesverbindlichkeiten akkumuliert. In den letzten Jahren hat es solch einen Überschuß gegeben. Heute haben die BRD, Italien und Japan zusammen allein einen Bilanzüberschuss von über 6 Milliarden Dollar pro Jahr (vgl. Tabelle 4). Das übersteigt das Zweifache der jährlichen Nettodirektinvestitionen im Ausland aller amerikanischen Unternehmen zusammen. Führte man

+ Der Artikel geht hier noch nicht auf die neuesten Entwicklungen der amerikanischen Politik ein, die es nicht mehr erlauben von "liberaler Politik" zu sprechen. (Red.)

Tabelle 4:

LEISTUNGSBILANZ (Saldo)
(Bilanz der laufenden Posten in Millionen Dollar) 1

	1966	1967	1968	1969
Japan	1254	-190	1048	2185
BRD	119	2464	2838	1770
Italien	2117	1599	2627	2368
Insgesamt:	3490	3873	6513	6323
Zum Vergleich:				
Nettodirektinv. der USA im Ausland	-3639	-3154	-3025	-3060

Quelle: OECD
1: = Defizite

also nur die Hälfte der europäischen und japanischen Überschüsse den Direktinvestitionen zu, so würden die Unternehmen dieser Länder genausoviel im Ausland investieren wie die amerikanischen.. Bisher ist das jedoch noch nicht geschehen. Der Überschuss wurde stattdessen für die Akkumulation furzfristiger Dollarverbindlichkeiten und den Ankauf von Gold und US-Wertpapieren verwandt. Allein der europäische Besitz an US-Aktien beläuft sich zur Zeit auf 13 Milliarden Dollar (1968), und das ist fast genug, um die riesigen amerikanischen Direktinvestitionen in Europa auszugleichen. Um zu verstehen, wie diese Situation entstand, müssen wir das Problem auf der mikroökonomischen Ebene betrachten. Noch bis vor kurzem gab es zwei Gründe, weshalb europäische und japanische Unternehmen nicht sehr viel im Ausland investierten und sich hauptsächlich auf Exporte nach ausländischen Märkten stützten: erstens waren die Lohnkosten im eigenen Land geringer als in den USA; obwohl dieser Vorteil teilweise durch die höheren Kosten der Investitionsgüter wieder aufgehoben wurde, war es dennoch billiger im eigenen Land zu produzieren. Eine Untersuchung die der National Industrial Conference Board unter den amerikanischen Unternehmen durchführte, zeigte z.B., daß sich im Jahre 1960 die Kosten innerhalb der EWG nur ungefähr auf 0.85 der Kosten in den USA beliefen (6). Zweitens muß ein Unternehmen, wenn es investieren will, in der Lage sein, eine Fabrikanlage optimaler Größe aufzubauen und deren output zu verkaufen. Eine große Fabrik zu bauen oder zu kaufen, kann sehr kostspielig sein und um sicher zu gehen, daß seine Produkte auch verkauft werden, muß sich das Unternehmen entweder bereits einen Markt durch Exporte geschaffen haben, oder es muß Mittel genug haben, eine kostspielige Werbekampagne zu finanzieren und die eingegangenen Verluste zu decken während die Nachfrage nach seinen Produkten wächst. Bis vor ein ein paar Jahren hatten nur wenige europäische und japanische Großkonzerne diese Mittel, alle übrigen waren deshalb kaum in der Lage, in relevantem Maße in die ausländischen Märkte einzudringen. Folglich mußten sie entweder, wenn sie konnten, exportieren, oder wenn sie das nicht konnten, auf die Märkte verzichten. Indem sie exportierten, konnten diese Unternehmen also die billige Arbeitskraft und die Möglichkeiten zu erhöhter Kostenersparnis ausnutzen, während sie bei Auslandsproduktion, besonders in den USA, gezwungen gewesen wären, hohe Löhne zu zahlen und auf die Möglichkeiten zu erhöhter Kostenersparnis zu verzichten.

In den letzten Jahren hat sich die Situation jeoch allmählich geändert. Die Lohnkosten in Europa und Japan steigen schnell (vgl. Tabelle 5, unten), so daß der Vorteil von billiger Arbeitskraft verloren gegangen ist. Europäische und japanische Unternehmen haben durch Exporte für viele ihrer Produkte Märkte aufgebaut. Fusionen und hohe Akkumulationsraten haben sie soweit gestärkt, daß sie es sich jetzt leisten können, Produktionsanlagen mit optimaler Größe im Ausland zu bauen und, wo nötig, Werbekampagnen für ihre Produkte zu finanzieren.

Was die optimale Größe einer Produktionsanlage ist, hängt nicht nur von technischen Bedingungen ab sondern auch von der Größenordnung der Produktion der Konkurrenzunternehmen. In einer kleinen Volkswirtschaft wie z.B. Australien kann kein Unternehmer ausgesprochen glücklich operieren mit einer Größe von 1/5, 1/10 oder noch weniger von dem, was in den USA fürs Überleben notwendig wäre. Daher wird die zunehmende Fähigkeit, europäischer und japanischer Firmen, im Ausland zu investieren, sich zunächst in der Expansion in Gebieten außerhalb der USA zeigen; und tatsächlich zeigt sich das schon jetzt. In dem Maße jedoch, wie der Prozess von Fusionen, Rationalisierung und Akkumulation fortschreitet, wird es für diese Unternehmen unvermeidlich sein, sich den USA selbst zunehmend zuzuwenden. Zu ihrer Unterstützung können sie staatliche Hilfe bekommen, jedoch möglichst versteckt, im amerikanische Gegenmaßnahmen zu verhindern. Wenn internationale Fusionen, wie solche zwischen Dunlop und Pirelli Mode werden, dann werden europäische Investitionen in Amerika in großem Ausmaß stattfinden.

Wir können diese Überlegungen zusammenfassen, indem wir feststellen, daß steigende Lohnkosten im eigenen Land, größere wirtschaftliche Stärke und sichere Märkte für europäische und japanische Produkte im Ausland zusammen dahin führen, daß die Konzerne dieser Länder mehr und mehr zu Investitionen übergehen, dem effektivsten Mittel, ausländische Märkte zu erobern, in Amerika und anderswo. Europäische Fusionen können diesen Prozess beschleunigen, aber er wird auch ohne sie stattfinden. Das trifft natürlich nicht für alle Produkte oder alle Unternehmen zu. Es ist wahrscheinlich, dass wir sowohl eine Intensivierung des Exports durch einige Unternehmen erleben werden, besonders durch solche, die zu klein sind, um investieren zu können, als auch eine Verstärkung der Investitionen durch andere.

Tabelle 5:

PRODUKTIVITÄT, LÖHNE UND LOHNKOSTEN PRO UMSATZEINHEIT

(Anstieg in Prozenten in der verarbeitenden Industrie)

	output pro Arbeitsstunde	Verdienste/ Arbeitsstunde	Lohnkosten/ Umsatzeinheit
	1956-1968		
USA	53	55	2
BRD	92	147	30
Japan	147	209	25
	1960-1968		
USA	29	33	4
BRD	58	84	17
Japan	111	151	20

Quelle: National Institute Economic Review.

(6) Theodore R. Gates und Fabian Linden, Costst and Competition, New York, The National Industrial Conference Board, 1961, S. 14-15.

Bisher haben wir uns mit der verarbeitenden Industrie beschäftigt. Aus einsichtigen strategischen und ökonomischen Gründen aber wird ein ähnliches Ansteigen nicht-amerikanischer Investitionen im Ausland ebenso in der Rohstoffindustrie anzutreffen sein. Tatsächlich hat diese Entwicklung schon begonnen.

3. Schlußfolgerungen

Unsere Überlegungen führen - wenn sie auch noch in jeder Hinsicht unvollständig geblieben sind - zu folgenden Schlußfolgerungen:

(i) Das europäische und das japanische Kapital sind stark genug, nicht nur das amerikanische Kapital abzuwehren, sondern auch, um durch Expansion im Ausland zum Gegenangriff übergehen zu können.

(ii) Die Expansion europäischer und japanischer Konzerne im Ausland wird in wachsendem Maße die Form direkter Investitionen in anderen Ländern, die USA eingeschlossen, annehmen. Warenexporte werden jedoch ebenso für kleinere Unternehmen, wie für bestimmte Produkte, ihre Bedeutung behalten.

(iii) Fusionen in ganz Europa und eine weiter anhaltende Konsolidierung in Japan würden diese Entwicklung beträchtlich beschleunigen, und die Unternehmen dieser Länder würden in enormem Ausmaß im Ausland investieren.

Es ist leicht zu sehen, daß diese Schlußfolgerungen im großen und ganzen denen von Ernest Mandel ähnlich sind, der die wachsende Herausforderung der amerikanischen Hegemonie durch das europäische und japanische Kapital betont. Eine wichtige Differenz besteht jedoch darin, daß hier den Direktinvestitionen europäischer und japanischer Unternehmen im Ausland größere Bedeutung zugemessen wird im Gegensatz zu Mandels Betonung des Warenexports. Mandels Ansichten zu diesem Thema werden weiter unten im Anhang diskutiert.

KAPITAL UND STAAT

Ehe man untersucht, was die oben gezogenen Schlußfolgerungen für die künftige Entwicklung des kapitalistischen Systems implizieren, ist die Beziehung zwischen der Stärke des Kapitals und der Autonomie eines Staates gegenüber anderen Staaten zu betrachten. Alle oben erwähnten Autoren, gleich ob sie an den Superimperialismus der USA, den Ultraimperialismus oder die Rivalität unter den imperialistischen Staaten glauben, halten es für erwiesen, daß die Autonomie eines Nationalstaates von der Stärke des Kapitals bestimmt ist, das in dieser Nation beheimatet ist - d.h., daß ein Staat mit starkem Kapital autonom, mit einem schwachen Kapital abhängig ist. Daher betrachten jene, die glauben, daß das amerikanische Kapital erheblich mächtiger als das europäische oder japanische sei, Europa und Japan als von den USA zur Zeit und in Zukunft abhängig, und umgekehrt erachten diejenigen, die meinen, daß das europäische und japanische Kapital das amerikanische Kapital herausfordern, das europäische und das japanische Kapital als zunehmend autonom. In Wahrheit jedoch, liegen die Dinge nicht so einfach, denn wenn auch Stärke und Autonomie miteinander in Beziehung stehen, gibt es doch keine eins-zu-eins Entsprechung zwischen der Stärke des Kapitals und der Autonomie des Staates.

Das britische Großkapital gehört immer noch zu den stärksten der Welt. 11 der 100 größten Unternehmen in der Welt sind britisch, verglichen mit 18 aus dem gesamten EWG-Bereich; von den 200 größten nicht amerikanischen Gesellschaften waren 53 Ende der 60er Jahre britisch, verglichen mit 43 japanischen, 25 westdeutschen und 23 französischen (7). Britische Unternehmen haben sich stets im Weltmaßstab betätigt und werden von einer Gruppe von Großbanken und dem Finanzzentrum der City unterstützt. Der britische Staat jedoch hat die Interessen eines spezifisch britischen Kapitalismus nicht aggressiv verfolgt. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen britischer Regierungen waren im Gegenteil höchst feinfühlige Reaktionen auf die Ratschläge der internationalen Institutionen der kapitalistischen Welt und der größten imperialistischen Macht, der USA. Die Maßnahmen, die britische Regierungen während der periodischen Zahlungsbilanzkrisen ergriffen, waren tatsächlich sehr verschieden von der Politik, die ein unabhängigerer kapitalistische Staat verfolgt hätte, und haben die Stagnation des britischen Kapitalismus verschlimmert. Paradoxerweise läßt sich die Schwäche des britischen Kapialismus nicht aus dem einfachen Verfall des britischen Kapitalismus als solchem erklären, sondern gerade aus der Stärke der weltweiten Aktivitäten des britischen Kapitals, welche dazu beigetragen hat, die reine Binnenwirtschaft zu untergraben. Das britische Großkapital hat immer eine bedeutende internationale Dimension gehabt, und die Bedingungen der Nachkriegszeit führten eher zu einer Betonung als zu einer Modifizierung dieses Charakters. Während das kontinentaleuropäische und japanische Kapital weniger Erfahrungen und kaum die Einrichtungen für direkte Auslandsinvestitionen besaß, dafür aber große Möglichkeiten in einer rasch anwachsenden Binnenwirtschaft, waren für das britische Großkapital die binnenwirtschaftlichen Aussichten weniger erfolgsversprechend, dafür aber die Möglichkeiten und Beziehungen im Ausland umso größer. Der relative Verfall der nationalen Grundlagen des britischen Kapitalismus wurde somit verstärkt und die relative Unabhängigkeit des britschen Staates weiter ausgehölt. Zusammen haben diese Tendenzen - die internationale Expansion des britischen Großkapitals in Verbindung damit, daß der britische Staat und die binnenwirtschaftliche Basis des britischen Kapitalismus an Bedeutung verloren haben - dazu geführt, daß viele britische Unternehmen nun einen großen Teil ihrer Geschäfte in Gebieten abwickeln, wo der britische Staat keine Kontrolle und nur wenig Einfluß ausübt, und wo er ihnen wenig oder gar keinen Schutz bieten kann. Deshalb sind beide, sowohl diese Unternehmen als auch der britische Kapitalismus allgemein, extrem anfällig geworden gegenüber ihren Vergeltungsmaßnahmen für den Fall, daß Großbritannien eine Wirtschaftspolitik betreiben sollte, die den Interessen anderer imperialistischer Mächte widerspricht.

Eine einheitliche Politik zur Förderung der Interessen des britischen Kapitalismus am Ausbau des Binnenmarktes hätte in den letzten Jahrzehnten Maßnahmen erfordert wie Importkontrollen, strenge Beschränkungen für Auslandsinvestitionen und bestimmte Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung. Jede dieser Maßnahmen hätte ihrerseits die internationalen Operationen britischer Unternehmen behindert, entweder dadurch, daß die Möglichkeit, ungehindert Kapital über die Grenzen zu transferieren eingeschränkt, und eventuell die notwendigen Investitionsmittel verweigert worden wären, oder aber dadurch, daß Vergeltungsmaßnahmen vonseiten anderer kapitalistischer Staaten provo-

(7) E. Mandel, Europe versus America?. S.63.

ziert worden wären. Dafür hätten die britischen Gesellschaften den Nutzen aus dem Wachstum in ihrer Binnenwirtschaft ziehen können. Die zweifelhaften und mit Schwierigkeiten verbundenen Aussichten auf Wachstum im einzelnen Binnenmarkt konnten sich jedoch nicht messen mit denen einer Expansion in verschiedene ausländische Märkte. So wurde die britische Wirtschaft in dem Maße, wie sie mehr und mehr in einen weltweiten Kapitalismus eingegliedert wurde, über den der britische Staat keine Kontrolle hatte, in internationalem Maßstab zunehmend verwundbar, und für das Großkapital sind die möglichen Vorteile einer offen-aggressiven nationalistischen Entwicklung entsprechend geschwunden. So haben sich, angesichts drohender massiver Verluste im Auslandsgeschäft gegenüber fragwürdigen Gewinnen in der Binnenwirtschaft, jene Bereiche des britischen Kapitals, die international operieren - und das umfaßt die größere Menge des Finanzkapitals und viele große Industrieunternehmen - die notwendigen Maßnahmen für eine Dynamisierung des britischen Kapitalismus widersetzt, wobei sie als Antwort auf die Forderungen der anderen imperialistischen Mächte die Alternative der Stagnation und Deflation - wenn auch ungern- vorzieht.

Auf diese Weise haben sich führende Teile der britischen Bourgeoisie wirksam "denationalisiert", nicht auf Grund ihrer eigenen Schwäche, sondern in Folge der Schwäche des britischen Staates und ihrer eigenen nationalen Basis. Die Stärke des britischen Großkapitals im Ausland hat die Schwäche des britischen Kapitalismus mit sich gebracht. Wenn die herrschenden britischen Unternehmen kleiner gewesen wären, wären sie nicht in der Lage in auch nur annähernd gleichen Ausmaß ins Ausland zu expandieren. Auslandsproduktion und internationale Finanzgeschäfte würden jetzt einen weit weniger wichtigen Teil ihres Einkommens ausmachen, britische Unternehmen und die britische Wirtschaft wären gegenüber Vergeltungsmaßnahmen weniger empfindlich, und als Folge davon, wären die Vorteile und Möglichkeiten bedeutend größer. Oder aber, wenn der britische Staat und die nationale britische Wirtschaft ihre einstige Macht behalten hätten, wären Vergeltungsmaßnahmen aus dem Ausland viel unwahrscheinlicher, und Versuche, die Binnenwirtschaft anzukurbeln und neu zu strukturieren, würden die internationalen Operationen britischer Unternehmen nicht gefährden. Britische Unternehmen brauchten dann nicht zu wählen zwischen Expansion im Inland und der im Ausland. Sie könnten beides haben. Wenn die Untersuchung über Europa und Japan oben gezeigt hat, daß es für die Expansion, die allein auf dem Export beruht, inhärente Grenzen gibt, dann zeigt das britische Beispiel die Risiken einer Expansion über direkte Investitionen, die nicht von einem genügend starken Staat und der nationalen Basis gestützt wird.

Perspektiven

Wir wollen nun auf die Aussichten für die EWG und Japan zurückkommen. Wenn europäische und japanische Unternehmen im Ausland expandieren, werden sie in zunehmenden Maße die Stellung amerikanischer Unternehmen, sowohl in den USA als auch anderswo, bedrohen. Anfangs wird der amerikanische Staat wahrscheinlich auf die Bedrohung reagieren, ja er reagiert bereits jetzt, indem er für bestimmte Importgüter Beschränkungen einführt, indem er Unternehmen, die vom Inland aus kontrolliert werden, unterstützt und versucht, auf ausländischen Märkten Privilegien für amerikanische Unternehmen zu erringen oder zu behaupten. Wenn sich diese Maßnahmen als ungeeignet erweisen, was angesichts der lebhaften europäischen und japanischen Investitionspolitik vermutlich der Fall sein wird, wird der amerikanische Staat in die Versuchung kommen, die Operationen des ausländischen Kapitals in den USA einzuschränken, und, wo das möglich ist, seine abhängigeren Verbündeten überreden, dies ebenfalls zu tun.

In dem Maße also, wie das nicht-amerikanische Kapital zum Gegenangriff übergeht, wird der amerikanische Staat noch entschiedener zu Gunsten des amrikanischen Kapitals intervenieren. Um in die USA und die Gebiete, die unter deren Vorherrschaft stehen, einzudringen, wird sich das nicht-amerikanische Kapital deshalb zunehmend auf den Gebrauch seiner eigenen Staatsmacht verlassen müssen: auf finanzielle und technologische Unterstützung zur Senkung der Produktionskosten und Beschaffung der Mittel zur Expansion; auf ökonomische oder gar militärische Anreize, um die Herrschaft der USA über ihre Satelliten zu schwächen; und endlich auf Gegendrohungen gegen das amerikanische Kapital in Europa. Schlagen diese Maßnahmen fehl, so wird die europäische und japanische Expansion in den USA und ihren Satellitenstaaten ernsthaft behindert, und das europäische und japanische Kapital wird gezwungen sein, hauptsächlich außerhalb der US-amerikanischen Einflußsphäre zu operieren. Mittelfristig kann man also auf folgendes gefaßt sein: auf immer häufigere Interventionen des amerikanischen Staates angesichts einer wachsenden Herausforderung nicht- amerikanischer Konzerne; auf Drohungen oder tatsächliche Vergeltungsschläge nicht-amerikanischer Staaten und vielleicht - in dem Maße wie die kapitalistische Welt in unabhängigere Regionen zerfällt- auf die teilweise Aufhebung des bestehenden Trends zur gegenseitigen Durchdringung der Märkte.

Inwieweit man den amerikanischen Staat daran hindern kann, zugunsten des amerikanischen Kapitals zu intervenieren, hängt davon ab, wie weit es den nicht-amerikanischen Staaten gelingt, gemeinsam vorzugehen und ein effektives Bündnis zu schließen. Ein europäischer Block zum Beispiel, der im wesentlichen ganz Westeuropa umfassen würde, besäße ein gewaltiges wirtschaftliches Potential gegenüber den Vereinigten Staaten. Bei einem Umsatz in Europa von über 60 Milliarden Dollar pro Jahr wären amerikanische Tochtergesellschaften im Falle eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten höchst verwundbar gegenüber Vergeltungsmaßnahmen der vereinigten europäischen Mächte und zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde der Verlust eines beträchtlichen Teils dieser Umsätze bei weitem die Vorteile überwiegen, die amerikanische Firmen aus energischen staatlichen Interventionen zu ihren Gunsten erwachsen könnten. Kurzfristig würden die Vergeltungs androhungen von Seiten der vereinigten europäischen Mächte genügen, um die Existenz einer einflußreichen liberalen Lobby in den USA zu gewährleisten, wenn sie eine liberale Politik der USA auf die Dauer auch nicht sichern könnte. Mittelfristig gesehen hätte jedoch die Bildung eines europäischen Blocks die gegenteilige Wirkung; denn dieser Block würde durch die Erleichterung gesamteuropäischer Zusammenschlüsse und durch die Mobilisierung umfangreicher staatlicher Hilfsquellen für europäische Unternehmen, das europäische Kapital derart stützen, daß es im Ausland, sowohl in den USA als auch anderswo in riesigem Maßstab expandieren könnte. Binnen kurzem würden die Europäer eine derartig schwerwiegende Bedrohung für die Geschäfte amerikanischer Unternehmen in Latein-

amerika, Kanada, Australien, dem Nahen Osten und in den USA selbst darstellen daß viele Unternehmen mit ehemals liberalen Auffassungen gezwungen wären, sich an den amerikanischen Staat, zwecks Verteidigung ihrer Interessen in diesen Gebieten, zu wenden, selbst wenn der Preis einer solchen Verteidigung eine Einschränkung ihrer Tätigkeiten in Europa wären. Obwohl also die Bildung eines europäischen Blocks den amerikanischen Staat kurzfristig daran hindern könnte, zu forsch zugunsten des amerikanischen Kapitals zu intervenieren, hätte sie mittelfristig die gegenteilige Wirkung und diente nur dazu, den Druck zugunsten staatlicher Aktionen zu verstärken.

Aus der obigen Erörterung geht klar hervor, daß die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, sowohl hinsichtlich der Erschließung neuer als auch der Verteidigung bereits existierender Märkte und Versorgungsquellen, mehr und mehr von dem Gebrauch staatlicher Macht abhängen wird. Wenn aus dem einen oder anderen Grund die dem Kapital zur Verfügung stehende staatliche Macht seinen Bedürfnissen überhaupt nicht entspricht, dann wird dieses Kapital in der internationalen Konkurrenz nicht nur ernstlich benachteiligt sein, sondern es wird auch noch die staatliche Macht, über die es verfügt, nicht voll einsetzen, aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen anderer Staaten.

Um dieses Unvermögen zu überwinden, gibt es eine Reihe auf der Hand liegende Handlungsmöglichkeiten. Der betreffende Staat kann sich mit anderen Staaten verbünden oder gar vereinigen, wodurch er seinem Kapital größere staatliche Macht zur Verfügung stellt. Das britische Beitrittsgesuch zum Gemeinsamen Markt soll z.B. diesen beiden Zielen dienen. Das britische Kapital - in seiner Tätigkeit und Ausrichtung in hohem Maße international - braucht eine größere Staatsmacht, als sie Großbritannien allein bieten kann, und es fürchtet gleichzeitig, daß die staatliche Macht kontinentaleuropäischer Länder gegen es verwand wird, wenn Großbritannien außerhalb des Gemeinsamen Marktes bleibt. Wenn ein Bündnis oder ein Zusammenschluß von Staaten nicht zustande kommen, hat das Kapital die Alternative, seine Nationalität zu wechseln. So könnten z.B. bestimmte britische Unternehmen, die hauptsächlich in der US-amerikanischen Einflußsphäre operieren, ihre Nationalität ändern und amerikanisch werden, wenn der britische Staat seine Zustimmung gibt. Unter gewissen Umständen wäre selbst die Billigung der britischen Staatsseite unnötig.

Diese beiden Handlungsmöglichkeiten schließen einander natürlich nicht aus. Bündnisse können sogar den Nationalitätenwechsel erleichtern. Innerhalb des Gemeinsamen Marktes mag es z.B. für ein französisches Unternehmen relativ einfach werden, mit einem westdeutschen Unternehmen zu fusionieren und allmählich das Schwergewicht seiner Geschäfte und schließlich sein Hauptquartier nach Deutschland zu verlagern, wobei es de facto und eines Tages auch de jure westdeutsch wird. Bei einem Zusammenschluß von Staaten ist die Situation dagegen nicht so einfach, denn dann nehmen alle Kapitalien die "Nationalität" der neuen Einheit an. Diese Änderung wird jedoch auf die ursprünglichen Nationen und nationalen Kapitale nicht immer die gleichen Auswirkungen haben, und inwieweit man von einer wirklichen Änderung der Nationalität sprechen kann, wird von Land zu Land verschieden sein.

Auch wenn Änderungen der Nationalität sich schließlich als wichtig erweisen mögen, sind Bündnisse oder Zusammenschlüsse von Staaten wahrscheinlich - im Hinblick auf die wachsende Einheit des Gemeinsamen Marktes und das britische Beitrittsgesuch - von unmittelbarer Bedeutung. Bei seiner größten Ausdehnung könnte ein erweiterter Gemeinsamer Markt im Wesentlichen ganz Westeuropa umfassen, und bei seiner größten Perfektion - wären so viele grundlegende ökonomische und militärische Entscheidungen unwiderruflich zentralisiert, daß das daraus entstehende "Vereinte Europa" eine einzige Nation wäre. Diese Vereinheitlichung würde nicht nur die staatliche Macht, die dem europäischen Kapital zur Verfügung steht, beträchtlich vergrößern, sondern auch die 'Renationalisierung' der Tätigkeiten vieler europäischer Unternehmen nach sich ziehen und in ihnen ein viel größeres Interesse an der Gesundheit der neugeschaffenen "nationalen" Wirtschaft wecken. Alle westeuropäischen Märkte kämen unter die Kontrolle einer Macht, die der eines einzelnen Staates entspräche, und viele, vom Standpunkt der europäischen Unternehmen ehemals ausländischen Märkte, würden zu Binnenmärkten. Viele Unternehmen, die unter dem alten System getrennter europäischer Staaten international waren, würden unter dem neuen System "national" - der Großteil ihrer Produktion und ihres Umsatzes fände innerhalb der "nationalen" Grenzen eines Vereinten Europas statt. Diese Unternehmen hätten deshalb ein großes Interesse an einer rasch wachsenden "nationalen" Wirtschaft, selbst wenn der Preis dieses Wachstums ein Konflikt mit den USA oder einem anderen kapitalistischen Staat wäre. Das soll natürlich nicht heißen, daß alle diese Unternehmen ein gleiches Interesse am Wachstum ihrer ursprünglichen nationalen Wirtschaften hätten. Im Gegenteil, Kapital, daß sich auf die rückständigeren Gebite Europas oder auf diejenigen, in denen die Arbeiterklasse besonders militant war, stützt, würde in günstigere oder geeignetere Gegenden Europas abwandern, was möglicherweise verheerende Folgen für die zurückgelassenen Gebiete nach sich zöge.

Da die Prosperität des europäischen Großkapitals eng mit der der westeuropäischen Wirtschaft zusammenhängen würde und da es beträchtlichen Vorteil aus dem Gebrauch der europäischen Staatsmacht ziehen würde, würde es als "nationalistische" Kraft handeln, eine selbständige wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas begünstigen und sich auf die Anwendung staatlicher Macht im Ausland stützen. Das Verhältnis des europäischen Kapitals zum europäischen "Staat" wäre ganz dasselbe wie das des amerikanischen Kapitals zum amerikansichen Staat, und dieser europäische Staat träte deshalb gegenüber anderen Staaten selbständig auf, und würde, wenn nötig, im Interesse seines eigenen Kapitals rücksichtslos handeln. Ein vereinigtes Europa wird also das darstellen, was wir in Ermangelung einer besseren Bezeichnung "imperialistische Metropole" nennen können, d.h. es wäre selbständig und imperialistisch.

Es ist nicht notwendig, eine solche allumfassende westeuropäische Einheit vorauszusetzen, um daraus die Existenz anderer imperialistischer Metropolen als der USA abzuleiten. Wenn der bestehende Gemeinsame Markt sich bis zu dem Punkt vereinigte, wo entscheidende ökonomische und militärische Entscheidungen unwiderruflich zentralisiert wären, dann hätte das Kapital genau das gleiche Verhältnis zum "Staat", wie wir das im Falle eines Vereinten Europas feststellen konnten, und der Gemeinsame Markt würde eine einzige imperialistische Metropole darstellen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bilden eine Anzahl bestehender Nationen schon für sich selbst imperialistische

Metropolen . Die meisten Unternehmen, ob groß oder klein, die in Ländern wie Frankreich, Westdeutschland oder Japan beheimatet sind, sind und bleiben in einer starken Abhängigkeit von ihren heimischen Wirtschaften. Zu Zeiten ökonomischer Krisen werden diese Unternehmen ihr Hauptinteresse auf das Wachstum der Binnenwirtschaft richten und deshalb eine autonome Wirtschaftspolitik unterstützen. Darüber hinaus sind diese Staaten in der Lage, wesentlichen, wenn nicht gar völlig ausreichenden Schutz und Unterstützung der verhältnismäßig begrenzten Operationen ihrer Unternehmen im Ausland zu gewähren, entweder in Form direkter wirtschaftlicher oder gar militärischer Hilfe, so wie sie Japan seinen Unternehmen in Südost-Asien wahrscheinlich bietet, oder aber in Form von Vergeltungsmaßnahmen gegen ausländische Interessen in der Binnenwirtschaft, so wie sie kontinentaleuropäische Staaten ergreifen könnten, wenn Amerika den Importen aus Europa Beschränkungen auferlegt. Selbst bei Ausbleiben der europäischen Einigung, der idealen Lösung vom Standpunkt der meisten großen europäischen Unternehmen, wird es daher autonome, nicht -amerikanische Staaten geben, die ihre Macht nachdrücklich im Interesse ihres eigenen Kapitals benutzen werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wir wollen nicht versuchen, das oben gesagte zusammenzufassen, außer um festzuhalten, daß die Perspektive die der imperialistischen Rivalität ist, in der eine Anzahl relativ autonomer Staaten, die wir "imperialistische Metropolen" genannt haben, dadurch in Konflikt miteinander geraten, daß sie versuchen, ihre jeweiligen Kapitale zu unterstützen. Ob diese Metropolen aus bestimmten heutigen Nationalstaaten oder aus größeren Einheiten bestehen, wird von einer Reihe politischer und anderer Faktoren abhängen, von denen die meisten nicht erörtert wurden. Es gibt starke Kräfte, die die europäischen Staaten in ein immer engeres Bündnis treiben, aber ob dieses Bündnis fest genug ist, eine einzige richtige Metropole zu bilden, ist noch nicht klar. Wenn einige Nationalstaaten keine Verbündeten finden - Großbritannien ist dafür das hauptsächliche Beispiel -, werden sie relativ zweitrangig, wenn sie es nicht schon sind. Im Gegensatz zu den imperialistischen Metropolen könnte man sie "imperialistische Satelliten" nennen.

Der Grund, warum diese Länder Satelliten sind oder werden, liegt nicht notwendig in der Schwäche ihres Kapitals. Viel mehr kann in einigen Fällen den Interessen dieses Kapitals eine unzureichende Staatsmacht gegenüberstehen. Wo das große Kapital in großem Maßstab international operiert und der Staat relativ machtlos ist, ist die Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit anderen mächtigen Staaten von größter Wichtigkeit. Darum wird dieses Kapital sich in ökonomischen Angelegenheiten einer Politik widersetzen, die für die interne Bewältigung ökonomischer Krisen notwendig ist, weil diese Politik Gegenmaßnahmen anderer Staaten auslösen kann; und in der Außenpolitik wird es verhindern wollen, daß der Staat solche Länder brüskiert, von denen Wohlgesonnenheit es abhängig ist.
Obwohl diese Schlußfolgerungen wichtige Konsequenzen für die Einschätzung der Zukunft des imperialistischen Systems implizieren, werden wir sie hier nicht erörtern. Einen Punkt allerdings wollen wir festhalten. Die Schwierigkeiten und Chancen, denen sich die Arbeiterklasse und die revolutionären Bewegungen in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern gegenübersehen, werden z.T. davon abhängen, inwieweit das Großkapital sich darauf vorbereitet, in Krisenzeiten eine interne Lösung für die ökonomische Entwicklung zu unterstützen, d.h. inwieweit es sich als nationalistische Kraft verhält, wobei der Begriff "nationalistisch" so weit gefaßt werden muß, daß er Erscheinungen wie den Gemeinsamen Markt oder einen europäischen "Nationalismus" einschließt. In Metropolen, in denen das der Fall ist, besteht die Gefahr eines neuen "Sozialimperialismus", in dem die Arbeiterklasse - entsprechend den Vorteilen, die sie aus der internen Entwicklung zieht - das kapitalistische System akzeptiert und unterstützt oder zumindest die imperialistische Politik duldet. "Vorteile" brauchen natürlich keine tatsächlichen Verbesserungen des Lebenstandarts zu bedeuten. Im Gegenteil wäre in einer scharfen weltweiten Krise der Hauptvorteil einer internen Entwicklung eher die Dämpfung des Schlages gegen das Lebensniveau der Arbeiter, als dessen Verbesserung. Dagegen wäre in einem Satellitenstaat, wo das Großkapital nicht die interne Entwicklung fördert, sondern als kosmopolitische Macht handelt, die Handlungsfähigkeit des Staates stark eingeschränkt, und entsprechend wäre es in der Zeit der Krise erheblich schwieriger, der Arbeiterklasse Vorteile zu verschaffen. Tatsächlich könnte der Staat gezwungen sein, im Rahmen der internationalen Interessen des Großkapitals, die Krise durch einen Frontalangriff auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse zu bekämpfen.

ANHANG: PRODUKTIVITÄT UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Ernest Mandel sagt in seinem Artikel "Wohin geht Amerika": "Wenn die Konzentration der europäischen und japanischen Industrie zu Einheiten führt, die der Größe amerikanischer Einheiten entsprechen, mit den gleichen Dimensionen wie amerikanische Konzerne, dann wird sich die amerikanische Industrie schließlich in einer unmöglichen Lage finden. Sie wird dann dreimal so hohe Löhne zahlen müssen bei der gleichen Produktivität wie die Europäer und Japaner. Das wäre eine absolut unhaltbare Situation, und sie würde den Anfang einer gewaltigen Strukturkrise für die amerikanische Industrie darstellen." (8) Dieses Argument geht von zwei Annahmen aus, von denen beide nicht notwendig zutreffen: 1. Die Produktivitätssteigerungen in Europa und Japan werden nicht von entsprechenden Lohnsteigerungen begleitet sein; dadurch wird die Ausbeutungsrate dieser Länder steigen; 2. Ein Wachsen der Ausbeutungsrate in Europa oder Japan würde die Exporte dieser Länder billiger machen und daher ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem amerikanischen Markt steigern. Überprüfen wir diese Annahmen.

Die Ausbeutungsrate spiegelt das Verhältnis der Klassenkräfte wider. Eine Erhöhung der Produktivität wird also nur dann zu einer größeren Ausbeutungsrate führen, wenn die Arbeiterklasse zu schwach ist, um eine entsprechende Erhöhung der Reallöhne zu erkämpfen. Mandels Behauptung also, daß die Erhöhung der Reallöhne in Europa und Japan nicht den Produktivitätssteigerungen entspricht, die durch Zusammenschlüsse und Akkumulation hervorgebracht werden, geht von der stillschweigenden Annahme aus, daß die Arbeiterklassen dieser Länder schwach seien. Diese Annahme entspricht nicht den Auffassungen, die er sonst in seinen Arbeiten zum Ausdruck bringt, wo er richtig deren wachsende Stärke und Militanz betont.

Eine Steigerung der Ausbeutungsrate macht nur dann die Exporte nach Amerika wettbewerbsfähiger, wenn sie dazu führt, daß die Produktionskosten der exportierenden Länder fallen gegenüber den Produktionskosten in Amerika (gemessen in Dollar). Die Produktionskosten der exportieren-

(8) New Left Review 54, S.13

den Länder, gemessen in Dollar, sind bestimmt durch die Produktionskosten, gemessen in nationaler Währung und durch den Wechselkurs. Um daher zu wissen, wie sich die Steigerung der Ausbeutungsrate auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, müssen wir wissen: 1. wie sie sich auf die Produktionskosten auswirkt, gemessen in nationaler Währung; und 2. wie weit den Veränderungen dieser Kosten Veränderungen des Wechselkurses entsprechen. Untersuchen wir diese beiden Fragen - wobei wir der Bequemlichkeit halber die Produktionskosten, gemessen in nationaler Währung, als Geldkosten bezeichnen, und die Produktionskosten, gemessen in Dollars, als Dollarkosten.

Die Antwort auf die erste Frage ist einfach. Es gibt keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Veränderungen der Ausbeutungsrate und Veränderungen der Geldkosten. Eine Steigerung der Ausbeutungsrate kann begleitet werden vom Fallen, Anwachsen oder Gleichbleiben der Geldkosten. Welche dieser Möglichkeiten zutrifft hängt davon ab, wie weit die Arbeiterklasse die Unternehmer zwingen kann, ihre Geldlöhne entsprechend der Produktivitätsteigerung zu erhöhen, und wie weit die Unternehmer dem durch Erhöhung der Preise der Waren, die in den Konsum der Arbeiterklasse eingehen, begegnen können. Nehmen wir z.B. den typischen Fall, daß eine Arbeiterklasse, die auf ökonomischer Ebene stark genug ist, erhebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen, aber auf politischer Ebene zu schwach, die Preise zu beeinflussen. Wenn die Unternehmer die Preise genügend anheben, wird das Ergebnis ein inflationäres Wchstum sein, in dem die Produktivität schneller wächst als die realen Löhne und sowohl die Geldkosten wie die Preise steigen. Folgendes Beispiel soll das an Zahlen demonstrieren.

Die Produktivität steige um 15%, die Geldlöhne um 20% und alle Preise um 10%. Da die Steigerung der Reallöhne der Steigerung der Geldlöhne minus der Preissteigerung entspricht, steigen die Reallöhne um 20% - 10% = 10%. Das ist weniger als die 15%-Steigerung der Produktivität, und daher steigt die Ausbeutungsrate. Nehmen wir an, daß die Produktionskosten nur aus Lohnkosten bestehen, dann ist die Steigerung der Geldkosten gleich der Steigerung der Lohnkosten minus der Produktivitätssteigerung. Die Geldkosten steigen also um 20% - 15% = 5%. In diesem Beispiel steigen also die Geldkosten, obwohl die Ausbeutungsrate steigt.

Der Grund, das beides zusammen auftreten kann, ist einfach der, daß der Wert der Arbeitskraft nicht durch die Tarifauseinandersetzung bestimmt wird, die die Geldlöhne festsetzt, sondern auch durch die Möglichkeit der Unternehmer, die Preise zu bestimmen. Im gegebenen Beispiel waren die Arbeiter stark genug, um die Inflation zu verursachen, indem sie die Geldlöhne nach oben trieben, aber die Kapitalisten waren stark genug, um die Ausbeutungsrate zu erhöhen, indem sie die Preise erhöhten.

Wenn die Geldkosten rapide steigen und der Wechselkurs konstant bleibt, kann eine höhere Ausbeutungsrate dazu führen, daß die Dollarkosten rapide steigen. Dadurch würden die Exporte nicht mehr sondern weniger wettbewerbsfähig. Nun wird der Wechselkurs durch eine Reihe Faktoren bestimmt, z.B. durch die Fähigkeit des betreffenden Landes, im Ausland Schulden zu machen, oder durch die Handelsbilanz. Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang, durch den Veränderungen der relativen Geldkosten in verschiedenen Ländern durch Änderungen der Wechselkurse ausgeglichen werden. Steigende Geldkosten können also nicht mit Abwertungen ausgeglichen werden, und Dollarkosten könnten - als Resultat - steigen.

Von daher ist es klar, daß die Wirkung, die die gesteigerte Produktivität auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und japanischen Exporte hat, von der Militanz und Stärke der Arbeiterklassen dieser Länder und von der Flexibilität der Wechselkurse anhängt. Wenn die Wechselkurse so konstant bleiben, wie sie in der Vergangenheit gewesen sind, und wenn die Arbeiterklassen, wie es den Anschein hat, militanter werden, können die europäischen und japanischen Exporte weniger und nicht mehr wettbewerbsfähig werden.

Ein einfacherer Weg, um zu verstehen, daß das schnellere Wachstum der Produktivität nicht unbedingt eine Senkung der relativen Geldkosten zur Folge hat, ist die Untersuchung der letzten 1 1/2 Jahrezehnte. Tabelle 5 zeigt das Wachstum der Produktivität pro Kopf und Stunde (in %) in den USA, Westdeutschland und Japan zwischen 1956 und 1968. Die Produktivität stieg in Japan um 14%, in der BRD um 92% und nur um 53% in den USA. Die Geldlöhne pro Kopf und Stunde stiegen demgegenüber um 209%, 147% und 55%.

Zusammen ergaben die Steigerung der Produktivität und der Geldlöhne jeweils ein Wachstum von 2% in Lohnkosten pro produzierender Einheit in den USA, 30% in der BRD und 25% in Japan. Obwohl also die Produktivität in der BRD und Japan stärker stieg als in den USA, stiegen auch die Geldkosten stärker.

Bob Rowthorn

Roter Kalender
für Lehrlinge und Schüler 1972
Taschenkalender. 128 Seiten. Inhalt: Kalendarium mit brauchbaren oder lustvollen Hinweisen, Bildern, Comics. Alphabet für Freundesadressen. Lehrlingszentren, Rechtsanwälte, Pillen- und Drogeninformation. Ratgeber für Knast und Demonstrationen. Drucktechniken, Video, Super 8, Kapitalismus der BRD. Über Sozialismus. Literatur.
2.- Mark
Wagenbach
In jeder Buchhandlung. (Oder schreibt uns: Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 9.)

Amilcar Cabral über Portugal

Trotz einiger scheinbarer Veränderungen ist die Verschlechterung der politischen und ökonomischen Situation Portugals eine Tatsache, die sogar die portugiesischen Führungskräfte nicht verschleiern können. Hier muß man die bedeutendste Konsequenz der Kolonialkriege sehen, die Portugal in Afrika seit 10 Jahren führt. Es handelt sich um das heute noch dramatische, aber morgen für Portugal selbst zweifellos tragische Ergebnis der Politik seiner herrschenden Klasse, die nicht nur hartnäckig die Rechte der afrikanischen Völker und das internationale Völkerrecht verachtet, sondern auch bewußt gegen die Interessen des eigenen Volkes handelt.

Die demagogische Politik von Marcelo Caetano hat schon jetzt bankrott gemacht; die Kluft zwischen der herrschenden Schicht und den Volksmassen ist tiefer denn je; die portugiesische Gesellschaft wird immer häufiger durch immer heftigere Bewegungen erschüttert, die in der letzten Zeit bis zu bewaffneten revolutionären Aktionen geführt haben. (1) Der beschränkte und vereinzelte Charakter dieser Aktionen darf aber keine Illusionen schaffen: wenn eine Fraktion der portugiesischen Gesellschaft, und sei sie auch noch so sehr in der Minderheit, sich entscheidet, ihren Widerstand durch Gewalt auszudrücken (und das trotz des eingefleischten Nationalismus, ein bei den Portugiesen weit verbreitetes Charakteristikum), ohne dabei die Mißbilligung der Volksmassen hervorzurufen, dann kann das nur heißen, daß die Verschlechterung der sozio-ökonomischen und politischen Situation den Durchschnittsportugiesen bereits an die Grenze der Verzweiflung getrieben hat.

Marcelo Caetano hat die Politik Salazars in Afrika und auch in seinem eigenen Land fortgeführt und damit nicht nur die enttäuscht, die an seine politische Klugheit glaubten. Er hat die einzige Gelegenheit verpasst, oder ist dabei sie zu verpassen, die seit der Zeit der überseeischen Entdeckungen je ein Portugiese gehabt hat, nämlich seinen Namen mit einigem Glanz in die Geschichte eingehen zu lassen.

Da ihm der Sinn dieser Geschichte, wie auch die wahren Interessen des portugiesischen Volkes verschlossen blieben, kann er nach 3 Jahren der Machtausübung in seinen Reden und öffentlichen Stellungnahmen seine Ratlosigkeit, ja seine Verwirrung angesichts der Widersprüche in der "portugiesischen Welt" - so pflegt er hartnäckig sich auszudrücken - nicht mehr verbergen.

Die bescheidenen Reformen, die er angedeutet hat und die er in die neue Verfassung aufnehmen ließ, haben die wenigen "Liberalen" unter seinen Anhängern enttäuscht. Daher der plötzliche Konflikt anläßlich der Diskussion dieser Verfassungsreform in der Nationalversammlung, der, wäre der Parlamentarismus in Portugal etwas anderes als eine Karikatur, den Sturz der Regierung hervorgerufen hätte.
Die gallopierende Inflation, die Abnahme der Bevölkerung durch Auswanderung und Krieg, die Teuerung der Lebenshaltungskosten, wie auch die Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Hand, der Mangel an Arbeitsplätzen und die überalterte Struktur der Wirtschaft sind die tatsächlichen Konsequenzen der sinnlosen Kolonialpolitik, die ein Erbe Salazars ist.

Unter diesen Umständen versteht man die Haltung des portugiesischen Regierungschefs sehr gut. In einer Rede am 23. Juli dieses Jahres vor der Nationalversammlung erklärte er, "unglücklicherweise" sei er nicht in der Lage derjenigen Leute, die "mehr Freiheit im Namen von Grundrechten" fordern könnten; "auf meinen Schultern", fügte er hinzu, "lastet die Verantwortung für die nationale Verteidigung mit militärischen Operationen in drei überseeischen Provinzen mit einem Hinterland, in dem zwar keine Kämpfe stattfinden, das aber leicht verwundbar ist. Auf der internationalen Bühne vergeht kein Tag, ohne daß unsere Gegner einen neuen Schlag gegen uns führen. Dies zwingt uns zu ständiger Wachsamkeit, zu permanenter Anstrengung in diplomatischen Auseinandersetzungen, zur Beachtung der öffentlichen Meinung...".

In der selben Rede sprach er davon, daß "der Feind Unterstützung im Innern Portugals findet und sich jeden Tag mehr in die Schulen und Hochschulen, in die Streitkräfte und in die verschiedenen Organisationen einzuschleichen versucht", und erklärte dann weiter: "Obwohl wir diesen Gefahren ins Auge sehen müssen, müssen in erster Linie die wirklichen Bedürfnisse des Volkes beachtet werden: vom Kampf gegen die Inflation, die heute wie ein Krebs an der Wirtschaft aller Länder nagt, die Preisstabilität zerstört und die Lohnforderungen anstachelt, bis zum Problem der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation, die weder stagnieren darf noch kann, noch sich ausbluten lassen darf durch den Exodus ihrer Kinder; ebenso die Forderungen der Bevölkerung nach beruflichem Weiterkommen, einer Bevölkerung, die ja gerade bessere Möglichkeiten für Ausbildung und eine bessere Zukunft will. Für das alles braucht man Geld, und man hat, weiß Gott, Mühe, welches zu finden."

Dieses Lamento erlaubt in den Augen von Caetano, die Tatsache zu rechtfertigen, daß er nicht "so schnell" vorgegangen sei, wie seine "jungen Freunde" es wünschen. Wenn es auch wahr ist, daß "ein Jakobiner, wenn er Minister wird, nicht auch gleichzeitig ein Jakobineminister wird", wie es Caetano in der gleichen Rede ausdrückte, indem er auf die französische Revolution anspielte, so beweisen die vorgebrachten Argumente zur Genüge, daß ein Anhänger Salazars, wird er Präsident des Ministerrates, auch ein Salazar-Präsident wird. In der Tat vertritt Caetano trotz einiger Anwandlungen zur Liberalisierung und schüchterner Versuche, einen eigenen Stil zu finden, in jeder Hinsicht die Politik Salazars - die Starrköpfigkeit, mit der der Faschismus im Innern und der Kolonialismus in Afrika weitergeführt wird - die die Bedeutungslosigkeit der Ergebnisse von drei Regierungsjahren, besser ihr völliges Fehlen, erklärt.

Die Bilanz dieser drei Jahre hat Caetano in seiner Rede vom 27. September dieses Jahres gezogen, wo er die jenigen "Portugiesen, die würdig dieses Namens sind", aufruft, sich um die Regierenden zu scharen, "die ja durch

(1) In der Nacht vom 27. Oktober wurde das Hauptquartier der Nato nahe bei Lissabon am Vorabend seiner Einweihung stark beschädigt.

DIE vorliegende Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland knüpft an die im vorigen Jahr erschienene Geschichte der Russischen Revolution 1917 an.

Um die Ereignisse des Jahres 1917 verständlich zu machen, war es nötig, nicht nur die ökonomischen und politischen Voraussetzungen darzustellen, sondern auch die erste Revolution 1905 zu behandeln. Der Umfang des Buches erlaubte damals nur eine sehr knappe Schilderung des Bürgerkrieges in einem der Schlußkapitel, und es war notwendig, das Thema in einem besonderen Bande zu behandeln.

Der Bürgerkrieg in Rußland begann, äußerlich genommen, mit der deutschen Okkupation, mit der Landung der englischen Truppen in Murmansk, mit dem Kampf der Roten Garden gegen die erste organisierte russische Konterrevolution des Generals Kaledin im Jahre 1918. Er wäre jedoch nicht nur zeitlich, sondern auch in seinen Zusammenhängen zu knapp dargestellt, wenn wir nicht den Ereignissen vor und während der Oktober-Revolution 1917, insbesondere was die bewaffneten Kräfte dieses Zeitabschnittes anbetrifft, unsere Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Die Schilderung der wechselreichen Ereignisse des Bürgerkrieges wäre auch zu knapp gezogen, wenn wir nicht den Kampf an der Innenfront und den politischen Kampf an der Außenfront berücksichtigt hätten. Darum lassen wir vorerst nach der allgemeinen Einführung die Frage der bewaffneten Kämpfe des Oktober, den Kampf an der Wirtschaftsfront und schließlich den politischen Ausgangspunkt des offenen Krieges, den Kampf um den Frieden behandeln.

D. Moor (Moskau)

Du! Hast Du Dich schon freiwillig gemeldet?

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DES BÜRGERKRIEGS IN RUSSLAND 1918-1921
484 S. DM 15.-
Erstmals erschienen 1929 im Neuen Deutschen Verlag; Willi Münzenberg; Berlin
Der Band stellt die Fortsetzung der Illustrierten Geschichte der Russischen Revolution (Reprint im nK-Verlag) dar.
Von den selben Autoren wird hier die Geschichte des "Kriegskommunismus" dargestellt. Die Periode also, in der die russischen Arbeiter- und Bauernmassen die siegreiche Revolution gegen die einheimischen weißen Generäle sowie die militärischen Interventionen nahezu der gesamten internationalen Bourgeoisie verteidigen mußten.

CARO-DRUCK
69 HEIDELBERG
Lutherstraße 44a

sie gewählt wurden" (sic). "Wir versuchen mutig, den nationalen Problemen entgegenzutreten", erklärte er."Es ist uns gelungen, die überseeischen Provinzen gegen die Untergrundbewegungen zu verteidigen, die mehr und mehr von dieser unglaublichen Organisation, den sogenannten Vereinten Nationen ermutigt wird" (sic). ..."Wenn wir uns schon nicht im Kampf in unseren Überseeprovinzen entmutigen ließen, so haben wir erst recht im Mutterland jene nicht geduldet, die hier den Terrorismus verbreiten wollten."Die gleichen Ausdrücke, die gleiche Halsstarrigkeit....

Aber Marcelo Caetano weiß genau daß den Problemen entgegenzutreten nicht heißt, sie zu lösen. So erklärt sich, daß er, nachdem er dem traditionell armen portugiesischen Volk das Entwicklungsmodell eines traditionell reichen Europas vorgegaukelt hat, daran erinnert, um keine Träume aufkommen zu lassen, daß in Portugal "eine gefährliche Mentalität im Entstehen ist, die sich in leichtfertigen Ansprüchen äußert, die in keiner Weise den Realitäten und den Möglichkeiten des Landes entsprechen." Und es folgt das gewohnte Lamentieren: "Ich würde meine Pflicht, den Portugiesen die Wahrheit zu sagen, versäumen, wenn ich nicht daran erinnerte, daß wir in kritischen Zeiten leben, wo die nationalen Probleme verschärft wurden durch die beunruhigende Lage in der Wirtschaft und in der internationalen Politik. Niemand soll glauben, daß wir unbeschränkt über menschliche und materielle Resourcen verfügen."

WENIG INTERESSE FÜR ÜBERSEE

Ganz ohne jeden Zweifel wird das portugiesische Volk, das im Elend lebt und seine Kinder dem Dilemma der schleichenden Emigrati on und dem ruhmlosen Tod in den Kolonialkriegen ausgeliefert sieht, dieses Urteil nicht teilen.

Diese vielleicht etwas zu langen Zitate sollten durch die Worte des portugiesischen Regierungschefs selbst zeigen, wie wahr es ist, daß die Mythen, Taktiken, Lügen, Argumente und Ziele des faschistischen Regimes in nichts geändert wurden mit dem Verschwinden von Salazar. Die sozio- ökonomische und politische Verschlechterung der Lage der portugiesischen Gesellschaft, das Resultat der Kolonialkriege, ist eine Tatsache, die selbst die Klagen des Marcelo Caetano nicht mehr verschleiern können. Sich dieser Tatsache bewußt sein, ist von grundlegender Wichtigkeit im Rahmen der Perspektiven für die Entwicklung unseres Kampfes.

Noch viel realistischer als Caetano ist der vertrauliche Bericht des portugiesischen Generalstabs, der 1970 unter der Bezeichnung "Bericht der psychologischen Sektion Nr.15" ausgearbeitet wurde. In diesem Dokument, das im Detail die Tätigkeit der Befreiungsbewegungen und der portugiesischen Kreise, die gegen den Kolonialkrieg eingestellt sind, ebenso wie die Methoden, die Aktionen und die Ergebnisse des "psycho-sozialen" Krieges, analysiert, verraten die Autoren : "Das zahlenmäßige Anwachsen von Organisationen, die gegen die Regierung sind, und die Unruhe, die sie weiterverbreiten wollen, schaffen eine Atmosphäre der psychischen Unsicherheit, die die Aktivität der Studenten entfacht und das Land ansteckt, daß sich verwirrt zeigt und nicht weiß, was es tun soll, um seine Kinder auf den rechten Weg zurückzubringen."
Nachdem ausführlich Bezug genommen wird auf die sich von Tag zu Tag verschlechternde Situation in den Kolonialtruppen selbst, wo sich die Desertionen mehren und immer mehr Forderungen gestellt werden, schließt der erwähnte Bericht: "Der Feind (d.h. die Befreiungsbewegungen und die Kräfte, die gegen den Krieg sind, A.C.)hat seine Anstrengungen an allen Fronten vervollständigt, und sowohl innerhalb w i e außerhalb des Landes vermehrt. Im Mutterland zeigt die Bevölkerung im allgemeinen weiterhin wenig Interesse an dem überseeischen Krieg und weiß nichts von den Anstrengungen, die von den bewaffneten Streitkräften gemacht werden. Die studentischen Massen erweisen sich einer pazifistischen Propaganda stark zugänglich. Die Masse der Arbeiter, die die großen nationalen Probleme nicht kennen, läßt sich leicht fortreißen von einer Propaganda, die höhere Löhne und bessere soziale Einrichtungen fordert. Die am weitesten entwickelten Gruppen bleiben weiterhin Zentren der Untergrundbewegung, und die Organisationen, die auftauchen, beweisen große Wirksamkeit. In Übersee steht im allgemeinen die eingeborene Bevölkerung der Umsturzbewegung weiterhin positiv gegenüber, besonders wenn diese beweist, daß sie eine gewisse Macht hat, oder wenn die geographischen Gegebenheiten die Tätigkeit unserer Truppen erschweren oder unmöglich macht. Die eingeborene Bevölkerung am Rande der großen Städte, die im allgemeinen die Stammeszugehörigkeit aufgegeben hat, ist der feindlichen Propaganda weiterhin sehr zugänglich. Die europäische Bevölkerung demonstriert weiterhin offen ihr Engagement für der Krieg, aber sie nimmt an dem Kampf gegen die Umsturzbewegungen nur teil, wenn ihre materiellen Interessen direkt bedroht sind. Die psychologische Situation ist sowohl im Mutterland wie auch in Übersee prekär."

In einer solchen Situation, die sich von Tag zu Tag auf allen Ebenen verschärft, kann man sich fragen , warum die portugiesische Regierung, die sich der Schwierigkeiten bewußt ist, denen sie sich gegenüber sieht, hartnäckig auf ihrer sinnlosen und verbrecherischen Politik beharrt, die darin besteht, mit dem Kolonialkrieg die Herrschaft über die afrikanischen Völker verewigen zu wollen. Es ist nicht schwierig zu erkennen, daß die wichtigsten Gründe für die unveränderte Kontinuität der portugiesischen Kolonialpolitik auf den folgenden Tatsachen beruhen:
1. Die chronische und charakteristische Unterentwicklung Portugals, das, da es nicht über eine taugliche ökonomische Infrastruktur verfügt, sich unfähig erweist, einen Dekolonisationsprozeß zu konzipieren, wo die Interessen der herrschenden Klasse Portugals im Rahmen einer neokolonialen Politik oder einer wirksamen Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Mächten sichergestellt wären.
2. Die hemmende Wirkung einer fast ein halbes Jahrhundert andauernden faschistischen Herrschaft auf eine Gesellschaft, die durch ihre Geschichte hindurch niemals wirklich (oder in erwähnenswertem Maße) die Menschenrechte , die Freiheit und die Demokratie gekannt hat.
3. Die Herrschaftsideologie der herrschenden Klasse Portugals und die Unkenntnis, die Mythen, die Dogmen, die Vorurteile und der beschränkte Nationalismus, die die Kultur breitester Bevölkerungsschichten in Portugal charakterisieren, die jahrhundertelang der Doktrin von der Überlegenheit des Europäers und der Unterlegenheit des Afrikaners unterworfen waren, ebenso wie dem Mythos der "zivilisatorischen Mission" der Portugiesen gegenüber den afrikanischen Völkern, die als "Wilde" eingestuft wurden.
Trotz einiger Anwandlungen, die die portugiesischen Kolonialisten mit ihren Ideen von "mehrrassigen Gesellschaften" hatten, läuft eine solche Doktrin, der man in letzter Zeit das Schreckensbild des "kommunistischen Umsturzes" hinzufügte, schließlich auf ein primitives Regime hinaus, dem jede Legitimation fehlt.

Der rassistische Charakter der portugiesischen Herrschaft zeigt sich weitgehend in der Verachtung der kulturellen Werte Afrikas, ebenso wie in den niedrigsten Verbrechen, die von den Behörden und den portugiesischen Siedlern im goldenen Zeitalter des Kolonialismus begangen wurden. Er zeigt sich noch heute in den Grausamkeiten der Kolonialtruppen. Vor dem Hintergrund der afrikanischen Widerstandsbewegung tendiert aber der rassistische Charakter der portugiesischen Herrschaft dazu, sich im Paternalismus zu manifestieren und in der heuchlerischen Sorge, den sozialen Fortschritt der Afrikaner im Rahmen der portugiesischen Nation verwirklichen zu wollen.

DIE PILLE FÜR JEDE FAMILIE ?

Der portugiesische Rassimus, der einer der subjektiven Gründe für die Fortdauer der Kolonialkriege ist, hat seine schärfste Ausprägung in den oberen Schichten der herrschenden Klasse. So behauptet General Kaulza de Arriaga, eine der hervorstechendsten Persönlichkeiten der portugiesischen Kolonialverwaltung, Kommandant der Kolonialtruppen in Mozambique und nächster Anwärter auf den Posten des Präsidenten der Republik, in Bezug auf die portugiesischen Strategie: (Band XII von "Lektionen der Strategie", Vorlesungen der Hohen Kommandantur 1966-67) "Die Umsturzbewegung ist ein Krieg der Intelligenz. Man muß ziemlich intelligent sein, um den Umsturz vorzubereiten, nicht jeder ist fähig dazu. Nun sind gerade die schwarzen Völker nicht sehr intelligent. Im Gegenteil, von allen Völkern der Welt sind sie am wenigsten intelligent." (sic) Der Autor ist der Ansicht, daß der "Export afrikanischer Sklaven nach Brasilien eine gute Sache war" und daß "die Stammesgliederung der schwarzen Bevölkerung für die portugiesische Strategie günstig ist," Er verrät in denselben "Lektionen" in seiner ganzen Grausamkeit das Hauptziel der gegenwärtigen portugiesischen Kolonialpolitik: die breite Herrschaft über die schwarze Bevölkerung zu erhalten.
Nachdem Kaulza de Arriaga bemerkt hat, daß die Gefahr im zahlenmäßigen Anwachsen der "gebildeten Schwarzen" liegt, fährt er fort: "Wir werden die weiße Herrschaft, unser nationales Ziel, nur dann aufrechterhalten, wenn die weiße Besiedlung sich in einem Rhythmus vollzieht, der die Produktion von gebildeten Schwarzen begleitet und sogar leicht übersteigt. Denn tritt das Gegenteil ein, wird die weiße Besiedlung von der Produktion gebildeter Schwarzer überholt, könnten fatalerweise zwei Dinge eintreten: entweder wir werden die Apartheid einführen müssen, die schrecklich sein wird und die wir nicht aufrechterhalten könnten, oder wir werden schwarze Regierungen bekommen, mit allen Konsequenzen, die dies mit sich bringt."

Der rassistische Herr erklärt anschließend die adäquate Taktik, um eine solche Entwicklung zu vermeiden:
"Die weiße Besiedlung zielt nicht auf ein Gleichgewicht mit dem demographischen schwarzen Potential insgesamt, sie zielt auf ein Gleichgewicht mit den gebildeten Schwarzen ab....Und da wir Gott sei Dank nicht einmal die Möglichkeit haben, alle Schwarzen auszubilden, ist es möglich - es ist fast sicher - daß wir dort (in Afrika, A.C.) Weiße in solcher Menge ansiedeln, daß dies die Zahl der gebildeten Schwarzen ausgleicht." Er unterstreicht zusätzlich: "Wir werden nicht zu erfolgreich sein in der Produktion gebildeter Schwarzer, denn wir müssen sie zwar ausbilden, aber man soll auch nicht übertreiben."

Auf dieser Basis verrät der General, der Anwärter auf die Präsidentschaft ist, die Hauptlinie der gegenwärtigen Strategie in Afrika: "Zuerst Anwachsen der weißen Bevölkerung; dann Einschränkung des Wachstums der schwarzen Bevölkerung." Angesichts dieses schwierigen Problems und überzeugt vom Mythos der Fruchtbarkeit des Afrikaners schlägt er, wenn auch im negativen Sinne, die Anwendung der wissenschaftlichen Geburtenkontrolle vor:
"Dies ist offensichtlich ein außerordentlich schwieriges Problem, denn wir können nicht an jede schwarze Familie Anti-Baby-Pillen verteilen....was wir jedenfalls tun können ist das Wachstum der schwarzen Bevölkerung nicht zu begünstigen."

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE NATO

Eines der Hauptziele der portugiesischen Kolonialkriege in Afrika wird so deutlicher: da es gegenwärtig unmöglich ist, die Geburtenzahl zu beschränken, um den Vorrang der weißen Besiedlung zu garantieren, hält man sich an die physische Vernichtung der Bevölkerung durch die täglich intensiveren Luftbombardements, den Einsatz von Napalm undanderen Mittelnzur massiven Vernichtung des afrikanischen Menschen im Rahmen der Politik des vorsätzlichen Völkermords.

Dieses Ziel, dessen Realisierung am wirksamen bewaffneten Widerstand der Völker der portugiesischen Kolonien scheitern wird, die durch die afrikanische und internationale Solidarität unterstützt werden, verrät jedoch in seinem ganzen Ausmaß den verbrecherischen Charakter der moralischen, politischen und materiellen Unterstützung die Portugal von seinen Alliierten im Rahmen der Nato oder im Rahmen zweiseitiger Abkommen erhält. In Wirklichkeit ist es heute für niemanden mehr ein Geheimnis, daß die portugiesische Regierung ohne die Hilfe ihrer westlichen rassistischen Alliierten keineswegs die Kolonialkriege in Afrika führen und weiterhin die legitimen Hoffnungen des portugiesischen Volkes auf Frieden und Fortschritt unterdrücken könnte.
Im vollen Bewußtsein der Lage, in der sich der Feind unseres Volkes befindet, und in Kenntnis der Faktoren und der inneren und äußeren Umstände, die seine verbrecherische Haltung ermöglichen und bedingen, müssen wir in jedem Moment die Situation unseres Kampfes und die Perspektiven seiner Entwicklung analysieren.

Amilcar Cabral
(aus: AfricAsia, **Nr. 53**)

Rechtshilfefonds

9980 Volksbank Heidelberg

IMPERIALISTEN PLANEN ÜBERFALL AUF GUINEA-BISSAO

TELEGRAMM AMILCAR CABRALS AN DAS KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA, HEIDELBERG

(aus dem Französischen übersetzt)

Conakry, 9.11.1971

Verzweifelt über die großen Siege unserer Partei in diesem Jahr, entfesselten die verbrecherischen portugiesischen Kolonialisten seit dem Monat August eine Welle von Luftangriffen gegen die friedliche Bevölkerung in unseren befreiten Gebieten. Bis Ende Oktober wurden 38 Dörfer zerstört, 7 Frauen und 8 Kinder getötet und 28 verletzt. Kein Terror wird unser Volk in seiner Entschlossenheit erschüttern, den gerechten Kampf für Freiheit, Frieden, Fortschritt und Menschenwürde fortzusetzen. Wir möchten Sie hiermit informieren, daß die portugiesischen Kolonialisten sich fieberhaft darauf vorbereiten, noch vor der nächsten Ernte unsere Pflanzungen durch chemische Giftstoffe zu vernichten mit dem eindeutigen Ziel, unseren Kampf durch Hunger zu beenden. Angesichts der drohenden Entwicklung bitten wir Sie, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen möglich sind, um dieses ungeheuerliche Verbrechen gegen Afrika und gegen die Menschlichkeit - noch bevor es ausgeführt wird - anzuklagen und zu verurteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Amilcar Cabral

Heute vor einem Jahr, am 22. November 1970, griff die portugiesischen Kolonialisten die Republik Guinea an. Sie bedienten sich dabei afrikanischer Söldner. Ihr Ziel war es, die Regierung der Republik Guinea zu stürzen und gleichzeitig die Kämpfer der PAIGC, der Befreiungsfront von Guinea Bissao, ihrer einzig sicheren Basis im Hinterland zu berauben. Durch sofortige Volksbewaffnung und den organisierten Widerstand des guineischen Volkes konnte dieser Angriff abgeschlagen werden.

Jetzt scheint sich ähnliches anzubahnen. Amilcar Cabral, der Führer der guineischen Befreiungsfront, ruft in einem Telegramm die deutsche Öffentlichkeit auf, die jetzt geplante Offensive der imperialistischen Großmächte gegen Guinea frühzeitig anzuprangern.

Was schon 1970 deutlich war, gilt auch heute. Es handelt sich nicht um eine isolierte Aggression Portugals gegen das guineische Volk, sondern um eine lange geplante Aktion der imperialistischen Großmächte, die ihren Hintergrund in den ökonomischen, politischen und militärischen Interessen der USA, Englands, Frankreichs der BRD und den übrigen imperialistischen Staaten hat. Vier Interessenkomplexe vor allem diktieren den imperialistischen Mächten die Notwendigkeit, mit militärischen Terror gegen den demokratischen Befreiungskampf des Volkes von Guinea Bissao vorzugehen, und ebenso die Republik Guinea, die die PAIGC am nachhaltigsten unterstützt, anzugreifen.

1. Der bevorstehende Sieg des Volkes von Guinea-Bissao wird dem Befreiungskampf in den ökonomisch viel bedeutenderen portugiesischen Kolonien - Angola und Mozambique - großen Auftrieb verleihen.

2. Seit der Schließung des Suez-Kanals hat die Kap-Route für den Öl-, Waren- und Truppentransport der europäischen Nato-Länder verstärkte Bedeutung erhalten. Da diese Route nicht im Nato-Gebiet liegt, gilt sie als "militärisch leicht verwundbar". General Lemnitzer, ehemaliger Nato-Oberbefehlshaber, bekundet seine Bewunderung für den Kampf der portugiesischen Truppen ganz offen: "Die Portugiesen kämpfen nicht nur für Prinzipien, sondern für die unentbehrlichen Rohstoffe und Basen, die nicht nur von großer Wichtigkeit für Europa, sondern für den gesamten Westen sind!"

3. Die Kap-Verdischen Inseln stellen mit der Schiffsbasis San Vincente und der Flugbasis Sao den einzigen Nato-Stützpunkt in diser Region dar. "In einer Zeit, in der die russische Flotte im Mittelmeer von Tag zu Tag wächst, und wo Rußland sucht, Militärstützpunkte zu errichten, kann niemand die Bedeutung entgehen, die der Besitz der Kapverdischen Inseln in rußlandfreundlichen Händen darstellt. Europa wäre dann eingeschlossen." (Ministerpräsident Caetano am 27. Nov. 1968 vor der Nationalversammlung)

4. Die weitere Garantierung der Herrschaft über Guinea-Bissao ist ein wichtiges Element in dem imperialistischen Gesamtplan, der auf die koloniale Wiedereroberung Schwarzafrikas abzielt und dessen Ausgangspunkt die Bastionen der weißen Minderheitsregierungen in Südafrika, Rhodesien und den portugiesischen Kolonien bilden

In diesem Kampf gegen die afrikanischen Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen benötigen ihre Hauptagenten Südafrika und Portugal starke Bündnispartner. Portugal wäre nicht in der Lage, längere Zeit den bewaffneten Kampf der Völker von Angola, Guinea und Mozambique Widerstand zu leisten, wenn es nicht von drei Seiten her über internationale Unterstützung verfügte. Über die militärische Organisation der NATO, die finanzielle und

militäri che Macht der unmittelbar an der Ausbeutung der kolonialen Reichtümer interessierten westlichen kapitalistischen Länder und zuletzt über das System gegenseitiger Verteidigung auf der Basis der Achse Pretoria-Salisbury.

Ein sehr wichtiger Bündnispartner im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen ist die BRD. So erhält Portugal 1970 aus der Bundesrepublik: mehrere Fiat G-91, M G s, Granatzünder, 3 Fallschirmjäger Transportflugzeuge NORATLAS, 3 Korvetten, ca. 1000 UNIMOG-Militärfahrzeuge. 1971 berichtet eine portugiesische und mehrere andere europäische Zeitungen, was Afrikaner zuvor schon bekannt gemacht haben, daß deutsche Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände in den portugiesischen Kolonien eingesetzt werden. Die Bundesregierung beschloß zwar keine Waffen mehr in Drittländer zu liefern, aber am 27. Oktober 1971 konnte man in der Frankfurter Rundschau lesen, daß der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Armin Halle, erklärt hat, daß Portugal weiterhin militärische Ausrüstungsgegenstände erhalten wird.

Der Verdacht, daß die BRD, wie 1970 auch dieses Mal wieder an den Vorbereitungen für einen Überfall auf Guinea beteiligt ist, ist nicht von der Hand zu weisen. Damals wurden von Guinea die westdeutschen "Entwicklungshelfer" ausgewiesen, was die Bundesregierung vielleicht aus Furcht vor einer Aufdeckung ihrer Beteiligung, mehr oder weniger unwidersprochen hingenommen hat.

Die scheinbar zweigleisige Politik des BRD-Kapitals, zum einen die offene Unterstützung der imperialistischen Aggression, zum anderen die scheinbare Unterstützung der Befreiungsbewegungen mit humanitärer Hilfe durch die Friedrich-Ebert-Stiftung sind nur zwei Seiten der gleichen Taktik: Die Sicherung der besonderen Kapitalinteressen der BRD in Afrika. So in Mozambique etwa der Caborra-Bassa Damm, in Angelo die riesigen Eisenerz Vorkommen, in Südafrika die Diamantenminen und die billigen Arbeitskräfte oder in Guinea-Bissao die militärische Bedeutung, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen. Andererseits soll zugleich mit einem "freundschaftlichen Verhältnis" zu den Befreiungsbewegungen gewährleistet sein, daß auch nach ihrem Sieg die Möglichkeit für intensive Kapitalinvestitionen gegeben sind. Diese Politik des BRD Kapitals macht deutlich, was im Mittleren Osten, Lateinamerika oder Indochina zum Tragen kommt: die eindeutig imperialistische Politik der BRD gegenüber den Völkern der Dritten Welt.

Gegen imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung haben die Befreiungsbewegungen schon lange den bewaffneten Kampf organisiert. Amilcar Cabral stellt in einem Interview, das er auf der internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien in Rom 1970 gegeben hat, die Prinzipien der guineischen Befreiungsfront fest: " Wir haben Prinzipien für unseren Kampf. Wir kämpfen für die völlige Befreiung unseres Landes, für Unabhängigkeit, für unser Recht, unsere eigene Geschichte zu haben, unsere Geschichte selbst zu bestimmen. Wir glauben, daß wir jede Art neuer Ausbeutung unseres Volkes vermeiden müssen - durch Ausländer oder durch Einheimische.
Wir sind entschlossen ein Leben aufzubauen, in dem unser Volk die Regierung des Landes in der Hand haben wird. In Demokratie und Gerechtigkeit und mit sehr viel

Die
Deutsche Volkszeitung
steht
links.

Die
Deutsche Volkszeitung
ist kritisch –
und
konstruktiv.

Die
Deutsche Volkszeitung
kämpft
auf
der
Seite
des
demokratischen
Fortschritts.

Sie
müssen
sie
kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Arbeit, denn ohne Arbeit erreicht man nichts. Wir glauben auch, daß es die Angelegenheit unseres Volkes ist, morgen oder übermorgen zu entscheiden.
Ich kann ihnen jedoch versichern, daß unsere Partei fest entschlossen ist, im Interesse unseres Volkes zu handeln. Wir haben bereits festgestellt, daß wir nach unseres Unabhängigkeit bereit sein werden, mit allen Staaten oder Völkern der Welt zusammenzuarbeiten, aber mit einer Bedingung: Wir werden nie wieder die Beherrschung unseres Volkes akzeptieren."

Amilcar Cabral antwortet auf die Frage, wie der Kampf der Völker Angolas, Mozambiques und Guineas am wirksamsten zu unterstützen sei:
"Aber wir glauben, daß die Bevölkerung in der BRD die Journalisten, die Demokraten, alle progressiven Menschen und alle, die Gerechtigkeit und Freiheit lieben, etwas für uns tun können:
1. Handeln, um die finanzielle, militärische und alle anderen Arten materieller Hilfe ihres Landes für Portügal zu verhindern;
2. Den portugiesischen Kolonialismus und die Verbrechen der portugiesischen Kolonialisten überall anzuprangern und wenn nötig, gegen den portugiesischen Kolonialkrieg zu demonstrieren.

Die Öffentlichkeit muß über die Gründe und den gerechten Charakter unseres Kampfes informiert werden. Wir glauben auch, daß sie möglicherweise viele Dinge sammeln können, um sie uns zu schicken: Medikamente, Kleidung und andere Güter. Denn wir sind ein armes Land und führen einen sehr harten Kampf, aber wir werden siegen, das ist sicher."

Komitee Südliches Afrika

Spendenkonto: Heidelberger Volksbank Kto.Nr. 29940

ROTE-PUNKTE-AKTIONEN

ZUR KRITIK DES REFORMISMUS IN DEN AKTIONEN GEGEN DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR

Wie fast alle Rote-Punkte-Aktionen (RPA) nach 1969 mußte auch die Heidelberger Aktion dieses Jahres vom 1.-4. September abgebrochen werden, ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Nach einer Vorbereitungskampagne von mehreren Monaten, während der eine Demonstration von 3 000 Heidelbergern stattfand und in der innerhalb einer Woche fast 30 000 Unterschriften gesammelt wurden, gelang es nicht die Protestaktion so zu entwickeln, daß Fahrpreiserhöhungen und die damit verbundenen Fahrplanverdünnungen bei den Heidelberger Straßenbahnen und Bussen verhindert werden konnten. Vom ersten Tag an verhinderte ein massives Polizeiaufgebot von 800 bis 1 000 Mann die Durchsetzung einer wirksamen Blokkade. Zugleich griff die Polizei auch den sich entwikkelnden Boykottverkehr der Privatautos an, bedrohte Helfer und nahm sie fest und zeigte Autofahrer an, wenn sie an den Rote-Punkte-Stationen hielten.

Diese äußere kräftemäßige Unterlegenheit wurde durch eine entscheidende politische Schwäche der Demonstranten ergänzt: einerseits wurde die Masse der Autofahrer und Straßenbahnbenutzer, die der Aktion 1969 zum Erfolg verholfen hatten, eingeschüchtert, andererseits blieb auch jede organisierte Beteiligung aus der Heidelberger Arbeiterschaft aus, die allein den für den Erfolg notwendigen Druck auf DGB-und SPD-Führung hätte ausüben können. Am 2. und 3. Tag wurde deutlich, daß die Aktion noch lange als Katz-und-Maus-Spiel von Polizei und einer langsam abnehmenden Zahl von Demonstranten weitergeführt werden konnte, ohne daß damit ihre Erfolgsaussichten gewachsen wären. Sie wurde deshalb am 4. Tag auf einer Aktionsbesprechung durch Mehrheitsbeschluß abgebrochen.

Im Verlauf dieser Aktion und im Vergleich mit der erfolgreichen Heidelberger RPA von 1969 wird klar, daß der Aktionstypus Roter Punkt und die spontane Protestbewegung, die sich in dieser Aktion verwirklicht, selber einer bestimmten Etappe der Klassenentwicklung in der BRD zuzuordnen ist. Der reformistische und illusionäre Grundcharakter dieser Aktionsform wird in dem Maße deutlicher, in dem das westdeutsche Proletariat beginnt, bewusst als Klasse zu handeln und seine ökonomischen und politischen Kämpfe selbständig zu führen, und andererseits der westdeutsche Staat sich mehr und mehr auf die gezielte Unterdrückung von oppositionellen Bewegungen vorbereitet und die Entfaltung breiter Protestbewegungen von vorneherein zu ersticken versucht.

Die Kommunistische Gruppe (NRF), die in der Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen RPA die führende Rolle innehatte, hat die besonderen historischen Bedingungen der RPA 1969 und deren Veränderungen nicht ausreichend analysiert, und dadurch eine Reihe von Fehlern gemacht, die verhindert haben, daß die Entlarvung der und die Aktion gegen die massenfeindlichen Maßnahmen von Stadt- und Staatsbürokratie zur schärferen Klassenpolarisierung und zur weiteren Entwicklung von politischem Klassenbewusstsein im Proletariat des betroffenen Gebiets geführt haben. Diese fehlende vorbereitende Analyse und der Versuch, an die RPA von 1969 anzuknüpfen, führte auch dazu, daß letzten Endes Auseinandersetzungen, die sich aus der Fraktionierung der Heidelberger Studentenbewegung nach dem Verbot des Heidelberger SDS fortschleppten, die Entwicklung der Aktionen beeinflußten, und daß Gruppen, wie die hier an sich schwache DKP und das einigemaßen skurrile reformistische Lokalgewächs SHS ("Sozialistischer Heidelberger Studentenbund") einen Einfluß auf die Aktion hatten, der ihre zahlenmäßige und politische Bedeutung weit überstieg.

Im folgenden soll versucht werden, an den Aktionen von Heidelberg und Hannover von 1969 und einigen Aktionen dieses Jahres allgemein Erscheinungsformen der RPA und die politischen Tendenzen, die sich in ihnen äußern, zu interpretieren. Der Artikel dient zugleich der Selbstkritik der Kommunistischen Gruppe. Die Rolle anderer marxistisch-leninistischer Gruppen in den verschiedenen

Städten wird nicht ausdrücklich erwähnt. Sie hatten oft keinen entscheidenden Einfluß auf die von DKP und Jusos geführten Aktionen oder haben vielfach ähnliche Fehler gemacht wie die Kommunistische Gruppe (NRF). Einige wenige haben den Aktionstyp von Anfang an richtig kritisiert (1).

DIE HEIDELBERGER AKTION VON 1969

Die Aktion stand politisch unter der Führung der Studentenbewegung, dem SDS und dem von ihm getragenen AStA der Universität. Sie weitete sich schnell zu einer breiten Bewegung aus, an der fast alle Schichten der Bevölkerung teilnahmen und an deren Ende selbst die Heidelberger DGB-Spitze, die diese Aktion anfangs bekämpft hatte, begann, auf die Stadt Druck auszuüben, weil sie nach eigenen Aussagen nicht mehr garantieren konnte, daß nicht Teile der Heidelberger Arbeiterschaft geschlossen in die Aktion eingreifen würden. Stadtverwaltung und Landesregierung verhielten sich unsicher, versuchten antikommunistische und faschistische Ressentiments zu wecken, um die Aktion zu spalten, wagten aber zugleich nicht, die Polizei scharf einzusetzen, um die Straßenbahnblokkaden zu brechen. Die Einstellung des gesamten Bus- und Straßenbahnverkehrs sollte schließlich das Transportsystem der Stadt zum Erliegen bringen, führte stattdessen aber dazu, daß der Rote Punkt als Symbol solidarischer gegenseitiger Hilfe aller Teile der Bevölkerung in einer Krise wirkte, die durch die Fahrpreiserhöhungen ausgelöst worden war und die nur noch durch die Rücknahme dieser Erhöhungen gelöst werden konnte.

Wie die etwa zur gleichen Zeit stattfindende, sehr viel bekanntere RPA von Hannover, war die Heidelberger Aktion gekennzeichnet durch eine allgemeine Atmosphäre der Klassenversöhnung, in der gerade auch solche Elemente als Wagenbesitzer oder Verkehrsordner sich beteiligten, die in anderen Situationen bereit waren, gegen fortschrittliche Demonstrationen vorzugehen. Das Gewicht und der politische Einfluss der sozialistischen Studenten in der relativ kleinen Stadt und bei der Durchführung dieser Aktion verhinderten bis zu einem gewissen Grade, daß die Heidelberger Aktion wie in Hannover durch die Presse und zum Teil durch die Verwaltung selbst übernommen wurde. Der Erfolg der Aktion galt als politischer Erfolg des SDS. Der Heidelberger OB Zundel wertete die von einer Massenbewegung unter der politischen Führung der sozialistischen Studenten erzwungene Rücknahme einer Verwaltungsmaßnahme, das Außerkraftsetzen gewöhnlicher Entscheidungswege der Verwaltung als "Niederlage der Demokratie", während der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger die Gefahr "eines schweren Autoritätsverlustes" zum Nachteil der Stadtverwaltung sah. (2)

Der SDS seinerseits war sich des ambivalenten Charakters der RPA weitgehend bewusst. Von Anfang an versuchte er in der Vorbereitung der Aktion und in ihrem Verlauf eine antikapitalistische Agitation und Propaganda zu entfalten. Die Finanzpolitik der öffentlichen Hand und damit die Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr wurde als Teil staatlicher Umverteilungsmaßnahmen dargestellt, die Kapitalisten als Hauptnutznießer des Transports der Ware Arbeitskraft und der Käufermassen beschrieben. Die Hauptparolen der damaligen Aktion waren daher: Zahlt Straßenbahn und Busse aus den Profiten der Unternehmer, und: Freie Fahrt zum Arbeitsplatz.

Ausgehend vom ambivalenten Charakter der Straßenbahnaktionen wurde gerade in der letzten Phase der Aktion versucht, die spezifischen Interessen des Proletariats zu betonen, die RPA zum Teil einer langfristigen Mobilisierungskampagne zu machen, in der durch die Entlarvung und wirksame Bekämpfung des Staates als Dienstleistungsbetrieb für das Kapital es darauf ankommt, "den tatsächlichen psychologischen Bewusstseinszustand der Proletarier, der auf die Konsum sphäre fixiert ist, in Klassenbewußtsein zu transformieren, das den Kampf gegen das Kapital auch im Betrieb aufnimmt" (3). In dem Artikel zum Abschluss der RPA in den Roten Kommentaren, der damaligen Betriebszeitung des SDS, vom 23.6.69 wird festgestellt, daß nur der Kampf in den Betrieben verhindern kann, daß künftige RPA die eigentlichen Nutznießer des öffentlichen Nahverkehrs, die Kapitalisten, ungeschoren lassen, und daß allein der Streik, der Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten, helfen kann, die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" durchzusetzen.

Trotz der gewandelten theoretischen Einschätzung des Verhältnisses von Studentenbewegung und Proletariat, von ökonomischem und politischen Kampf, die Grundlage der Politik der Kommunistischen Gruppe (NRF) seit ihrer Gründung ist, knüpfte sie doch in der Vorbereitung der Aktion von 1971 praktisch an diesen Abschluß der 69er Aktion an und blieb den Erinnerungen und der Erfahrungswelt der damaligen Aktion bis ins Detail verbunden (4).

In der zitierten Formulierung über das politische Ziel von 69 reflektiert sich das politische Selbstverständnis der damaligen Studentenbewegung als politischer Avantgarde: Über politische Angriffe auf den Staat ausserhalb der Betriebe sollte Klassenbewusstsein geweckt werden, "das den Kampf gegen das Kapital auch im Betrieb aufnimmt". Die durch den Manipulationszusammenhang des "Spätkapitalismus" gestörte Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf sollte mit gezielten Aktionen gegen den Staat als den politischen Sachwalter des Kapitals durch die sozialistischen Studenten wieder in Gang gesetzt werden.

Dieser Versuch, die Straßenbahnaktionen "mit dem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital zu vermitteln", und den "politischen Kampf auf der Straße auch als ökonomisches Kampfmittel ... auszuweisen" (5), repräsentierte damals den fortgeschrittensten Stand der Selbstkritik der Studentenbewegung, insofern in ihm der Staat klar als Klasseninstrument der Bourgeoisie und nicht als verselbständigte "autoritäre" Macht gekennzeichnet wurde, und die propagandistische Stoßrichtung klar auf die Herstellung der Führungsrolle des Proletariats abzielte. Die Nulltarifparole wurde 69 vom Heidelberger SDS be-

---

(1) so z.B. der KAB und das SALZ in Hamburg (vgl. Fahrpreiserhöhung in Hamburg hg vom SALZ und dem KAB Juni 1971) und die KPD(AO) (vgl. RPK Nr. 128 u. 129, 13.8.71)

(2) zit. nach Straßenbahnaktionen 1969, SDS Hannover, Heidelberg, BV, München, Trikont, 1969 S. 50

(3) vgl. den Artikel von J. Schmierer, aa O, S. 51

(4) So wurde z.B. in der Rote-Punkt-Zeitung Nr. 2 vom 30.8.71 der Streckenfahrplan für Rote-Punkt-Autos aus der 69-er Aktion zusammen mit Ratschlägen für den Rote-Punkt-Verkehr von 1969 veröffentlicht.

(5) aaO

wußt als eine abgelehnt, die Illusionen über die Klassenneutralität des Staates weckt. Stattdessen wurden Parolen aufgenommen, in denen der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital klar bezeichnet war.

DER HAUPTFEHLER DER AKTION VON 69 WURDE 71 WIEDERHOLT

In der Kampagne 1971 drückte sich die Überwindung der 1969 noch virulenten Positionen der Studentenbewegung lediglich in anderen Formulierungen aus, während sie sich praktisch nicht durchsetzte : Die Rolle staatlicher Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde schärfer betont, und die Verschlechterung des öffentlichen Nahverkehrs in diesem Zusammenhang interpretiert. Die politischen Parolen beschränkten sich auf die Rücknahme dieser Maßnahmen, während im übrigen der Akzent auf die Notwendigkeit gelegt wurde, das Lohnniveau der werktätigen Massen im Lohnkampf in den Betrieben zu verteidigen. Die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" (6) wurde als gewerkschaftliche Forderung verstanden mit dem Ziel der tariflichen Absicherung, während die Parole "Zahlt das Defizit der HSB aus Unternehmerprofiten" vor allem den Adressaten der Kampagne agitatorisch kennzeichnete. Die Aktion wurde als politische Kampagne breiter Teile des Volkes gegen die städtischen und staatlichen Maßnahmen verstanden, die von den Kommunisten im Sinne antikapitalistischer Entlarvung und der Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes des Proletariats orientiert werden mußte. Propagandistisch und machtpolitisch wurde der Erfolg direkt abhängig gemacht von der organisierten Beteiligung des Proletariats, hier wurde also ganz unmittelbar an eines der richtigen Elemente der Propaganda von 1969 angeknüpft.

In den vorbereitenden Diskussionen wurde die Frage, ob eine RPA wie 69 durchgeführt werden sollte oder lediglich Protestdemonstrationen und Kundgebungen ohne Rote-Punkte-Verkehr von der Interventionsbereitschaft der Arbeiterklasse abhängig gemacht. Als klar wurde, daß der Druck in den Betrieben keineswegs ausreichte, um den DGB zu zwingen, in dieser Frage aus dem Kartell mit der Stadtverwaltung und der SPD-Führung auszuscheren, und die DGB-Führung im Gegenteil alle positiven Stellungnahmen in Betriebsräten und im Vertrauensleutekörpern verhindern konnte. setzte sich das Bewußtsein, aas wir seit 69 von der RPA hatten, vollends durch: Proletarische Klassenkämpfe über die RPA initiieren zu wollen, die Linie gewerkschaftlicher Kämpfe des Proletariats vom Bündnis mit nichtproletarischen Schichten bestimmen, von Auseinandersetzungen auf dem Waren- und Dienstleistungsmarkt her Klassenkämpfe in den Betrieben anleiten und proletarisches Klassenbewusstsein bilden zu wollen.

Die Ansätze zu einer richtigen Kritik der reformistischen Verherrlichung der RPA als gesellschaftsverändernder Aktion wurden 69 als Widerspruch in der RPA selber gefasst, als Widerspruch zwischen dem "klassenspezifischen Momenten der Aktionen" mit ihren " Möglichkeiten einer sozialistischen Mobilisierungspolitik " (7) und "anderen, weniger eindeutigen Elementen", die sich in der Notwendigkeit zuspitzen, mit der Aktion die Arbeitermassen "pünktlich zur Stechuhr" zu transportieren, wo also das Fehlen spezifischer proletarischer Kampfformen offensichtlich wurde. (8)

In Wirklichkeit wurde aber am Ende der Aktion 69 wie in der RPA 71 verkannt, daß die an die Aktion gestellten Erwartungen in Widerspruch zum Typus der RPA selber standen, wie er sich unter Einfluss der APO-Bewegung Ende der 60er Jahre entwickelt hatte. Da wir die historische Funktion der RPA und die Bedingungen ihres Erfolges 69 nicht genau analysierten, war uns auch die Rolle sozialdemokratischer und revisionistischer Organisationen in der RPA nicht klar, mit denen wir in der Aktion Bündnisse eingingen.

DER REFORMISTISCHE GRUNDCHARAKTER DER RPA

Weder ihrem Inhalt nach, noch in ihren Formen sind die RPA Aktionen der Arbeiterklasse , verteidigen sie den Preis der Ware Arbeitskraft gegenüber den Angriffen der Kapitalisten, oder stellen einen politischen Angriff auf die politischen Instrumente der Bourgeoisie mit dem Ziel ihrer Abschaffung dar. Die RPA sind nichts anderes als der Zusammenschluss der Käufer einer bestimmten Ware oder Dienstleistung gegenüber dem Monopolisten , der diese Dienstleistung verkauft, um ihn durch Käuferboykott und Aufbau einer Konkurrenz, also durch Zerstörung des Monopols, zu einer Preissenkung zu zwingen. Es geht um den Preis einer Dienstleistung oder Ware, auf deren Kauf der Arbeiter zur Reproduktion seiner Arbeitskraft ebenso angewiesen ist, wie auf den Kauf von Brot oder Gemüse oder das Mieten einer Wohnung, ebenso wie alle nichtproletarischen Teile der Bevölkerung,seien sie Schuster, Student oder Beamtenwitwe. "Der Arbeiter tritt dem Krämer gegenüber als Käufer auf, d.h. als Besitzer von Geld oder Kredit, und daher keineswegs in seiner Eigenschaft als Arbeiter, d.h. als Verkäufer von Arbeitskraft. Die Prellerei mag ihn wie überhaupt, die ärmeren Klassen härter treffen als die reicheren Gesellschaftsklassen, aber sie ist nicht ein Übel, das ihn ausschließlich trifft, das seiner Klasse eigentümlich ist" (9).

Die RPA ist zweifellos eine Abwehraktion großer Teile des Volkes gegen die Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen. Engels macht aber in seiner Polemik gegen den kleinbürgerlichen Sozialismus Proudhonscher Prägung, die sich mit der Mietsnot und weitern "der Arbeiterklasse mit anderen Klassen, namentlich dem Kleinbürgertum gemeinsamen Leiden ... mit Vorliebe beschäftigt" (10), klar, daß in Kampagnen, deren Hauptinhalt die Behebung eines durch die Teuerung eines bestimmten Produktes entstandenen Notstandes ist, lediglich Alternativen auf dem Markte sich durchsetzen können, solche also, die selbst dem Interesse nach Profitrealisierung unterworfen sind und keineswegs die wirklichen Ursachen der Verschlechterung der Lebensbedingungen der

(6)Die Parole hieß in der Vorbereitung der Kampagne ursprünglich "Fahrzeit ist Arbeitszeit-Freie Fahrt zum Arbeitsplatz!"Die Fahrtzeit gehört natürlich zur Reproduktionszeit der Ware Arbeitskraft.Die Parole hat sich aus der Aktion von 1969 entwickelt.Wie unkritisch wir an manche Traditionen der 69-er Aktion anknüpften, kann man daran sehen,daß wir die analytisch falsche Begründung einer richtigen gewerkschaftlichen Forderung nicht korrigiert haben.

(7)Schmierer aaO S..50

(8)aaO S.52

(9)Engels, Zur Wohnungsfrage,MEW 18,S.214/15

(10) aaO S.215

Massen angreifen. Engels zeigt das an der rasch sich gegen die Interessen ihrer Mitglieder wendenden Entwicklung von "Selbsthilfeorganisationen" wie Baugenossenschaften. (11) In den RPA wird das unmittelbar deutlich, wenn man sie als zum verteuerten öffentlichen Nahverkehrssystems alternatives Transportsystem ernst nimmt: der Triumph des Individualverkehrs in Privatwagen über die Massentransportmittel.

Nun sind aber die Verkehrstarife Preise besonderer politischer Art und versteht sich die Boykott- und Konkurrenzaktion als politische Aktion gegen die Instanz, die über diese Preise entscheidet.

Zur Beurteilung dieses Anspruchs muß kurz an die Funktion staatlicher Verkehrspolitik erinnert werden. Seit dem vorigen Jahrhundert fällt die Erhaltung und Weiterentwicklung des Verkehrs- und Transportwesens mehr und mehr in den Aufgabenbereich des Staates, weil die notwendigen hohen Investitionen, wegen der niedrigen Profitrate in diesem Sektor vom privaten Kapital nicht aufgebracht werden. Soweit Verkehrsunternehmen, vor allem im Personenverkehr, noch Privateigentum sind, werden sie mehr und mehr in das staatliche bzw. kommunale Verkehrswesen integriert, von ihm übernommen oder mit ihm verflochten. Als staatliches oder staatlich-kontrolliertes Eigentum werden die Verkehrssysteme entsprechend den Aufgaben des kapitalistischen Staates geführt. Einerseits sollen sie selber "wirtschaftlich", "kostendeckend", d.h. soweit wie möglich profitabel wirtschaften, andererseits sind sie der Aufgabe des Staates als Instrument zur Optimierung der Monopolprofite und der permanenten Umverteilung unterworfen. Die Subventionen für Verkehrs- und andere öffentliche Versorgungsbetriebe, dienen daher als erstes den unmittelbaren Interessen der Industrie und sie garantieren an zweiter Stelle "soziale" Preise für die privaten Benutzermassen z.B. in der Energieversorgung und im öffentlichen Nahverkehr, weil eine zu hohe Belastung der Verbraucher durch die öffentliche Versorgung einerseits keinem Kapitalisten unmittelbar nutzt und andererseits über die Löhne und Gehälter wieder ausgeglichen werden müßte.

Die Konkurrenz des ebenfalls mit staatlichen Mitteln (Straßenbau u.a.) geförderten Verkehrs mit Privatwagen, die wachsenden Kosten und die "sozialen" Aufgaben des öffentlichen Nahverkehrs führen dazu, daß sich die Finanzlage der Nahverkehrsbetriebe seit Anfang der 60er Jahre ununterbrochen verschlechterte, während gleichzeitig die Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhinderte, daß die Gemeinden diese wachsenden Defizite voll decken konnten. Deshalb steigen die Preise der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe in der BRD seit Jahren überdurchschnittlich auch in Zeiten relativer Stabilität (12). Diese Tendenz muß sich dann verschärfen, wenn in Zeiten einer herannahenden Krise die Umverteilungsarbeit des Staates beschleunigt wird, die staatlichen Mittel für alle nicht unmittelbar den Kapitalisten zukommenden Ausgaben gekürzt werden, und gleichzeitig über Preissteigerungen und Lohnstopp ein umfassender Angriff auf das Lebensniveau der Volksmassen eingeleitet wird, um die Profite der Kapitalistenklasse zu erhalten (13).

Wir haben gesehen, daß die RPA mit ihren Formen das Spiel des Marktes imitiert, um die Senkung des Preises einer bestimmten Dienstleistung zu erreichen. Dennoch ist sie nicht einfach eine ökonomische Selbsthilfeaktion, die sich ebensogut gegen die Preiserhöhungen privater Produzenten richten könnte. Vielmehr weisen die Mobilisierungsformen der Aktion als Konflikt zwischen Staat bzw. Gemeinde und weiten Teilen der Bevölkerung darauf hin, daß die RPA nur möglich ist als Aktion gegen einen Dienstleistungsbetrieb besonderer Art, den Staat, daß sie nur möglich ist als politische Aktion. In ihr artikuliert sich die Unzufriedenheit über die allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse an einem Punkt, wo "nun auch" der Staat zu dieser Entwicklung beträgt.

Gerade, daß das staatliche Verhalten in dieser Frage aus der Perspektive des Verbrauchers, vom Markt her gesehen wird, verhindert, daß der Staat in der Aktion als Garant der kapitalistischen Produktionsweise erkannt wird, der deren Gesetzen selber unterworfen ist. Vom Markt her gesehen erscheint die Preisgestaltung im öffentlichen Nahverkehr nicht als Ausdruck der Funktion des Staates im Dienste des Kapitals, sondern als Teil seiner "Vorsorge"-funktionen, die der Staat für den Einzelnen gegenüber der Willkür der Privatkapitalisten hat. Es ist die Empörung darüber, daß der Staat sich mit seinen Preiserhöhungen verhält, wie die Kapitalisten auch, die die breite Protestaktion provoziert. Ihr politischer Inhalt ist der Appell an den "Sozialstaat".

DIE ROTE-PUNKTE-AKTION ALS AKTION GEGEN DEN "AUTORITÄREN STAAT": HANNOVER 1969

Soweit die RPA die Formen des Marktes also politisch zu überwinden sucht, verfängt sie sich in der Sozialstaatsillusion. Die Fixierung auf den Staat als scheinbar von den Gesetzen des Marktes unabhängige Macht erklärt die Entstehung der Rote-Punkt-Bewegung im Zusammenhang der APO in den späten 60er Jahren. Wie die ganze Bewegung der Studenten, Schüler und von Teilen der berufstätigen Jugend sind die Straßenbahnaktionen in Köln, Bremen und Freiburg und die ersten RPA, vor allem in Hannover, Heidelberg und im Saargebiet Erscheinungsformen der neu auftretenden politischen Krise des westdeutschen Imperialismus nach der Rezession von 1966/67.

(11) aaO S.250 ff

(12) Die 175 ord. Mitglieder des Verbandes der Öff. Nahverkehrbetriebe (VÖV) fuhren letztes Jahr bei Einnahmen von rund 2,1 Mrd. Mark ein Defizit von 600 bis 650 Mio. DM ein. 1971 wird das Defizit nach Schätzungen des VÖV auf 900 Mio. DM steigen. "Die Zeit", 9.4.71

(13) Die KPD(AO) beschreibt die Finanzmaßnahmen des Westberliner Senats wie folgt: "Gekürzt wurden die Defizit-Subventionen für die staatlichen Eigenbetriebe unter Regie von SPD-Führern, Subventionen für den Kohle- und Milch-Transport mit der scheinheiligen Beteuerung, die Milchpreise seien ja eh freigegeben, der Bildungshaushalt und schließlich wurde - wie schon in der Finanzplanung für das Jahr 1971-74 vorgesehen - die Stillegung von "unrentablen Bettenkapazitäten" beschlossen. Durch Erhöhung der Grundsteuer wird sich die Miete um etwa 1% verteuern. Dagegen wurden beibehalten sämtliche Formen der Investitionszuschüsse an die Industrie, Steuervergünstigungen und Kreditvergünstigungen sowie staatliche Bauinvestitionen, die nach der Ideologie der SPD-Konjunktur-Theorie vor allem im Tiefbaubereich ein wirksames Mittel zur antizyklischen Wirtschaftspolitik darstellen sollen." (RPK, aaO)

In den RPA wie in der vor allem von Jugendlichen getragenen außerparlamentarischen Bewegung kristallisierte sich ein diffuser Protest gegen die durch die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals notwendigen staatlichen Maßnahmen (NS-Gesetze, Bildungsreform) aber auch gegen die Verschärfung der Ausbeutung nach 1967 bei verlangsamtem oder stagnierendem Masseneinkommen, was dann im Herbst 1969 in den Septemberstreiks seinen ersten klassenbewussten Ausbruch durch das Proletariat fand.

Der Protest gegen den Staat als dem scheinbar Hauptverantwortlichen der zutagetretenden Krise hatte in der Studentenbewegung seine Legitimation in der Theorie vom "autoritären Staat". Als Aufstand des unterdrückten Individuums gegen den autoritären Staat wurden die RPA von 1969 im antiautoritären Lager allgemein verstanden. Vor allem der Hannoveraner SDS und der SDS-Bundesvorstand polemisierten auf der Basis dieser Ideologie gegen den Versuch des SDS Heidelberg, die RPA im Interesse des Proletariats zu wenden. (Überschrift eines Artikels des SDS-BV: Zur Bedeutung der Straßenbahnaktionen im Kampf gegen den autoritären Staat.) Die Hannoveraner SDSler gingen in ihrer Verherrlichung des "kulturrevolutionären Moments" - partielle "Vergesellschaftung von Privatautos", ihr Stellen "in den Dienst des Kollektivs", "Aufbrechen verhärteter Kommunikationsstrukturen", "objektiv antikapitalistischer Widerstand" - soweit, daß sie selbst den Gebrauchswert öffentlicher Nahverkehrsmittel leugneten und in der Betonung der individuellen Emanzipation zur Verherrlichung des Privaten , weil nicht Staatlichen, genauer gesagt, des Privatautos, ungeachtet seiner gesellschaftlichen Funktion kamen. Sie neigten dazu, angesichts der "sozialisierten Rote Punkte Autos" "den funktionslosen Blechhaufen" der ÜStra für überflüssig zu halten. (13a)

Die dem kulturrevolutionären Schein entgegenstehende "sozialfaschistisch" genannten Erscheinungsformen der Aktion, das Einspielen des Verkehrssystems der Roten Punkte, das Auftauchen von vielen freiwilligen, strammen Verkehrspolizisten, die wachsende Beteiligung "normaler" Kleinbürger, die Umfunktionierung des ganzen Rote-Punkt-Verkehrs zu einem funktionierenden Ersatzverkehr, der die normale Transportleistung des öffentlichen Nahverkehrs zu bewältigen hat und als solcher auch in Anspruch genommen wurde, all das, was zunächst nichts als die Konsequenz des zuvor gepriesenen "radikalreformistischen" Gegenmodells war, wurde aus der Rückständigkeit kleinbürgerlichen Bewusstseins erklärt, das als Status- und Konkurrenzbewusstsein auch das Klassenbewußtsein des Proletariats "destruiert und seine sozio-kulturellen Normen denaturiert hat" und die "klassenkämpferische Solidarität" verdrängte (13b)

Die Leugnung des Klassencharakters des Staates machte die Hannoveraner blind gegenüber den Konsequenzen ihrer eigenen Parolen. Ebenso wie sie objektiv die Revolte des Privaten gegenüber der staatlichen Macht verherrlichten, stellten sie die Nulltarifforderung als Beispiel für ein "Gegenmodell" auf, ohne seine politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu prüfen. Sie negierten die gesellschaftliche Realität und letzten Endes auch den Staat als konkreten Gegner zugunsten einer netten Idee.

Gegen diese "Verbürokratisierung" der Aktion, wie er es nannte, schwenkte der SDS Hannover die rote Fahne als Symbol der spontanen Selbstorganisation.

Die Führung auf der Linken hatte am Ende der Aktion tendenziell die DKP übernommen, die die objektiv liberalen Ideologisierungen und individuellen Emanzipationsparolen beiseite schob, faktisch: die roten Fahnen der antiautoritären Studenten aus der Kundgebung zu verdrängen suchte, und stattdessen die Aktion auf ihren reformistischen Begriff brachte. Im Bündnis mit dem Club Voltaire konzentrierte sie ihre Propaganda auf die Nulltarifforderung an den Staat und unterwarf sich völlig dem Gewalttabu der angeblichen Mehrheit der Aktionsteilnehmer. Schon in der Hannoveraner Aktion verhielt sich die DKP vollkommen dem oben geschilderten allgemeinen Charakter der Aktion und ihrer Bindung an den bürgerlichen Staat entsprechend. Einerseits heißt es:

"11 Tage haben gezeigt, daß es möglich ist, sich gegen soziale Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen." (Flugblatt des Club Voltaire). Andererseits wird gesagt, wo der Sitz der Gerechtigkeit ist: "Der Rat der Stadt muß wieder regieren. Nicht länger dürfen Polizeioffiziere das öffentliche Leben bestimmen." (DKP-Presseerklärung vom 11.6.). Und: "20 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes wird es höchste Zeit, den dort proklamierten Sozialstaat endlich zu verwirklichen." (Flugblatt des Club Voltaire). (14).

DIE JUSOS ALS ERBEN DER HANNOVERANER AKTION

Die in der politischen Führung der Hannoveraner Aktion enthaltenen Elemente bestimmen auch die RPA nach 1969 und vor allem in diesem Jahr. Mit bestimmten Modifikationen ist in ihnen noch das objektiv liberale Emanzipationspathos der antiautoritären Studentenbewegung enthalten, das zugleich dem blanken, auf die Versöhnung von Arbeiterklasse und "Sozialstaat" abzielenden Opportunismus der DKP das menschenfreundliche Brio verleiht
Aber obwohl die DKP vor allem die RPA dieses Jahres in Hamburg und im Ruhrgebiet beherrschte, ist die hier als "liberal" gekennzeichnete Position für die Entwicklung der Rote-Punkt-Bewegung auch nach Hannover wichtig. Diese Tradition wird von den Jusos weitergeführt.

Der emphatische Antiautoritarismus des Hannoveraner SDS verschwand in dem Maße, wie die Klassenentwicklung in der BRD, zum ersten Mal zutage tretend in den Septemberstreiks, die Theorie vom autoritären Staat ad absurdum führte und die Studentenbewegung sich in reformistische, bzw. revisionistische Richtungen einerseits und, zu einer Minderheit, in revolutionären Gruppen auflöste. Aber schon aus Anlass der Hannoveraner Aktion erschienen Artikel, in denen der im eigenen Individualismus steckenbleibende reformistische "radikale Reformismus" des Hannoveraner SDS weitergetrieben und zu einer langfristigen reformistischen Strategie entwickelt wird.

Soweit die Hannoveraner Antiautoritären ihre über die Aktion hinausgehenden Perspektiven strategisch fassten, bestimmten sie positiv nur die selbsttätigen Aktionen der Massen. Der Staat wurde einfach negiert. Er muß nur "zurückweichen", damit "sich Verkehrsformen kollektiv

(13a) Alle Zitate nach Alvons Diemer, Alfred Krovoza in: Straßenbahnaktionen 69 aaO. S.19

(13b) aaO S.32

(14) Alle Zit. nach aaO S.30/31

vernünftig gestalten lassen" (15). Der IG-Metall-Funktionär Heinz Brandt ging in dieser Richtung einen Schritt weiter. Ohne die Frage der Machtbasis für ein solches Programm zu stellen, entwickelt er ein "systemsprengendes" Reformprogramm: Die Nulltariforderung sei der "Einstieg zu weiteren punktuellen (systemsprengenden) Zielforderungen: klassenloses Krankenhaus, kostenlose Butter (Butterberg), Milch, Wasser, Wohnung .... Ein roter Raster wäre denkbar - und gezielte Aktionen in dieser Richtung." Brandt stellt den Roten Raster selbst schon als sich ausbreitenden Sozialismus dar: "Die staatliche Funktion (Verkehrsregelung) ist gelähmt, aufgehoben - an ihre Stelle tritt keimhaft die räteartige Selbstverwaltung einer Sache. (Engels: an die Stelle des Staates tritt die Verwaltung von Sachen)". (16).

Der Unterschied zwischen dem Hannoveraner SDS von 1969 und Heinz Brandt liegt in ihrem Verhältnis zu den tragenden Institutionen staatlicher Macht in der BRD. Während die Hannoveraner SDSler zumindest subjektiv "außerhalb" des Systems standen, Freiheit gegen das System zu erobern versuchten, ist Heinz Brandt als prominenter IG-Metall-Funktionär eng mit den staatstragenden Institutionen und vor allem mit der SPD verbunden. Der politische Stellenwert seines Roten Rasters wird klarer, wenn man betrachtet, wie die RPA heute in Teilen der SPD eingeschätzt wird, wie sich also die "systemsprengende" Aufnahme der Rote-Punkt-Idee durch linke Sozialdemokraten entwickelt.

"Objektiv ist die Politik der Jusos als vergeblicher Versuch zu werten, die unzufriedenen Teile der Arbeiterklasse und der Masse des werktätigen Volkes doch noch an die SPD und damit an das Monopolkapital zu binden". (17). In der Praxis besteht diese Politik z.T. darin, die Unzufriedenheit von Teilen des Volkes an bestimmten Mißständen zu artikulieren oder in manchmal militanten Aktionen sich artikulieren zu lassen (z.B. Hausbesetzungen), um sie dann in die innerparteiliche und innerinstitutionelle (vor allem in den Gemeinden) Auseinandersetzungen als Forderungen nach Reformen einzubringen. In bestimmter Weise haben die Jusos mit ihren vielfältigen Aktionsansätzen - vom § 218 bis zur Bodenreform - den Roten Raster verwirklicht. Nur sind die verschiedenen "Roten Punkte" untereinander unverbunden, weil sie jeweils nur auf Teil"mißstände" sich beziehen, die mit dem nicht infragegestellten Ganzen zu harmonisieren sind, und bleiben die einzelnen Bewegungen untereinander isoliert und auch bei zahlenmäßiger Stärke politisch schwach, weil ihr politischer Zweck sich auf den "Druck" auf die Institutionen beschränkt. Solche Bewegungen sind - vorläufig - nie stärker als die Jusos innerhalb der SPD.

Die RPA dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen wurden von den Jusos vor allem als Mittel betrachtet, ihre Nahverkehrskonzeption innerhalb der SPD durchzusetzen und zugleich ihre Positionen in den Kommunen zu verbessern, indem die Forderungen der Gemeinden nach Umverteilung der Steuermittel zum Gegenstand der RPA gemacht wurde. Am 15.1. kündigte der Landesverband der Jusos Nordrhein-Westfalens die Beteiligung der Jusos an den Protestaktionen gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen in verschiedenen Städten an. Im gleichem Zusammenhang wurde der Entwurf eines "kommunalpolitischen Aktionsprogramms" vorgelegt, in dem kurzfristig die Befreiung der Nahverkehrsunternehmen von der Mineral- und Mehrwertsteuer (was inzwischen auch vom Düsseldorfer Landtag im Prinzip befürwortet wurde) und langfristig der Nulltarif " gefordert wurde.

"Die Jungsozialisten sehen in der Frage des Nahverkehrs ein Politikum, und die Ankündigung von Tariferhöhungen bot nach ihrer Ansicht die Möglichkeit, breitere Schichten der Bevölkerung durch öffentlichkeitswirksame Aktionen auf die verkehrspolitischen Probleme aufmerksam zu machen." Deshalb drohen sie an, daß sie "auch gemeinsam mit anderen Organisationen energisch demonstrieren" würden. (18)

(15) Peter Brückner in :Konkret, 14.6.69 zit. nach Günter Mangold: Roter Punkt und Rote Fahne, Rotes Forum 4/69 S.50

(16) Heinz Brandt: Vom Roten Punkt zum Roten AStA, in :Express International, 11.7.69, zit. nach Mangold aaO

(17) Programmatische Erklärung der KG(NRF), NRF 3/71 S.25

(18) Alle Zit. nach "Handelsblatt", 7.4.71

internationale marxistische diskussion

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den „sozialistischen ländern" dm 2,–

2. colletti/libertini/maitan/magri: lenins „staat und revolution" – heute dm 5,–

3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4,–

4. edoarda masi: der marxismus von mao und die europäische linke dm 2,–

5. „partei und klasse". eine diskussion zwischen jean-paul sartre und „il manifesto". eingeleitet von rossana rossanda dm 3,–

6. jean laplanche: marcuse und die psychonanalyse dm 2,–

7. l. colletti: zur stalinfrage dm 2,–

8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im „kapital" dm 2,–

9. ernest mandel/martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4,–

10. louis althusser: freud und lacan dm 2,–

11. die notwendigkeit des kommunismus. die plattform von „il manifesto" dm 5,–

12. mario tronti: extremismus und reformismus. 3 Aufsätze dm 4,–

13. martin nicolaus: die objektivität des imperialismus. anti-mandel /ernest mandel: die widersprüche des imperialismus dm 7,–

15. ralph miliband: marx und der staat dm 2,–

17. rossana rossanda: der marxismus von mao-tse-tung dm 2,–

18. adriano sofri/luciano della mea: zur strategie und organisation von „lotta continua" dm 5,–

19. sohn-rethel: vergesellschaftung der arbeit und materialistische erkenntniskritik dm 3,–

20. „classe e stato": china: die dialektik der revolution dm 2,–

21. salvadori/rieser: rätesystem und maoismus. zur position von „il manifesto" dm 4,–

arbeitspapiere

1. serafini/magri/pintor: nationale arbeiterkonferenz „il manifesto": die einheit der klassen-linken herstellen dm 1,80

2. giampiero mughini: di pci und antireformistischen gruppen dm 2,80

3. revolutionärer kampf (bpg frankfurt): untersuchung – aktion – organisation. zur politischen einschätzung von lohnkämpfen dm 1,50

Merve-Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327

In den RPA, die vor allem in Dortmund und Bochum im März und April durchgeführt wurden, stellten diese von den Jusos entwickelten Reformforderungen die Hauptparolen, auch dann noch, als die Jusos längst nicht mehr an der Aktion beteiligt waren. Die auf die verkehrspolitische Konzeption der Jusos konzentrierte Agitation der Aktionskomitees von Dortmund und Bochum wurde lediglich durch die "allgemeine Parole: "Wer sich zum Schaf macht, den fressen die Wölfe", ergänzt, in der versucht wurde, das Phänomen der massenhaften Beteiligung zu interpretieren, nachdem man die Parolen des antiautoritären Aufstands nicht mehr mit den eigenen Zielen in Einklang bringen konnte und die eigenen Ziele nicht ausreichten, die entstehende Massenbewegung zu lenken (19).

DIE ERFOLGE VON 69 - ERFOLGE DER "LINKEN" SOZIALDEMOKRATEN?

An diese Position, die in ihrem Rekurs eng mit der Rezeption der RPA durch Heinz Brandt verbunden ist, kann die Frage nach dem Verhältnis zum "Sozialstaat" gar nicht mehr gestellt werden, weil in ihr die RPA bewußt für die Integration der gegen die staatlichen Maßnahmen Mobilisierten unter die Sozialstaatsideologie eingesetzt wird. Heinz Brandt und die Jusos sind selbst so eng mit dem kapitalistischen Staat verbunden, daß das "Zurückweichen" des Staates für sie nur die Funktion des Abnehmens gegnerischer Delegiertenstimmen in SPD-Konferenzen unter dem Einsatz der für die Juso-Konzepte mobilisierten Massen hat.

Diese Position ist dem Wesen der seitherigen RPA sehr viel näher als das kulturrevolutionäre Pathos der antiautoritären Studentenbewegung und die Versuche, die Schranken der RPA zur "Mobilisierung" des Proletariats zu nutzen. Sie ist offen erst zutage getreten, als der Dampf, den die Studentenbewegung gemacht hatte, sich verzogen hatte. Vieles spricht aber dafür, daß sie, vor allem in der Hannoveraner Aktion hinter der antiautoritären Fassade schon bestimmend war, vgl. z.B. die Rolle, die eine Gruppe linkssozialdemokratischer Sozialwissenschaftler um den heutigen niedersächsischen Kultusminister von Oertzen (Michael Vester, Thomas von der Vring) in der Aktion spielte, die selber aus dem Frankfurter SDS kamen und mit dem Hannoveraner SDS um Peter Brückner in enger Verbindung standen; oder der Weg der Nulltarifforderung, die ja nicht nur von Heinz Brandt, sondern von zahlreichen Gewerkschaftskongressen, sozialdemokratischen Politikern und selbst von der Berliner FDP aufgenommen wurde.

Entscheidend für diese Frage ist aber die Beurteilung des Verhältnisses der Gewerkschaften und von Teilen der Arbeiterschaft zu der RPA von 1969. Die Studentenbewegung interpretierte die für den Erfolg beider Aktionen entscheidende Intervention von Teilen der Arbeiterklasse, die sich vor allem in Heidelberg in einem Positionswechsel der DGB-Führung ausdrückte, als Indiz für den revolutionären Charakter der Rote-Punkte-Aktion bzw. für die Möglichkeit, aus der RPA heraus proletarisches Klassenbewußtsein zu mobilisieren. So sicher es ist, daß die RPA in der Arbeiterschaft wie in der gesamten von der Preiserhöhung betroffenen Bevölkerung auf große Sympathien stieß, so fraglich ist es, ob diese Sympathie, die bis zur Teilnahme zahlreicher einzelner Arbeiter in der Aktion ging, ausgereicht hätte, 1969, noch vor den Septemberstreiks, ganze von der SPD beherrschte Betriebsräte und Vertrauensleutekörper gegen den Willen der SPD und der DGB-Führung zu positiven Stellungnahmen und sogar zur direkten Intervention in die Aktion zu bringen. Sicher ist, daß nicht die radikalen Studenten allein den Erfolg der Aktion von 1969 bewirkt haben. (20). Aber auch eine in einzelnen Städten isolierte Massenbewegung hätte einen Polizei- und Staatsapparat mit den Repressionserfahrungen der Westdeutschen nicht kampflos zum Rückzug bringen können. Der Erfolg, den DGB- und SPD-Spitze 1971 in Heidelberg bei der Verhinderung von Solidarisierung von Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern hatten, legt vielmehr die Vermutung nahe, daß die zögernde Haltung der (sozialdemokratischen) Stadtverwaltungen von Heidelberg und Hannover und der (sozialdemokratischen) Innenminister darauf zurückzuführen sind, daß die reformistischen Forderungen innerhalb ihrer Organisationen 1969 noch so stark waren, daß sie eine wirksame Repression der RPA behinderten. Der Erfolg der RPA wäre dann auch Ausdruck der Stärke des sozialdemokratischen Einflusses im Proletariat. Mit der Einstellung des Nahverkehrs mit dem Ziel, den innerstädtischen Verkehr zusammenbrechen zu lassen, begingen darüberhinaus dann beide Stadtverwaltungen schwere taktische Fehler, weil das Funktionieren der RPA auch in dieser Situation ihnen die Initiative nahm und die Wirksamkeit der reformistischen Parolen ihrer Gegner zu bestätigen schien.

Obwohl die RPA inzwischen zum festen taktischen Inventar der reformistischen Opposition innerhalb der SPD gehört, und obwohl, dieser Reformismus nach wie vor starke Positionen im DGB hat, wie die Unterstützung von Teilen des DGB für die RPA im Ruhrgebiet zeigt, kann die SPD-Führung, durch den Wahlsieg von 1969 mit der Verantwortung für das Interesse der Kapitalistenklasse belastet, inzwischen auf inhaltliche Zugeständnisse an diese innerparteiliche Opposition verzichten. Angesichts der herannahenden Krise und des damit sich verringernden Handlungsspielraums in Reformprojekten würde sie sich damit gefährden

---

(19) Die Zusammensetzung des Komitees Aktion Roter Punkt in Bochum zu Beginn der Aktion war: ÖTV-KJA, JV der Stadtverwaltung/Stadtwerke Bochum, JV der Adam-Opel-AG, DJD Bochum, Naturfreundejugend, Falken, DKP Bochum, AStA der Ruhr-Universität, AStA der Ing.-Schule für Maschinenbau, AStA der Ing.-Schule für Bergwesen, SMV der Berufsschulen, IG Druck und Papier.
Bei der Bekanntmachung der Gründung der ARP in der Bochumer Studentenzeitung stellt der sozialdemokratische AStA die taktische Kalkulation der linken Sozialdemokraten und der anderen "Beteiligten" bei der Propagierung der RPA sehr offen dar: "Einig waren sich alle Beteiligten, daß die Aktion gegen die zu erwartenden Fahrpreiserhöhungen nur dann sinnvoll sind, wenn sie auf Bund und Land Druck ausüben. Dieser Druck kann nur über die öffentlichen Verkehrsbetriebe selbst ausgeübt werden, d.h. nur wenn man die BOGESTRA kurzfristig materiell schädigt, beispielsweise durch die Blockade einer bestimmten Linie, wird man die Voraussetzung en dafür schaffen, daß ihr langfristig geholfen wird. Tariferhöhungen führen nicht zu einer Gesundung des Öffentlichen Nahverkehrs, sondern zu einem weiteren Absinken der Beförderungsquoten... Eine Hilfe kann also nur durch politische Entscheidungen herbeigeführt werden, die in Bonn und Düsseldorf zu fällen sind. Streichung der Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer, das wären die ersten Schritte."

(20) entfällt

DIE DKP - SOZIALDEMOKRATEN AUSSERHALB DER SPD

Die Hannoveraner Aktion endete mit einer Polemik zwischen der reformistischen DKP und der objektiv gebildeten antiautoritär-reformistischen Koalition. Das Verhältnis dieser beiden Tendenzen ist auch entscheidend für den Verlauf der RPA dieses Jahres sowohl in Hamburg als auch im Ruhrgebiet. Es geht bei den vor allem im Ruhrgebiet auftretenden Konflikten zwischen dem Reformismus der Jusos und dem Reformismus der DKP nicht um inhaltliche Fragen. Die "Aktion Roter Punkt" hielt auch dann unter Führung der DKP noch an den dem Kommunalprogramm der Jusos entsprechenden Parolen fest, als die Jusos längst ausgestiegen waren.

Die Politik der Jusos, unzufriedene Massen durch spektakuläre Aktionen im Reproduktionsbereich an die SPD zu binden und selbst als Druckmittel für ihre Politik innerhalb der SPD einzusetzen, kann nur gelingen, solange sie auf der Plattform der Gesamtpartei stehen, wie weit rechts diese auch immer liegen mag.

Die Taktik der DKP in der RPA und bei anderen Gelegenheiten, die gleichen Massenaktionen mit den gleichen Parolen zu benutzen um sich als Bündnispartner für DGB und SPD auszuweisen, bringt die Jusos in arge Verlegenheit. Wegen der nach der Regierungsübernahme noch engeren Bindung an das Monopolkapital und den weiteren Verlust an reformistischem Spielraum angesichts der Krise sind die Jusos innerhalb der SPD in die Defensive geraten. Ein wichtiges Instrument des Parteivorstandes gegen den radikalen Reformismus ist der "Antikommunismus-Beschluß" vom 26.2.71, der die Zusammenarbeit zwischen SPD-Mitgliedern und der DKP verbietet. Er ist wirksam, weil die DKP gerade durch ihre reformistischen Initiativen und Kampagnen, dort wo sie relativ stark ist, die Jusos immer wieder zu Bündnissen auf der Basis von deren eigenem Programm zwingt. Durch diese Bündnisse geraten die Jusos zwischen zwei Fronten, zwischen denen sie aufgerieben werden. Entweder sie riskieren durch "Prinzipienfestigkeit" ihre eigene Organisation, oder sie müssen aus der Aktion aussteigen und bleiben dadurch in den Ratszimmern isoliert. In der Tat hat die Beteiligung der Jusos an der Hamburger RPA, wo DKP und Jusos natürlich die gleichen Forderungen hatten (21), und die Bündnistreue der Jusos auch nach der Einleitung der ersten Parteiordnungsverfahren wohl zur Gefährdung ihrer gesamten Hamburger Organisation und, mit dem inzwischen beantragten Ordnungsverfahren gegen Karsten Voigt, ihres Bundesvorstandes, geführt. Im Ruhrgebiet spalteten die Jusos gemeinsam mit der DGB-Jugend die RPA, nachdem die DKP dort eindeutig die Führung übernommen hatte. Gemeinsam mit "mehreren öffentlichen Nahverkehrsunternehmen sowie deren Betriebsräten" (22) gründeten sie die "Aktion Nahverkehr". Das Handelsblatt gibt als Begründung an: "Aus dem, was die Jungsozialisten ursprünglich als Aktion zu einem konkreten kommunalpolitischen Programm konzipiert und eingehend begründet hatten, versuchten die Kommunisten nun, ideologisches Kapital zu schlagen." (23).

Dieser Konkurrenz mit den Jusos liegt zugrunde, daß die DKP ihre Verankerung in der Legalität des westdeutschen Staates und die Erweiterung ihrer Basis in der Bevölkerung offensichtlich auf der gleichen strategischen Linie sucht, wie die Jusos. Allerdings muß sie die enge Verbindung zur SPD, Gewerkschaften und kommunalen Bürokratien, die für die Jusos Existenzbedingungen sind, erst noch herstellen. Auf der Linie der Jusos in der RPA mitzuarbeiten, ist ein Mittel dazu.

Der Dortmunder DKP-Kreisvorstand erklärte: "Für mich und meine Genossen von der DKP gibt es in diesen Tagen nur eines: Wir stehen auf der Seite der Bevölkerung und stellen uns der Aktion Roter Punkt zur Verfügung." Im gleichen Artikel, dem dieses Zitat entnommen ist, wird das Komitee wie folgt bestimmt: "Es ist ein überparteiliches Gremium. - Das Aktionskomitee vertritt das Anliegen der Bürger gegenüber den Behörden. Es verhandelte bereits mit Bundespräsident Heinemann, der Landesregierung, dem Dortmunder Oberbürgermeister und dem Aufsichtsrat der Stadtwerke. Das Rückgrad der RPA sind die Belegschaften der Dortmunder Betriebe. ... Die Aktion Roter Punkt ist ein demokratisches Bündnis. Wie zuvor in Hannover, Hamburg und anderen Städten verbinden auch in Dortmund die Teilnehmer gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Sie richten sich nicht gegen die Stadt, die ein Opfer des langjährigen Rüstungskurses ist, dem auch die von der SPD geführte Regierung keinen Einhalt geboten hat. Jede Milliarde, die Bundesverteidigungsminister Helmuth Schmidt mehr ausgibt, fehlen den Städten zur Bewältigung ihrer Gemeinschaftsaufgaben. Auch vor einer stärkeren Besteuerung der Kapitalkräftigen ist die Regierung bisher zurückgewichen. Dies übersah Bundespräsident Heinemann." (24)

Wie in Hannover mit ihrem Appell an den Rechts- und Sozialstaat waren die RPA dieses Jahres Mittel für die DKP, zum anerkannten Gesprächspartner der "Behörden", als Anwalt des Volkes, zu werden, das man den städtischen Behörden zur Stützung ihrer Interessen und der SPD als Bündnispartner anbietet, wenn sie vor den "Kapialkräftigen" "zurückweicht". Es braucht nicht ausgeführt zu werden, daß das gleiche natürlich noch sehr viel mehr für die DGB-Spitze gilt, der sich die DKP-Führung in allen Fragen noch hemmungsloser anbiedert. Im DGB verfügt der Reformismus noch über relativ stärkere Positionen als in der SPD, die Aussicht das die DGB-Führung in den Gewerkschaften vertretene reformistische Positionen als Stimmung an der Basis ernst nehmen muß, ist daher größer. (25)

---

(21) vgl: "Zur politischen Strategie der Tarifkampagne in Hamburg", in: Proletarische Front/Gruppe Hamburg, Nr.2, August 71 S.5

(22) FAZ 3.4.71

(23) Handelsblatt, 7.4.71

(24) Alle Zit. aus dem grundsätzlichen Artikel von Jakob Goldberg: Dortmund zum Beispiel, Kommunisten und Roter Punkt, UZ 3.4.71, Unterstr. J.N.

(25) "Es entspricht den Vorstellungen der DKP-Führung von Aktionseinheit, daß sie durch Verfälschung der Tatsachen versucht, eine Identifizierung des DGB mit der RPA vorzutäuschen: "Auch der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften wenden sich mit Entschiedenheit gegen Fahrpreiserhöhungen" (Flugblatt), statt hier einmal klar den Widerspruch zwischen Worten und Taten sichtbar zu machen, der für die ganze Politik der DGB-Spitze kennzeichnend ist. (Zustimmung des Hamburger DGB-Vorsitzenden Saalfeld zu den Fahrpreiserhöhungen, keine Unterstützung der RPA durch den DGB und explizites Verbot für die DGB-Organe, sich an der RPA zu beteiligen, ja auch nur positiv zu äußern.). Auf diese Weise wird versucht, künstlich die von der DKP-Führung konstruierte Fiktion der "breiten Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen" irgendwie doch noch herzustellen." SALZ/KAB, aaO S.8. vgl. auch Proletarische Front aaO S.7

Dieses Anbiedern an die Obrigkeit steht nur scheinbar im Widerspruch zur "antimonopolistischen" Aufmüpfigkeit der DKP-Parolen, die sich am fröhlichsten in Dieter Süverkrüps Lied vom Roten Punkt äußert: "Nun wackeln aber die Wände! Nun wirds uns aber zu bunt! Wir sagen: die Ausbeutung hat mal ein Ende ! und machen den Roten Punkt." (26)

"Als Teil der reformistischen Strategie der DKP-Führung wird die RPA einerseits politisch unverbindlich gehalten (keine grundsätzlich antikapitalistische Argumentation in den Mobilisierungsflugblättern, Heraushaltung Roter Fahnen aus den Demonstrationszügen), andererseits aber völlig unvermittelt zum "antimonopolistischen Kampf" hochgejubelt (Sprechchor: "Brecht die Macht der Monopole! Roter Punkt heißt die Parole!"), ohne daß klar wird, inwiefern die RPA etwas an der politischen Herrschaft des Großkapitals zu ändern vermag." (27).

In der Strategie der DKP ist allgemein der verbale Radikalismus und der Versuch, an die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung anzuknüpfen, notwendige Ergänzung zum Versuch, von SPD und DGB als Bündnispartner ernst genommen zu werden. Nur als "reale Arbeiterbewegung", nur wenn es ihr gelingt, den spontanen Radikalismus der sich entwickelnden Arbeiterbewegung reformistisch zu kanalisieren und von der revolutionären Theorie abzuschirmen, kann sie als loyale Opposition der SPD akkreditiert werden und so die Rolle der Jusos ersetzen.

Wie radikal die DKP in den verschiedenen RPA sei es in der Agitation, sei es in den Aktionsformen jeweils auftritt, hängt von der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft bzw. von der Stärke der nichtrevisionistischen Gruppen in den Aktionsbündnissen ab. Da die RPA sich allgemein auf ein breites, diffuses Potential stützen, das von sich aus nur schwer initiativ wird, schränkt die DKP dort, wo sie es sich leisten kann, die Propaganda auf eine blenderische Proklamation des roten Punktes als Symbol von Verbesserungen durch das breite antimonopolistische Bündnis ohne präzise Kapitalismuskritik ein, und führt nur solche Aktionen durch, die den Gedanken des Umsonstfahrens wirkungslos proklamieren (Düsseldorf, Hamburg). In Karlsruhe versuchte sie sogar, eine Demonstration zu verhindern, nachdem sie zuvor wochenlang verbalradikal mobilisiert hatte.

In Dortmund und Bochum war anscheinend die Kampfbereitschaft des Proletariats der Grund, warum die DKP dort wochenlang Blockaden und Auseinandersetzungen mit der Polizei mitmachte oder sogar einleitete. Zugleich ging sie dort aber mit Gewalt gegen alle Gruppen vor, die versuchten, eine allgemeine antikapitalistische Propaganda in der Aktion zu entfalten oder auch nur rote Fahnen trugen und die den Appellcharakter der Aktion zu überwinden suchten. Dabei zeigen Dokumente, wie die Resolution der Hoesch-Vertrauensleute und die organisierte Intervention der Organe zahlreicher Belegschaften daß gerade in Dortmund und Bochum die Möglichkeit bestanden hätte, den grundsätzlich bornierten Charakter der RPA durch eine politische Aktion unter Führung des Proletariats zu überwinden.

SCHWIERIGKEITEN DES REFORMISMUS IN HEIDELBERG

In der Heidelberger Aktion dieses Jahres unterstützte die DKP verbal nicht nur die Blockadeaktionen sondern demonstrierte auch unter roten Fahnen und hieß eine prinzipiell antikapitalistische Agitation gut. Der Grund dafür war, daß die Durchführung der Aktion in Heidelberg personell und organisatorisch von der KG(NRF) abhängig war und daß diese Organisation versuchte, die RPA zum Instrument kommunistischer Propaganda zu machen. Dieser Versuch ist unter den Heidelberger Bedingungen gescheitert. Er scheint nicht in prinzipiellen Widerspruch zur opportunistischen Linie der DKP geraten zu sein.

Die Schwierigkeit, den Reformismus der RPA von dieser Aktion her zu überwinden, führte dazu, daß die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen reformistischen Linien sich objektiv auch in Heidelberg, wenn auch in anderer Form, fortsetzte. Die Diskussionen im Heidelberger Aktionskomitee wurden von Auseinandersetzungen zwischen zwei relativ festen Koalitionen beherrscht. Auf der einen seite die KG(NRF) und die DKP mit ihren jeweiligen Bündnisorganisationen, auf der anderen Seite der SHS, die Jusos und zwei Vertreter des KJA des DGB. Kleinere Organisationen, wie die trotzkistische RKJ, verfolgten im Komitee ihre eigene Linie. (28)

Um die Unterschiede zwischen der Politik der DKP sowie der mit den Jusos verbündeten Gruppen in Heidelberg und in anderen Städten zu verstehen, muß kurz auf die Heidelberger Situation eingegangen werden.

Die Heidelberger Kommunalpolitik wird von einem festen Kartell aller bürgerlichen Parteien unter der Führung des SPD-OB Zundel beherrscht. Ziel dieses Blocks ist die Integration Heidelbergs in die Entwicklungsplanung für den Rhein-Neckar-Raum mit den Zentren Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg. Heidelberg soll dabei nach den Vorstellungen der Lokalbourgeoisie in einen Sitz von Konzernleitungen der Region und in ein Wohn-und Einkaufszentrum für deren gehobene Angestellten werden.

Über diese Perspektive gibt es im Rathauskartell keine Differenzen, weder bei den mittleren und kleinen Unternehmern, noch bei den Kaufhauskonzernen, den Altstädter Kneipen- und Ladenbesitzern oder den sozialdemokratischen Technokraten, die die eigentlichen Promotoren dieser Stadtplanung sind. Die Heidelberger Arbeiterschaft ist zahlenmäßig und politisch schwach und weitgehend von der rechten SPD beherrscht, die traditionellen Kleinbürger, die Angestellten usw. zu einem kleineren Teil faschistisch mobilisiert, in ihrer Mehrzahl politisch führungslos und den bürgerlichen Parteien folgend.

Die relative Stärke der Heidelberger Studentenbewegung auch in der Stadt, vor allem in den Jahren 1968-70, war gerade durch die wachsende Geschlossenheit des

(26) Unterstr. J.N.

(27) SALZ/KAB aaO S.7/8

(28) Die RKJ forderte vor allem "Nulltarif für alle", die sie als "Ausgangspunkt" für die Forderungen einer Reihe "freier Dienstleistungen" " ansah. Sie wollte sie in die Propaganda für andere "revolutionäre Übergangsforderungen" wie "Gleitende Lohnskala", "gleitende Arbeitszeitverkürzung" einreihen, bereicherten also die Skala der Rote-Punkt-Opportunismen noch um eine sektiererische Variante. vgl. was tun?, Hochschulzeitung Heidelberg, Nr.2 1971 S.5ff

sich in diesen Jahren herausbildenden Rathauskartells bedingt. Insbesondere der SDS schien die einzige organisierte Opposition in der Stadt zu sein, die zumindest punktuell, z.B. in der RPA von 1969, die im Widerspruch zu den sich abzeichnenden Auswirkungen der kapitalistischen Stadtplanung stehenden Interessen der Masse der Bevölkerung artikulierte. Dabei schaffte sie es aber irgends, sich dauerhaft und organisiert mit irgendwie relevanten Teilen der Arbeiterklasse oder der übrigen Bevölkerung zu verbinden.

Lediglich im DGB, vor allem in der IGM auf der Ebene der Betriebsräte und Vertrauensleute gibt es bedeutendere radikal-reformistische Fraktionen, die 1969 für den Erfolg der RPA verantwortlich waren, die seitdem aber nicht verhindern konnten, daß die DGB-Spitze sich immer enger mit dem SPD-Flügel des Rathauskartelle verband.

Entsprechend der inneren und äußeren Festigkeit der herrschenden Clique sind die beiden oben beschriebenen reformistischen Gruppierungen, deren Funktion ja die Sicherung von Massenloyalität ist, schwach.

Die DKP trat in Heidelberg erst relativ spät in Erscheinung und ist schon von der Mitgliederzusammensetzung her dem traditionellen Kleinbürgertum eng verbunden. Nach dem Verbot des SDS und der späteren Spaltung der studentischen Linken erhielt sie Zuwachs durch eine Reihe von Studenten, die seitdem eine führende Rolle spielen. Angesichts der Stärke des kommunistischen Einflusses vor allem unter den linken Studenten neigt sie zu einer radikalen Sprache. Dem kommt entgegen, daß angesichts der Schwäche der "Linken" innerhalb der SPD, SPD und Stadtverwaltung nur selten als Adressat von Bündnisangeboten in Frage kommen. Lediglich die Widersprüche im DGB lassen es als realistisch erscheinen, bei dessen Führung immer wieder zu antichambrieren, um sich bei ihr als Sprecher der Massen und anschließend bei den Massen als Botschafter des DGB zu präsentieren.

Die Jusos sind ein kläglicher Haufen, dessen wenige kommunalen Projekte (Kindergarten in Neubaugebiet) im Sande verliefen und der dadurch mehrfach geschwächt wurde, daß wichtige Teile seiner Mitgliedschaft ihre Reformprojekte in der Zundelschen Stadtplanung verwirklicht sahen. Seit einiger Zeit ist den Jusos aber ein Bündnispartner in einem Spaltungsprodukt der Heidelberger Studentenbewegung gewachsen, der "Institutsgruppenfraktion A", deren einigemaßen geschrumpfter Kern sich im Juli dieses Jahres als SHS konstituiert hat.

DIE KOALITION JUSOS - SHS

Die Frage der kapitalistischen Stadtplanung für Heidelberg konnte in den Diskussionen des Aktionskomitees gegen Fahrpreiserhöhungen und Fahrplanverdünnungen eine Rolle spielen, weil die Fahrplverdünnungen bei Straßenbahnen und Bussen Teile eines angeblich befristeten Sanierungsprogramms sind, mit dem in Wirklichkeit Teile des Stadtplanungskonzepts, nämlich die Umstellung des gesamten innerstädtischen Verkehrs auf Individualverkehr eingeleitet werden sollte.
An der Frage der Stadtplanung entzündete sich im Aktionskomitee die Diskussion über den allgemeinen Rahmen, in dem sich die Propaganda in den Protestaktionen bewegen sollte, und über die Ziele der Aktion.
Für die Juso-SHS-Koalition ging es darum, das HSB-"Notprogramm" als Teil der "undemokratischen" Kommunalpolitik des OB Zundel zu entlarven und zu bekämpfen und sie zum Ausgangspunkt des Kampfes gegen andere Elemente dieser Kommunalpolitik zu machen. Diese Linie führte dazu, in einer ersten Phase der Diskussion Elemente einer "demokratischen" Alternativplanung zu entwickeln und vor allem die im Kommitee dominierende Linie zu bekämpfen, die die "Sparmaßnahmen" im öffentlichen Nahverkehr und deren stadtplanerische Heidelberger Variante aus der Funktion des kapitalistischen Staates und dem derzeitigen Stand der Krisenentwicklung erklärte.

Der Anstoß zur Juso-Politik ging nicht von den Jusos aus, die in diesem Bündnis erst wieder etwas lebendig wurden, sondern von den Teilen der früheren antiautoritären Studentenbewegung, denen die Versuche, die Studenten für ein Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen, eine solchen Schreck einjagen, daß sie zurück in das Bündnis mit der "SPD als Reformpartei" (29) fliehen.

Man konnte in Heidelberg angesichts des geschlossenen reaktionären Blocks, den die SPD mit den anderen Rathausparteien bildet nicht das Bündnis von RPA und Stadtverwaltung gegen die Steuerpolitik von Land und Bund proklamieren. Man konnte aber sehr wohl durch die Darstellung der Zundelschen Politik als "undemokratischer" die Möglichkeit einer "demokratischen" Kommunalpolitik suggerieren und damit eine illusionäre Plattform für die Angriffe auf kommunistische Positionen konstruieren. In Heidelberg wird demnach eine "Verkehrsplanung im Interesse der Kaufhauskapitalisten und der Bodenspekulanten" getrieben, weil Zundel undemokratisch ist, und Zundel ist nicht etwa undemokratisch, weil das Funktion der Politik im Interesse dieser Kapitalisten ist. Die weitestgehende Verallgemeinerung in einem von Jusos und SHS gemeinsam verfaßten Artikel ist die theoretische Feststellung: "Diese Politik ist nur ein Beispiel für eine allgemeine Entwicklung in der BRD, die gekennzeichnet ist durch eine weitgehende Entleerung der Demokratie und der parlamentarischen Instanzen." (30)

Mit der Linie, die konkrete Maßnahmen der "Fahrplanverdünnungen" lediglich auf die "undemokratische" Stadtplanung als ihr Allgemeines zu beziehen, kamen die Jusos und ihre Verbündeten zu einer Art Heidelberger Roter Raster, mit dem ein Sündenregister kapitalistischer Stadtplanung erfaßt wurde. Allerdings ohne politische Perspektive, sondern nur unter dem Aspekt der Verteidigung des Bestehenden gegen seine Veränderung im Interesse der Kaufhauskapitalisten und Bodenspekulanten: Der Pfaffengrund, eine Arbeitersiedlung aus den 20-er Jahren, "heute ein zusammenhängendes Wohngebiet mit einheitlicher Sozialstruktur", wird dagegen verteidigt, durch Straßenbauten neu für den kapitalistischen Baumarkt erschlossen zu werden. Die Altstadt mit ihren miserablen Wohnbedingungen wird gegen "kapitalkräftige Spekulanten und das dahinterstehende Großkapital "verteidigt, weil "die Wohnungsumfrage der Stadtverwaltung ergeben (hat), daß die meisten Altstadtbewohner dort wohnen

(29) vgl. Die jüngsten Angriffe auf das Rektorat der Universität Heidelberg und das Proletariat, AStA-Flugblatt, Heidelberg, 11.8.71

(30) HSB-Demontage: ein Bestandteil der Kommunalpolitik, in: Rote-Punkte-Zeitung Nr. 2, 30.8.71

bleiben wollen". (31)
Diese Linie wurde nicht zu alternativen Entwürfen im Rahmen der städtebaulichen Konzeption "Für eine Stadt nach den Lebensbedürfnissen der Berufstätigen und ihrer Familien" (32) weiterentwickelt, die Basis von dauerhaften Bündnisangeboten an SPD und DGB hätten sein können. Sie versuchte objektiv nur, die RPA auf die Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Strukturen gegen die geplante kapitalistische Entwicklung festzulegen, fiel also hinter den reformistischen Anspruch der Jusos zurück.

Der Grund liegt darin, daß in dem Konflikt, in dem diese Linie sich entwickelte; die tatsächlichen Widersprüche zwischen Stadtbürokratie und der von der Demontage des öffentlichen Nahverkehrs betroffenen Bevölkerung nur ein Anlaß waren. Diese Linie war nur Teil des allgemeinen Angriffs auf die Politik einer an den Klassenkämpfen orientierte kommunistische Linie, die den strukturellen Reformismus der Studentenbewegung als Bewegung in den Zwischenschichten in der revolutionären Perspektive des Aufbaus der kommunistischen Partei des Proletariats überwindet. Der grundlegende Widerspruch der antiautoritären Studentenwewegung einschließlich des SDS zwischen der Borniertheit ihres Interventionsbereiches und ihren tatsächlichen Zielen (in der Ausbildungsreform) einerseits und ihrem auf die ganze Gesellschaft bezogenen revolutionären Anspruch andererseits wird in einer verzerrten Form von dieser Gruppe fortgeschleppt, indem sie ihre ganze Existenzberechtigung daraus zieht, gegen die aus der Kritik der Studentenbewegung notwendigen Konsequenzen zu kämpfen, mit denen solche Widersprüche auf der Basis des Marxismus-Leninismus aufgeklärt werden und eine entsprechende Praxis entwickelt wird. Der Reformismus, der den Angriffen auf die kommunistischen Organisationen entsprechen würde, bleibt aber im wesentlichen latent, äußert sich nur in allerlei theoretischen und praktischen Bocksprüngen. Denn die klare Entwicklung einer reformistischen Linie, die die Studenten, die der einzige Adressat dieser Politik sind, offen auf die Versöhnung mit dem Klassenstaat orientieren will, würde den SHS noch schneller von den radikalisierten und spontan antikapitalistischen Studenten trennen, die er vor dem Kommunismus zu schützen hat.
Man greift die Kommunisten also im Gewande radikalster Orthodoxie, scheinbar von ihrem Standpunkt aus, an, um im Namen der sozialistischen Klassiker Kapitalismuskritik zu bekämpfen. Einerseits stellt man in Beantwortung der Frage, ob die Engelssche Kritik von Aktionen im Reproduktionsbereich bedeutet, "daß es nicht zu den Aufgaben der Partei der Sozialisten gehöre, Aktionen vom Typus Rote-Punkt-Aktion zu initiieren", fest: Genau dies geht aus "Zur Wohnungsfrage" hervor - und zwar nicht nur in Bezug auf die Preise, sondern auch auf Staatsschulden, Steuern usw." (33)
Andererseits interpretierte man das "Engelssche Verdikt" so, daß man eben nur keine klassenspezifische Agitation in die Aktion einbringen und das Notprogramm "nicht unmittelbar aus der wachsenden Inflationsrate und der Krise des Kapitalismus im allgemeinen erklären" dürfe. Das erste Ziel der Aktion liege in ihrem "Protestcharakter gegen die antidemokratische Politik der Stadtbürokratie," offen antikapitalistische Parolen würden diesen Charakter, den Protest aller Betroffenen und nicht nur einer Gruppe, gefährden: "Der Kampf der vom Notprogramm Betroffenen muß also begriffen werden als politische Auseinandersetzung mit der Stadtbürokratie und muß sich in entsprechenden Forderungen an das Rathaus niederschlagen. Die Parole "Zahlt das HSB-Defizit aus Unternehmerprofiten" unterschlägt diesen politischen Charakter der Aktion" (34)

Der Widerspruch zwischen linksradikalem Geschwätz: proletarisch ist nur, was im Betrieb stattfindet, und reformistischer Geschaftlhuberei löst sich dann in "wesentlichen Revisionen nahezu der gesamten Strategie der Arbeiterbewegung" auf, anknüpfend an die "Neue Arbeiterklasse"-Diskussion, die 1967 im damals links-sozialdemokratischen SDS geführt wurde. In einer redaktionellen Anmerkung zum Abdruck des Mangoldschen Papiers heißt es: "Das Proletariat dachte aber gar nicht daran, "zu kommen". Mit den sozialistischen Klassikern kann man erklären, warum sich dies so verhält. Dies wird in diesem Artikel dargestellt. Damit ist aber das Problem der Begründung von Aktionen im Reproduktionsbereich, falls sie sich überhaupt begründen lassen, nicht aus der Welt. André Gorz hat genau dies versucht. Sein Bewußtsein ist immerhin auf der Höhe der Orthodoxie, daß er die Implikation wesentlicher Revisionen nahezu der gesamten Strategie der Arbeiterbewegung ausspricht... Ein abschließender 3. Teil soll untersuchen, ob und inwiefern sich im Anschluß an Gorz Rot-Punkt-Aktionen als Teil einer sozialistischen Strategie begründen lassen (35)".

DIE FEHLER DER HEIDELBERGER AKTION

Diese Position beeinflußte den tatsächlichen Verlauf der RPA nur wenig. Es galt hier nur, die Kontinuität des Reformismus in den RPA zu zeigen. Sie konnte sich in Heidelberg aufgrund von Fehlern in der Führung der Aktion entfalten, die verhinderten, daß die reformistische Grundstruktur verlassen wurde. Der Hauptfehler lag darin, daß die führende Rolle des Proletariats in der Aktion proklamiert wurde, um die

---

(31) aaO

(32) "Wie kann die Straßenbahn-Fahrpreiserhöhung und die Fahrplanverdünnung verhindert werden", Papier von 2 Mitgliedern des KJA des DGB Heidelberg in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des SHS, 14.6.71

(33) Günter Mangold in einem Papier für die SHS-MV August 71, abgedr. in: Info, Nachrichten für die Studenten der Universität Heidelberg, Nr. 123, 27.10.71
Engels verbietet natürlich keineswegs, Aktionen außerhalb der Produktion zu initiieren. Die Konsequenz des Mangoldschen Arguments ist das Verbot des politischen Kampfes des Proletariats gegen die Staatsmacht. Engels wendet sich gegen einen Sozialismus, der die Erscheinungen des Marktes zum Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen macht und nicht die Kritik der Produktionsverhältnisse, der also z.B. der Finanzpolitik des Staates mit der Stadtplanung des Staates erklären will.
Engels betont gerade die Notwendigkeit, die Erscheinungen des Marktes von der Kritik der Produktionsverhältnisse, also vom Standpunkt des Proletariats aus zu interpretieren. Zur Kritik der Mobilisierungs- und Organisationspraxis, die Fragen der kapitalistischen Stadtplanung zum Ausgangspunkt nimmt vgl.: Helga Faßbinder, Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 1, Juni 1971

(34) Alle Zit. aus: Roter Punkt 1971-Nachtrag, hg.: AStA und SHS in Zusammenarbeit mit der PG PH, 14.9.71

(35) Info Nr. 123 aaO

Fixierung auf den Sozialstaat zu überwinden, ohne daß die Möglichkeiten des Eingriffs des Proletariats in die Protestaktionen gegen die Maßnahmen der Stadt ausreichend überprüft worden wären. Die Aktion lief deshalb als ungleiche Machtprobe zwischen dem zur Verteidigung seiner Maßnahmen fest entschlossenen Rathauskartell und der Landesregierung einerseits und einer Protestbewegung andererseits ab, die sich zwar auf eine breite Sympathie in der Bevölkerung berufen konnte, deren aktiver Kern jedoch keine spezifischen Möglichkeiten hatte, die bestehenden Widersprüche innerhalb des Machtkartells zu verschärfen, und so eine Rücknahme der Maßnahmen zu erreichen Die Erfolgsbedingungen der reformistischen Aktion, die Verbindungen in das Machtkartell, fehlten. Die Entwicklung einer radikal antikapitalistischen Massenbewegung unter Führung des Proletariats wurde nicht ausreichend in Angriff genommen.

Wir wußten, daß der Boykott und der Rote-Pumkt-Verkehr von sich aus weder grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Politik des Staates erlaubten, noch auch nur taktisch ein ausreichendes Mittel zur Erzwingung der Rücknahme der Demontagemaßnahmen sein konnten. Die Orientierung der Kampagne auf die führende Rolle des Proletariats und damit die tendenzielle Überwindung der reformistischen Rote-Punkt-Bewegung wurde von der KG(NRF) von Anfang an unter dem doppelten Aspekt begründet:

1. prinzipiell: Massenfeindliche Maßnahmen staatlicher Instanzen sind nur vom Standpunkt des Proletariats als der dem Kapital antagonistisch gegenüberstehende Klasse vollständig als Maßnahmen im Dienste des Kapitals zu begreifen. Jede andere Position verfällt immer wieder der Sozialstaatsillusion. Jede politische Aktion gegen politische oder ökonomische Maßnahmen des Staates muß auch dann von diesem Standpunkt ausgehen, wenn sie im Bündnis mit anderen Schichten durchgeführt wird, um die Gefahr des Reformismus, d.h. der ideologischen Bindung an den kapitalistischen Staat zu begegnen. Ökonomische Forderungen im Zusammenhang socher Kampagnen sind nur zu stellen in Verbindung mit Forderungen des gewerkschaftlichen Kampfes zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten, des Kampfes um das Verhältnis von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit. Alle ökonomischen Forderungen nach verändertem Verhalten auf dem Markt führen allenfalls zu einem Wechsel im Angebot oder schützen nicht davor, daß eventuelle Verschlechterungen der Verwertungsbedingungen (z.B. durch Preisstopp) nicht wieder durch Verschärfung der Ausbeutung ausgeglichen werden. Allein der gewerkschaftliche Kampf um den Preis der Ware Arbeitskraft macht diesen Mechanismus durchsichtig und ermöglicht zumindest einen vorübergehenden Ausgleich der Prellerei auf dem Markt. Die Forderung an den Staat nach ökonomischem Wohlverhalten, die sich in der Nulltariforderung ausdrückt, bleibt der Sozialstaatsillusion verhaftet.

2. taktisch: Das kommunale Machtkartell bezieht seine Stärke vor allem aus der Integration der DGB-Spitze, die aber zugleich sein schwächstes Glied ist, weil sie von der Niederhaltung der Kampfbereitschaft des Proletariats abhängt. Massiv vorgetragenen Forderungen nach Maßnahmen der Gewerkschaften gegen das Notprogramm hätte die DGB-Spitze nicht widerstehen können. Damit wären die Erfolgschancen in der Aktion gestiegen, wenn der Erfolg auch nicht sicher sein konnte. Zugleich hätte die Aktion durch organisierte Beteiligung von Teilen des Proletariats ihren diffusen Klassencharakter verloren und wäre von der Führung des Proletariats bestimmt worden.

Dieser grundsätzlich richtigen Linie stand entgegen, daß wir an die Aktion mit einem Verständnis "wie 1969" herangegangen sind, substitutionalistisch. Es ist schon gesagt worden, daß es versäumt wurde, die historischen Bedingungen der Aktion von 1969 und ihren Charakter zu analysieren. Dem entsprach, daß das Aktionskomitee unter der Führung der KG in einer unkritischen Weise dem allgemeinen Unmut der Bevölkerung vertraute, ohne die konkreten Aktionsmöglichkeiten zu untersuchen.

Das AK hat den theoretischen Standpunkt des Proletariats gegenüber dem Proletariat und der ganzen Heidelberger Bevölkerung vertreten, ohne die Widersprüche zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung und im Proletariat zu analysieren. Die KG(NRF) hat für die Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Linie im AK gekämpft und das AK hat sie dann im Volk verkündet. Es hat sich in einer Woche mit 28000 Unterschriften, die zum Teil direkt in den Betrieben gesammelt wurden, den Unmut mit den HSB-Maßnahmen und die Berechtigung von Aktionen bescheinigen lassen und hat eine Demonstration mit 3000 Teilnehmern durchgeführt. Unterschriften und Demonstranten wurden dem DGB und der Stadtverwaltung drohend vorgeführt, ohne daß außer der wiederholten Veröffentlichung des (prinzipiell richtigen) Standpunkts des AK die Kampfbereitschaft und Möglichkeit mit den Betroffenen diskutiert und in einzelnen Schritten konkretisiert wurde.

Die Aktion wurde deshalb als Aktion der veranstaltenden Gruppen, als Aktion "der Studenten" aufgefaßt, und als das AK isoliert blieb, auch so nach dem Muster von 1969 und im Widerspruch zu den proklamierten Inhalten durchgeführt.

Als Verwalter des Volkszorns, der sich zudem hauptsächlich an den DGB als entscheidende Instanz für die Entwicklung der Aktion wendete, sind wir objektiv der Linie der DKP entgegengekommen, die sich daher in dieser Aktion als treuer Bündnispartner erwies. Sie ließ sich gern den Radikalismus unserer Propaganda gefallen, solange wir gegenüber der Juso-SHS-Koalition durchsetzten, daß nicht die "undemokratische" Stadtverwaltung Gegenstand der Agitation war, sondern der Heidelberger DGB aufgefordert wurde, an der Front gegen die Fahrpreiserhöhungen teilzunehmen. Sie war auch bereit, mal ein offenes Wort an den DGB zu riskieren, solange die Aktion so schwach war, daß das einerseits der Agitation diente, andererseits die Möglichkeiten der Verständigung mit dem DGB nicht gefährdete.

Durch diese objektiv reformistische Politik ist aber letztenendes die Herrschaft der DGB-Spitze und damit der SPD über die Heidelberger Arbeiterschaft gefestigt worden, während sich zugleich das AK isolierte. Während es darauf wartete, daß sich der DGB zu Maßnahmen gegen die HSB-Demontage entschloß, entwickelten DGB und SPD in den Betrieben eine Kampagne zur Vorbereitung der Metalltarifrunde, in der im Namen der Konzentration aller Kräfte auf diese Auseinandersetzung jede organisierte Unterstützung für die RPA verhindert wurde. Es gelang ihnen dabei, jedes materielle Zugeständnis des Staates oder der Unternehmer in der Nahverkehrsfrage als Gefährdung der erreichbaren Ergebnisse in der MTR darzustellen. Sie spielten die Kampfbereitschaft im gewerkschaftlichen Kampf gegen die Forderungen im Nahverkehr aus und hatten dabei umso mehr Erfolg, als die Rote-Punkt-Aktion traditionell als Aktion "der Studenten" gegen den Staat und die Polizei gelten konnte. Der Kampf gegen den Staat auf dem Dienstleistungssektor wurde als völlig getrennt vom Kampf in den Betrieben angesehen. Der Charakter der RPA und das Erbe der Studentenbewegung setzten sich durch.

In keinem Betrieb gelang es kampfbereiten Arbeitern, die diese Zusammenhänge durchschauten, Betriebsräte oder Vertrauensleutekörper zur Stellungnahme zu bewegen, oder andere organisierte Solidarisierungen zu erreichen. Angesichts der in einigen Betrieben fast gleichzeitig einsetzenden Kurzarbeit drohte die Gefahr, daß auf Grund dieser SPD-Gegenpropaganda die RPA "der Studenten" tatsächlich als eine Schwächung für die Kampffront der Arbeiter in der Metalltarifrunde erschien.

Dennoch verhielt sich die überwältigende Mehrheit der Heidelberger Arbeiter der RPA gegenüber solidarisch.

Während sich eine große Zahl vor allem jüngerer Arbeiter individuell an den Blockadeaktionen beteiligten, benutzten die Belegschaften in ihrer großen Mehrheit die Rote-Punkte-Autos und unterstützten so den Boykott.

Daß die Heidelberger Arbeiter die Protestaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Demontage im Öffentlichen Nahverkehr nur wenig als die ihren betrachteten, daß es Aktionen der Gruppen des AK blieben, liegt natürlich nicht daran, daß es für das Proletariat nicht möglich oder nicht sinnvoll ist, Aktionen außerhalb der Produktion zur Verteidigung seiner ökonomischen und politischen Interessen durchzuführen. Auch wenn es fraglich ist, ob eine Verhinderung der Fahrpreiserhöhung unter anderen Bedingungen möglich gewesen wäre, so waren doch subjektive Fehler der Kommunisten daran beteiligt, daß die RPA 1971 vor allem eine Wiederholung der Aktion von 1969 mit ihrer reformistischen Grundtendenz unter ungünstigeren Bedingungen war, statt einer politischen Kampagne, die zur Stärkung des Proletariats als Klasse beigetragen hätte.
Obwohl sich der reformistische Charakter der RPA in der Entwicklung dieser Aktionsform immer deutlicher zeigt und es in Zukunft für die kommunistische Bewegung notwendig ist, Aktionen gegen ökonomische Maßnahmen des Staates unter prinzipiell anderen Prämissen zu beginnen, hat die zahlreiche Teilnahme von klassenbewußten Arbeitern an den Rote-Punkt-Aktionen des letzten Jahres gezeigt, daß es dem Proletariat bald möglich sein wird, unter eigener Führung diese Kämpfe aufzunehmen. Die Resolution der Hoesch-Vertrauensleute zur RPA in Dortmund scheint mir hier einen ersten Schritt zu bedeuten, wenn sie dort erklären, daß sie "als Gewerkschafter, die in den letzten Jahren höhere Löhne und Gehälter erkämpft haben" in die Protestaktionen eingreifen.

Jochen Noth

die 16. nov EMTIDI / BERLIN
die 23. nov. SEELOW / CREATIVE POP-JAZZ
die 30. nov. MICHEL PILZ TRIO
die 7. dez. SELDON BLEED
die 14. dez. STAUDAMM
die 21. dez. ASSOCIATION
die 28. dez. FREDERIC RABOLD CREW / STUTTGART

Konzertbeginn jeweils 20.30

CAVE 54

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

Erklärung zu den Kommunalwahlen

ERKLÄRUNG DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) MANNHEIM/HEIDELBERG ZU DEN KOMMUNALWAHLEN

(Diese Stellungnahme zu den Kommunalwahlen wurde in dem "Kommentar", die Zeitung der Kommunistischen Gruppe, die vor Heidelberger und Mannheimer Betrieben verteilt wird, veröffentlicht. Wir veröffentlichen die Heidelberger Fassung.)

Was bringt der Wahlrummel den Arbeitern und Angestellten?

Immer, wenn irgendwelche Wahlen heranrücken, Bundestagswahlen, Landtagswahlen oder Kommunalwahlen, rühren die bürgerlichen Parteien die Werbetrommel und versuchen, die breiten Volksmassen zur Stimmabgabe zu bringen. Da ist keine Versprechung zu verlogen und keine Phrase zu hohl, wenn es darum geht, die breiten Volksmassen an die Urne zu locken. Ist der "Wahlakt" vorbei, dann wird jede Willensäußerung des Volks als "Druck von der Straße" angeprangert, dem man nicht nachgeben darf. Dann dienen die abgegebenen Stimmzettel nur noch dazu, dem Volk das Recht abzusprechen, den eigenen Willen zu bekunden und praktisch durchzusetzen. Erst leere Versprechungen und dann Beschimpfungen und Drohungen, wenn das Volk auf der Erfüllung der Versprechen beharrt: das ist das ständig sich wiederholende Manöver der bürgerlichen Parteien.

Aber dieses Spiel der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie funktioniert immer nur vorübergehend. Wenn die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse erstarken, wie es z.B. vor dem Faschismus der Fall war, dann gibt die Bourgeoisie dieses Spiel auf und verläßt sich nur noch auf die offene und brutale Unterdrückung. Dann läßt sie die demokratische Maske fallen und zeigt die faschistische Fratze. Die demokratischen Spiele der Bourgeoisie dienen der Vertuschung und Abstumpfung der realen Gegensätze in der bürgerlichen Gesellschaft. Der wichtigste Gegensatz besteht darin, daß die einen, die keine Fabriken haben, immer mehr arbeiten sollen, damit die anderen noch mehr Fabriken bekommen. Und an diesem Gegensatz wird die bürgerliche Gesellschaft schließlich zerbrechen, denn er führt notwendig immer wieder zu ökonomischen, sozialen und politischen Krisen, in denen sich die beiden Hauptfeinde in der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiter- und die Kapitalistenklasse, offen gegenübertreten.

Die bürgerlichen Parteien.

Um in diesem Kampf zu bestehen, hat sich die Bourgeoisie immer schon in Parteien organisiert, vor allem in der CDU/CSU (die NPD bleibt noch in der Hinterhand, genau so wie Hitler auch erst Ende der Weimarer Republik von den Kapitalisten hochgepuppelt wurde). Die beiden anderen Parteien, die SPD und die FDP, sind natürlich auch fest in der Hand der Kapitalisten, wenn auch in der SPD nur wenige Kapitalisten, sondern vor allem Beamte und Angestellte und auch Arbeiter organisiert sind.
Die SPD spielt seit der Revolution von 1918, wo sie den Kapitalismus durch die Schlächterei von Tausenden von Arbeitern rettete, immer wieder den Helfershelfer der Kapitalisten, wenn diese in die Krise geraten und ihr Besitzrecht an den Fabriken von den Arbeitern in Frage gestellt wird. Seit 1966/67, als die SPD in der Krise in die Große Koalition eintrat, hat sie diese Rolle auch in der Bundesrepublik wieder ausdrücklich übernommen. Durch ihre Lohnleitlinien-Politik, ihre Notstandsvorbereitungen und ihre allgemeine Aufrüstungspolitik läßt sie keinen Zweifel daran, zu wem sie gehört. Das merken auch immer mehr von den Arbeitern, die noch irgendwo ein Mitgliedsbuch der SPD rumliegen haben und Beiträge zahlen, und erst recht merken es die Arbeiter, die die SPD halt gewählt haben und wählen, weil sie die CDU/CSU für noch schlimmer halten.

Die Kapitalisten haben also nicht nur eine Partei, sondern gleich mehrere Parteien. Für sie ist die Wahl keine Qual. Welche Partei sie auch wählen, sie wählen nur zwischen Instrumenten ihrer Herrschaft. Aber was sollen die Arbeiter und Angestellten wählen? Sie können nur zwischen verschiedenen Instrumenten ihrer Unterdrückung wählen. Denn welche der bürgerlichen Parteien wäre denn z.B. bereit, die Lohnkämpfe der Arbeiter auch nur mit Worten zu unterstützen? Von der NPD, der CDU/CSU erwartet das ohnehin keiner. Aber auch die SPD hat in dieser Hinsicht, spätestens seit sie in der Regierung ist, alle Illusionen zerstört. Von den versprochenen Reformen hat sie praktisch nichts wahrgemacht, es sei denn, man versteht den Konjunkturzuschlag als Reform oder die Steuererhöhungen. Mit ihrer sogenannten Vermögenspolitik zwingt sie die Arbeiter und Angestellten zum Zwangssparen zum Nutzen des Finanzkapitals, das aus dem gesparten Geld den Löwenanteil der Zinsen einzieht. Den Lohnkampf der Arbeiter und Angestellten unterstützt die SPD nicht, sondern versucht, ihn durch Lohnleitlinien und Konzertierte Aktion zu verhindern. Die Gewerkschaftsführungen nimmt sie in der Konzertierten Aktion an die Kandare und außerhalb der Konzertierten Aktion propagiert sie ganz offen den Lohnverzicht zugunsten der Kapitalisten. Nicht Lohnkampf, sondern Lohndiktat ist die Parole der SPD. Dieses Lohndiktat versucht sie zunächst durch ihre Mitglieder in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten durchzusetzen, dann mit staatlicher Schlichtung, und wenn alles nichts hilft, dann wird die SPD natürlich auch nicht vor der Anwendung der Notstandsgesetze und der offenen Gewalt zurückschrecken.

Die DKP: Keine Alternative

Die Arbeiter und Angestellten haben also derzeit, wenn sie zur Wahl gehen, keine Wahl. Sie können nur zwischen Pest und Cholera wählen. Oder hat sich das geändert, seitdem die DKP auftritt und bei allen Wahlen vergeblich Stimmen zu sammeln versucht? Nein, das hat sich nicht geändert. Oder ist es vielleicht eine Änderung, wenn man nicht nur zwischen Pest und Cholera wählen kann, sondern auch noch eine Kopfschmerztablette zur Abwehr von Pest und Cholera angeboten bekommt? Sicher ist es besser, Kopfwehtabletten zu wählen statt Pest und Cholera; aber wird die Kopfwehtablette gegen die Pest und Cholera helfen? Die Ursachen für die Pest und die Cholera, für die Herrschaft der bürgerlichen Parteien, müssen beseitigt werden, d.h., die Kapitalistenklasse und das Lohnsystem müssen beseitigt werden. Die DKP versucht, die herrschenden Parteien auf derselben Ebene zu schlagen, auf der diese absolute Meister

sind: auf der Ebene der Phrase und des Parlaments. Reden die herrschenden Parteien vom freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, der zu erhalten sei, dann redet die DKP von der antimonopolistischen Demokratie, die zu erkämpfen sei. Und was ist die antimonopolistische Demokratie? Nichts als der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ohne Monopole. Das der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat derzeit genau das Losungswort der Monopole ist, womit jede sozialistische und kommunistische, jegliche Politik im Interesse der Arbeiterklasse ersticken wollen, und das die Beseitigung der Monopole keineswegs im Rahmen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates möglich ist, das sieht die DKP nicht. Sie ist keine Partei, die der Arbeiterklasse im Kampf gegen die herrschenden Parteien einen Weg weist, sondern eine Partei, die durch ihre ziellose und illusionäre Politik Verwirrung in der Arbeiterklasse stiftet. Die DKP ist nicht die kommunistische Partei der Arbeiterklasse. So ist es auch kein Wunder, daß viele Arbeiter, die keinerlei Illusionen über die SPD haben, lieber die SPD wählen, statt die Illusionen der DKP durch ihre Stimme zu stärken.

Für die politische Organisation der Arbeiterklasse!

Wenn wir aber sehen, daß z.Z. nur bürgerliche, arbeiterfeindliche Interessen zur Wahl stehen und daß die DKP zu diesen Parteien keine Alternative für die Arbeiterklasse bilden kann, dann stellt sich uns nicht mehr die Frage: Wen sollen wir wählen?, sondern: Was können wir tun, um den bürgerlichen Parteien und der Kapitalistenklasse insgesamt eine wirkliche Gegenkraft durch die Organisationen der Arbeiterklasse entgegenzustellen? Die Antwort kann nur lauten: Wir müssen den Kampf gegen die bürgerliche Politik in den Gewerkschaften führen. Wir müssen den SPD-Lohnleitlinien-Politikern die Interessen der Arbeiterklasse entgegenhalten und in allen Betrieben damit beginnen, Vertrauensleutekörper aufzubauen, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Kapitalisten und gegenüber den Lohnleitlinien-Politikern in den Gewerkschaften entschieden zum Ausdruck bringen.

Aber das reicht nicht aus. Genau so wie die Bourgeoisie ihre politischen Organisationen hat, um ihre Interessen und ihre Herrschaft durchzusetzen, müssen sich die fortschrittlichen Arbeiter politisch, d.h., als Partei organisieren. Das geht nicht von heute auf morgen. Im Faschismus und in der Nachkriegszeit hat die Kapitalistenklasse die politische Organisation der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, zerschlagen. Die Erfahrung der Totalen Niederlage, die Fehler der KPD und die Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus in der DDR, denen der Wirtschaftsaufschwung in Westdeutschland gegenüberstand, bewirkte, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der selbstständigen politischen Organisation nicht sah, zumal die SPD bis zum Godesberger Programm vorgab, eine Arbeiterpartei zu sein. Aber seit 1966/67 treten die Gegensätze zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten wieder offen zutage, und Teile der Arbeiterklasse haben in mehreren großen Streikbewegungen ihre Interessen zum Ausdruck gebracht. Dabei lernten sie, daß die bürgerlichen Parteien, die CDU/CSU, die FDP und die SPD allesamt auf der Seite der Kapitalisten stehen.

Die neue kommunistische Bewegung in Westdeutschland, die z.T. aus der Studentenbewegung und z.T. aus den Kämpfen der Arbeiterklasse selbst hervorgegangen ist, unterstützt die Arbeiter in diesen Kämpfen; sie weiß aber: Nur wenn in diesen Kämpfen die Einsicht reift, daß die politische Organisation notwendig ist, um der politischen Herrschaft der Bourgeoisie die Politik der Arbeiterklasse gegenüberzustellen, daß also die Kommunistische Partei wiederaufgebaut werden muß, wird die Arbeiterklasse den Angriffen der Bourgeoisie widerstehen können und selbst zum Angriff übergehen können.

Die Kommunalwahlen

Die Kommunalwahlen in Heidelberg unterscheiden sich prinzipiell nicht von dem Rummel bei anderen Wahlen. Die Parteien zeigen ihr Sonntagsgesicht und lügen das Blaue vom Himmel herunter: Die Nazis, diese faschistischen Hetzer, schwätzen von Ruhe und Ordnung. Die CDU verspricht eine Politik ohne Illusionen und gesicherten Fortschritt. Die FDP fordert "mehr Herz für den Bürger". Die SPD stellt sich "aus Liebe zu Heidelberg" zur Wahl. Die FWV, dieser Verein größerer und kleinerer Geschäftemacher, will "Köpfe ins Rathaus" schicken. Die Kommunalpolitik und das leere Geschrei, das die Parteien vor den Wahlen vollführen, sind ein besonders einleuchtendes Beispiel für die herrschende Demagogie in der BRD. Keine dieser Parteien und Vereine hat jeweils die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen in Heidelberg vertreten. Die großen Parteien machen die Politik des großen Kapitals, und die Parteien versuchen für sich selbst noch möglichst viel rauszuholen. Oder hat eine dieser Parteien den Protest der Heidelberger gegen die Straßenpreiserhöhungen und Fahrplanverdünnungen unterstützt und den Widerstand dagegen organisiert? Sind die Wieblinger in ihrem Kampf gegen das Müllwerk auch nur von einer dieser Parteien unterstützt worden? Hat auch nur eine dieser Parteien die Interessen der Bevölkerung gegen die Verplanung der Stadt im Interesse der Monopole und Spekulanten vertreten? Natürlich nicht. Wo hat denn die SPD z.B, dieser Wahlverein für OB Zundel, die Interessen der Arbeiter vertreten? Vielleicht in Wieblingen, wo ein Müllverbrennungswerk hingestellt wird, gerade weil dort "nur" Arbeiter wohnen? Vielleicht bei der Rote-Punkte-Aktion, wo der Widerstand der Bevölkerung durch ein riesiges Polizeiaufgebot erstickt wurde? Natürlich nicht. Und das soll jetzt anders werden? Vielleicht durch eine Wahl Herbert Neumanns, des Kreisvorsitzenden des DGB? Aber wo war denn dieser Neumann z.B. während der Rote-Punkte-Aktion? Hat man da etwas von ihm gehört? Erst nachdem die Sache gelaufen war, ist er aus seinem Loch gekrochen, aber den tatsächlichen Widerstand hat er sabotiert; genau so wie die übrigen Kandidaten der SPD. Nur die DKP fällt da aus dem Rahmen. Aber vor allem dadurch, daß sie Milchmädchen-Rechnungen aufmacht, was man alles machen könnte, wenn die Rüstungsausgaben nicht alles Geld verschluckten. Aber sind solche Milchmädchen-Rechnungen eine Alternative zu der handfesten Politik der herrschenden Parteien der Bourgeoisie? Zweifellos ist die DKP nicht mit den anderen Parteien auf eine Stufe zu stellen. Sie hat sich z.B. an der Rote-Punkte-Aktion beteiligt. Aber sie tut so als wäre im Gemeinderat etwas für die Arbeiterklasse zu erreichen, und für die Sitze im Gemeinderat schlägt sie den gleichen Schaum wie andere Parteien.

Für die Arbeiterklasse gibt es in diesen Wahlen keine Wahl, und für die Arbeiterklasse fallen daher in diesen Wahlen auch keine Entscheidungen. Es ist klar, daß an der arbeiterfeindlichen Politik in dieser Stadt durch die Wahlen nichts geändert werden kann. Es lohnt kein Kopfzerbrechen über die Frage: "Wen sollen wir wählen?" Es kommt darauf an, den arbeiterfeindlichen SPD-Einfluß in den Gewerkschaften zu bekämpfen und die Politik der selbstständigen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen (Beispiel: Rote-Punkte-Aktion) zu verstärken und zu verbessern. Aus der Einsicht, daß es derzeit keine politische Organisation der Arbeiterklasse gibt, muß der Schluß gezogen werden: nur wenn sich die Arbeiterklasse auf den Boden ihrer eigenen Interessen politisch vereinigt, hört sie auf, der Spielball der herrschenden Interessen zu sein.

KEINE STIMMEN FÜR DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN

Resolution zum Hochschulrahmengesetz

KONFERENZ KOMMUNISTISCHER STUDENTENGRUPPEN AM 20./21.11.

Das einheitliche Vorgehen der westdeutschen Bourgeoisie und ihres Staates bei der Durchsetzung der monopolkapitalistischen Ausbildungsreform stellt die kommunistischen Studentengruppen vor die Aufgabe, auf einheitlicher Grundlage den Widerstand der fortschrittlichen Studenten gegen die Durchführung dieser Maßnahmen zu organisieren. Diese Notwendigkeit wird verstärkt durch die Gefahr der Verwirrung der fortschrittlichen Studenten, die die lautstarken Aktivitäten des MSB Spartakus/VdS und die opportunistische Politik verschiedener "marxistisch-leninistischer" Studentengruppen in sich bergen.
Aus diesen Gründen haben der Kommunistische Studentenbund Göttingen und die Kommunistische Gruppe (NRF) Heidelberg/Mannheim eine Anzahl kommunistischer Studentengruppen zu einer Konferenz eingeladen, die am 20./21. November 1971 in Göttingen stattfand und die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsprogramms zum Kampf gegen das HRG zum Ziel hatte. Differenzen, die hinsichtlich der Formulierung bestimmter Parolen unter einigen anwesenden Gruppen auftauchten, ließen jedoch die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsprogramms nicht zu.
Die im folgenden abgedruckte Resolution stellt den Konsens der unterzeichnenden Gruppen über die grundsätzliche Stoßrichtung des Kampfes dar.

Hochschulausschuß der Kommunistischen Gruppe
(Neues Rotes Forum)

---

1. Das HRG ist die zentrale Maßnahme des bürgerlichen Staates, die die monopolkapitalistische Ausbildungsreform im Hochschulbereich durchsetzen soll. Entsprechend den Interessen der Monopolbourgeoisie soll die Hochschulausbildung so organisiert werden, daß die Qualifikationsstruktur der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft verändert wird entsprechend den Veränderungen der konkreten Tätigkeiten im Produktions- und Reproduktionsprozeß, die zur Aufrechterhaltung der Kapitalverwertung notwendig werden, und daß gleichzeitig die Ausbildungskosten auf das äußerst mögliche Minimum gesenkt werden. Diese Maßnahme ist Ausdruck der mit der Entwicklung des Imperialismus zunehmenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung, die die Monopolbourgeoisie auf dem Rücken der Arbeiterklasse und aller übrigen unterdrückten Klassen und Schichten zu bewältigen versucht.
Daß der Widerspruch zwischen dem Interesse des Volkes an einer umfassenden Ausbildung, die die menschlichen Fähigkeiten allseitig entwickelt und die Individuen zur bewußten kollektiven Leitung der gesellschaftlichen Reproduktion befähigt, und dem Interesse der Bourgeoisie an der Reduzierung der Qualifikationen auf das für die Aufrechterhaltung der Reproduktion des Kapitals unabdingbar Notwendige, daß dieser Widerspruch sich zunehmend verschärft und auch in der Intelligenz manifest wird (und daß die Bourgeoisie sich dieses Widerspruchs wohl bewußt ist) zeigt sich in der Form, in der diese Maßnahme durchgesetzt wird. Während noch vor kurzer Zeit die Ideologen der Bourgeoisie und ihre Agenten im Staatsapparat insbesondere der Intelligenz die monopolkapitalistische Ausbildungsreform mit großem propagandistischen Aufwand als demokratischen Fortschritt anzupreisen versuchten, steht jetzt das HRG nackt da in seiner Gestalt als volksfeindliche Maßnahme, die von der Monopolbourgeoisie im Interesse der ganzen Kapitalistenklasse durchgesetzt wird. Dadurch wird deutlich, daß jede Maßnahme der monopolkapitalistischen Reform des Studiums nur als politischer Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes durchgeführt werden kann. Für die Studenten äußert sich das HRG in folgendem Widerspruch: Die Bourgeoisie muß einerseits das gegen die Interessen der Studenten gerichtete HRG durchsetzen, andererseits muß sie die Studenten möglichst reibungslos in die Neuorganisation der Ausbildung integrieren. Daraus erklärt sich die Ausschließung der Studenten von allen relevanten Entscheidungen bei gleichzeitiger verbaler Proklamation von Mitwirkungsmöglichkeiten.

Den Kampf gegen den Mitwirkungsbetrug als Kampf gegen die Integrationsversuche der Bourgeoisie zu führen, bedeutet die scharfe Bekämpfung aller Mitbestimmungsillusionen, bedeutet insbesondere die scharfe Abgrenzung von all den Gruppen, die unter kommunistischem Anspruch die Mitbestimmung zur Strategie des Kampfes gegen den Monopolkapitalismus erheben. Der Versuch, diese Strategie unter den Studenten durchzusetzen, besteht darin, Illusionen zu verbreiten über den angeblich widersprüchlichen Charakter der Reformmaßnahmen des bürgerlichen Staates, den man ausnützen müsse, um die Macht der Monopole langsam aber stetig zurückzudrängen. Aus dem HRG selbst wird aber klar, daß der tatsächliche Widerspruch dieser Reform der ist zwischen dem Interesse des Volkes an einer umfassenden und allseitigen Ausbildung und dem Interesse der Bourgeoisie, die Ausbildung zu reduzieren auf die Erfordernisse der Kapitalverwertung und bei der Durchsetzung dieser volksfeindlichen Maßnahmen von vorn herein jeden politischen Widerstand dagegen zu unterdrücken. Von daher erweist sich eine Strategie als illusionär, die meint, in den Gremien des monopolkapitalistischen Ausbildungssystems selbst dessen Klassencharakter allmählich ändern zu können.
2. In dieser Situation ist es die Aufgabe der Kommunisten an den Hochschulen, den Kampf der fortschrittlichen Studenten gegen das HRG anzuleiten, indem sie ihnen in einem positiven Aktionsprogramm die konkreten Schritte und die notwendige Zielrichtung des Kampfes angeben. Ziel unserer Politik ist es, die Studenten dafür zu gewinnen, jetzt an den Hochschulen und später in den Bereichen, in denen sie tätig sein werden, den politischen Kampf zu führen um konkrete Veränderungen im Interesse der Arbeiterklasse und der übrigen unterdrückten Schichten und letztlich um die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Dies wird nur gelingen, wenn wir bei der Erstellung von Aktionsprogrammen, mit denen wir den Kampf der fortschrittlichen Studenten gegen das HRG anführen wollen, ausgehen vom Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes an einer umfassenden und allseitigen Ausbildung.
3. Falsch und gefährlich ist es, bei der Bestimmung von Kampfforderungen in erster Linie auszugehen von dem Widerspruch zwischen den Studenten und der Bourgeoisie und die Stoßrichtung des Kampfes nicht mehr vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu bestimmen, wie es die Opportunisten verschiedener Schattierung tun (wie die Revisionisten des MSB Spartakus, wenn sie z.B. fordern "Für eine wissenschaftliche Ausbildung mit umfassender Qualifikation, die längerfristige Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet", oder wie einige "marxistisch-leninistische" Gruppen, die ihre Hochschulpolitik ausrichten an der

gewerkschaftlichen Vertretung der Interessen der Studenten gegenüber den Angriffen der Monopolbourgeoisie), weil dies hinausläuft auf die Verteidigung (oder sogar Erkämpfung) besonderer sozialer Privilegien der wissenschaftlichen Intelligenz gegen die Monopolbourgeoisie, die in ihrem Angriff auf das Lebensniveau und die politischen Rechte des gesamten Volkes auch die sozialen Vorrechte des Großteils der Intelligenz zunehmend abbaut.
Indem eine solche Politik partikulare Interessen unterstützt, vertieft sie gerade die Widersprüche zwischen der wissenschaftlichen Intelligenz und der Masse des Volkes, anstatt zur politischen Vereinheitlichung des ganzen Volkes im Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats beizutragen.
Es ist jedoch ebenso falsch, ins Gegenteil zu verfallen und in dem Bestreben, eine opportunistische Unterstützung ständischer Forderungen zu vermeiden, die Anpassung der Hochschulausbildung an die Bedürfnisse des Kapitals, die auch bestimmte Privilegien der wissenschaftlichen Intelligenz beseitigt, als fortschrittliche Vergesellschaftung zu feiern und daraus die Unmöglichkeit des Kampfes gegen die Auswirkungen der Hochschulreform zu schließen. Von dieser Position kann die monopolkapitalistische Hochschulreform nur noch als Anlaß für Aufklärung und Propaganda erscheinen, durch die Individuen für eine "revolutionäre Berufspraxis" gewonnen werden sollen. Wir dürfen dagegen in unserer Politik keine Zweifel daran lassen, daß die Tatsache, daß es unter der Herrschaft der Bourgeoisie keine Ausbildung und keine Berufspraxis im Interesse der Arbeiterklasse und der anderen unterdrückten Klassen und Schichten geben kann, nicht durch die individuelle Veränderung der Berufspraxis aufgehoben werden kann, sondern nur im organisierten politischen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der Perspektive der Errichtung der Diktatur der Proletariats.
4. Wenn wir als unsere Aufgabe die Notwendigkeit erkannt haben, mit positiven Aktionsprogrammen den Kampf der fortschrittlichen Studenten gegen die monopolkapitalistische Ausbildungsreform anzuführen, können wir dabei nicht die massiven Beschränkungen übersehen, denen wir bei der Erstellung von Aktionsprogrammen für den Hochschulbereich auf Grund des aktuellen Standes der Klassenkämpfe in Westdeutschland gegenwärtig unterliegen. Wir befinden uns gegenwärtig nicht in der Lage, daß die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Kommunistischen Partei den Kampf um Veränderungen im Ausbildungsbereich als Teil ihres politischen Kampfes gegen die Bourgeoisie führen würde und entsprechend auch ein Aktionsprogramm für die Hochschulen entwickelt hätte, das wir an den Hochschulen vertreten könnten. Aus diesem Grund sind wir gegenwärtig nicht in der Lage, einem solch globalen Angriff der Monopolbourgeoisie wie dem Hochschulrahmengesetz auf derselben Ebene ein positives Aktionsprogramm entgegenzusetzen. Unser Aktionsprogramm zum Kampf gegen das HRG hat deshalb notwendigerweise einen wesentlich defensiven Charakter. Daraus erwächst aber gerade die verstärkte Notwendigkeit, überall da, wo es die Kräfteverhältnisse erlauben oder wo spontane Bewegungen uns vor die Aufgabe stellen, ausgehend von der allgemeinen Leitlinie, für eine Ausbildung im Interesse des Volkes zu kämpfen, ein positives Aktionsprogramm zu entwickeln, das den fortschrittlichen Studenten konkrete Kampfschritte angibt und ihnen die Perspektive weist, den Kampf gegen die Handlanger der Monopolbourgeoisie an den Hochschulen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu führen.

Grundsätzlich müssen solche Aktionsprogramme in ihrer Stoßrichtung sich richten gegen das HRG in seiner Einheit als Maßnahme der Reduzierung der Studienzeiten und Studieninhalte im Kapitalinteresse und als politisches Repressionsmittel der Bourgeoisie. Wo in einzelnen Aktionsprogrammen bestimmte Schwerpunkte gesetzt werden müssen, kann nicht generell bestimmt werden, sondern ist aus der konkreten Situation zu entwickeln.
5. Die kommunistischen Gruppen, die diese Resolution unterzeichnen, werden den politischen Inhalt dieser Erklärung zur Grundlage der Erarbeitung von Kampfperspektiven und Aktionsprogrammen machen. Die in diesem Rahmen erzielten praktischen und theoretischen Ergebnisse bilden die Voraussetzung der Klärung des künftigen gemeinsamen Vorgehens.
Wir fordern alle kommunistischen Studentengruppen, die an der Konferenz nicht beteiligt waren, auf, ebenfalls zu der Resolution und zur Frage der Aktionseinheit im Kampf gegen die monopolkapitalistische Ausbildungsreform Stellung zu beziehen.

Sozialistischer Bund Braunschweig
Initiativkomittee für die Studentenorganisation des Kommunistischen Bundes Bremen
Kommunistischer Studentenbund Clausthal
Kommunistischer Studentenverband Frankfurt
Kommunistischer Studentenbund Göttingen
Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum) Heidelberg/Mannheim

Initiativgruppe für eine kommunistische Studentenorganisation Hildesheim
Kommunistische Gruppe Köln

KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG herausgegeben vom Hochschulausschuß der Kommunistischen Gruppe (NRF) Heidelberg/Mannheim

Erscheint vierzehntäglich im Semester. Bestellungen an:
Dietrich Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834